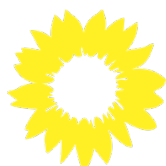


BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Köln



GRÜN für die Stadt:
Für ein ökologisches, nachhaltig wirtschaftendes und soziales Köln

**Das Kommunalwahlprogramm der Kölner GRÜNEN
2020–2025**

Schlussversion der Langfassung

Verabschiedet durch die Kreismitgliederversammlung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Köln am 25. Januar 2020 /
mit Ergänzungen aufgrund der Corona-Pandemie, verabschiedet durch die Kreismitgliederversammlung am 16. Juni 2020

Final

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Einleitung	3
Grüne Stadt	6
1. Klima und Energie	6
2. Mobilität und Verkehr	10
3. Umwelt-, Natur- und Tierschutz.....	17
4. Stadtentwicklung und Bodenpolitik.....	22
5. Urbanität und öffentlicher Raum	25
Nachhaltiges Wirtschaften	28
6. Finanzpolitik und EU-Förderung	28
7. Wirtschaft.....	31
8. Wissenschaftsstandort	37
9. Digitalisierung.....	38
10. Stadtverwaltung, öffentliche Sicherheit und Vergaben.....	40
Zusammenstehen	46
11. Soziales.....	46
12. Wohnen und Wohnungslosigkeit	48
13. Arbeit und Beschäftigungspolitik.....	53
14. Kinder, Jugend, Familie, Bildung und Schule.....	55
15. Senior*innen und Alter.....	60
16. Sport	62
17. Gesundheit und Kliniken.....	63
18. Frauen*	66
19. Inklusion und Teilhabe	68
20. Queer	70
21. Integration und Migration	72
22. Anti-Rechts, Weltoffenheit, Europa und Internationales.....	75
23. Bürger*innen-Engagement und -Beteiligung	78
24. Kunst und Kultur	81
Kandidat*innen der Kölner GRÜNEN für den Rat der Stadt Köln	86
Impressum und Hinweis zur geschlechtergerechten Sprache.....	87

Einleitung

Liebe Kölner*innen,

bei den Kommunalwahlen am 13. September 2020 bitten wir Sie um Ihre Stimme für ein ökologisches und klimafreundliches, nachhaltig wirtschaftendes und soziales Köln. Wir Kölner GRÜNE wollen weiterhin Verantwortung für unsere Stadt übernehmen und sie in den vor uns liegenden fünf Jahren mitgestalten.

Gute Lösungen für die Herausforderungen von heute und morgen zu finden, Köln als wachsende und lebendige Metropole am Rhein fit für die Zukunft zu machen – das ist unser Anspruch. Dafür braucht es viel Engagement und mitunter auch viel Mut.

Unseren Kölner Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, eine Balance zwischen Naturräumen und Urbanität zu finden, die Verkehrswende zu gestalten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Zukunftsunternehmen in Köln anzusiedeln, die Verwaltungsreform fortzusetzen, Chancen und Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen, die Freiheit und Demokratie in einer weltoffenen Stadt gegen Rechts zu verteidigen, kulturelle und nicht kommerzielle Freiräume zu fördern, ein buntes, vielfältiges und partizipatives Köln für alle zu erhalten – das ist unser Ziel und daran wollen wir mit unserem politischen Handeln arbeiten. Gleichzeitig wollen wir aber auch gemeinsam mit Ihnen, den Menschen in Köln und den gesellschaftlichen Akteuren, immer wieder über die besten Ideen streiten. Partizipative Politik mit und aus der Gesellschaft heraus – dafür stehen wir Kölner GRÜNE seit unserer Gründung vor 40 Jahren. In den letzten Jahren haben wir wichtige Schritte unternommen, um Köln als nachhaltige, lebenswerte, weltoffene und gerechte Stadt zu gestalten. Unsere Stadt ist auf einem guten Weg. Die nächsten fünf Jahre wollen wir nun nutzen, um den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und über eine ökologische und soziale Transformation den rasanten Wandel unseres Lebensumfelds zu gestalten.

Wir bekennen uns dabei zur Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren Zielen für eine nachhaltige Entwicklung und sehen es als unsere Verantwortung und Chance an, diese kommunal mit Leben zu füllen. Denn in den Städten wird letztlich mitentschieden, ob eine Entwicklung hin zu einer gerechten Welt innerhalb der Grenzen der Erde geschieht. In unserem nachhaltigen kommunalen Handeln stellen wir den Menschen und die Erde in den Mittelpunkt.

„GRÜN für die Stadt“ ist das Leitmotto unseres Kommunalwahlprogramms und damit verbinden wir ökologische Themen genauso wie wirtschaftliche und soziale, weil eine nachhaltige, zukunftsfähige Politik alle drei Lebensbereiche gestalten muss, um wirklich erfolgreich zu sein.

Ökologie – „**Grüne Stadt**“ heißt für uns die komplette Klimaneutralität Kölns frühestmöglich zu erreichen, Mobilität vom Menschen her zu denken, mehr Grün in der Stadt zu ermöglichen und attraktive Lebensräume für immer mehr Menschen zu schaffen. Mehr dazu erfahren Sie ab Seite 6.

Wirtschaft – „**Nachhaltiges Wirtschaften**“ heißt für uns einen soliden generationengerechten städtischen Haushalt sicherzustellen, in dem genügend Spielraum für nachhaltige Investitionen bleibt, eine moderne Stadtverwaltung für die Bürger*innen zu entwickeln, die Digitalisierung in der Stadt voranzutreiben und den Anstoß zu einer ökologisch-sozialen Transformation unserer Wirtschaft zu geben, mit der wir den planetaren Grenzen des Wachstums Rechnung tragen. Mehr dazu erfahren Sie ab Seite 28.

Soziales – „**Zusammenstehen**“ heißt für uns, ein faires System sozialer Sicherheit mit einer chancengerechten Teilhabe am öffentlichen Leben für alle Menschen zu garantieren, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, den Gestaltungsspielraum der Stadt in der Wohnungspolitik aktiv und engagiert zu nutzen, Kinder und Jugendliche gut aufwachsen zu lassen, sie gut auszubilden und ihnen eine starke Stimme zu geben, ein gesundes Leben in Köln zu ermöglichen, Geflüchtete willkommen zu heißen, einzustehen gegen Rechts, die vielfältige, bunte, weltoffene, queere Mischung aus Menschen jeden Lebensalters zu stärken, Mitwirkung aller Bürger*innen willkommen zu heißen und Freiräume für Kunst und Kultur in allen Facetten nachhaltig zu fördern. Mehr dazu erfahren Sie ab Seite 46.

Wir sind überzeugt: Unser Grünes Angebot gilt auch unter den Rahmenbedingungen der **Corona-Pandemie**! Denn wir machen deutlich, dass unser Dreiklang aus Ökologie, Wirtschaft und Sozialem für eine nachhaltige Politik in Köln gerade jetzt zukunftsweisend ist. Die Corona-Pandemie zeigt uns eindrücklich, wie wichtig unsere natürlichen Lebensgrundlagen, eine nachhaltige Wirtschaftsweise und stabile soziale Sicherungssysteme für unser Zusammenleben sind. In einer komplexen Welt, in der wir mit unserem Handeln wesentliche Herausforderungen wie die Klimakrise, aber auch die Ausbreitung globaler Pandemien ständig beeinflussen, können wir nur gemeinsam als Weltgemeinschaft erfolgreich sein. Gemeinsames Handeln muss aber immer auch auf der lokalen Ebene ansetzen, im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen. Städte sind hier die entscheidenden Möglichkeitsräume, die Natur, Mensch und Gesellschaft in eine Balance bringen. Und hier wird es gerade in Folge der Kontaktbeschränkungen durch die Corona-Pandemie verstärkt darum gehen, das soziale Miteinander und den Zusammenhalt wieder zu stärken. Deshalb haben wir unser Programm im Hinblick auf die Corona-Pandemie ergänzt.

Für eine starke Grüne Politik braucht es starke GRÜNE im Rat der Stadt Köln! Für den Rat werben wir mit diesem Programm und einem tollen Team um Ihre Stimme in der Kommunalwahl. Mehr zu unseren Kandidat*innen erfahren Sie auf Seite 86. Es geht am 13. September aber auch um die Wahl zur Oberbürgermeister*in. Wir Kölner GRÜNE bitten auch um Ihre Stimme für Henriette Reker – denn eine

erfolgreiche Politik braucht auch eine Mitgestaltung an der Stadtspitze für das gemeinsame Ziel einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Stadt. Auch bei den Wahlen zu den neun Bezirksvertretungen wollen wir GRÜNE noch stärker werden. Denn in den Bezirken und Veedeln werden entscheidende Weichen für eine nachhaltige Umwelt-, Verkehrs- und Wohnungspolitik sowie für ein sozial gerechtes Zusammenleben gestellt.

Wir laden Sie ein, unser Angebot einer Grünen Politik näher kennenzulernen. Hier mit diesem Kommunalwahlprogramm, online unter <https://www.gruenekoeln.de/kommunalwahl2020/>, bei digitalen Veranstaltungen oder – sofern es die Pandemie-Lage zulässt – ganz persönlich, bei Live-Veranstaltung oder an einem Wahlkampfstand.

Dafür stehen wir und davon wollen wir Sie überzeugen – für eine Grüne Stadt, nachhaltiges Wirtschaften und Zusammenstehen!

Ihre Kölner GRÜNEN

Grüne Stadt

1. Klima und Energie

Wir sind die erste Generation, die die menschengemachte Klimakrise spürt, und die letzte, die sie noch aufhalten kann. Um die notwendigen Klimaziele zu erreichen, den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren und befürchtete Kippeffekte wie das Auftauen des Permafrosts zu minimieren, müssen wir entschieden handeln. Trotz der großen Verantwortung, die Deutschland hierbei trägt, sind bei Bundes- und Landesregierung weder Entschlusskraft noch Tatkraft zu erkennen. Umso wichtiger ist es, dass wir auf kommunaler Ebene den Handlungsspielraum, den wir haben, nutzen und unseren Beitrag zu Klimaschutz und Energiewende leisten. Denn wir haben als Kommune auch eine globale Verantwortung. Damit tragen wir auch der Agenda 2030 und den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen Rechnung und leisten unseren Beitrag zu mehr Umwelt- und Klimagerechtigkeit. So hat sich Köln in einem Klimabündnis der europäischen Städte dazu verpflichtet, die Emission der Treibhausgase von 1990 bis 2030 zu halbieren. Aber bis 2018 wurde der CO₂-Ausstoß von 12,1 Mio. auf gerade mal ca. 10 Mio. Tonnen reduziert. Um die lokalen Klimaschutzziele noch erreichen zu können, ist deshalb ein grundlegender Wandel in der Gesellschaft und in unserer Stadt notwendig.

Klimaschutz und Energiewende sind dabei Herausforderung und Chance zugleich für die Entstehung neuer, innovativer und zukunftsfähiger Jobs. Klimaschutz und Energiewende sind gleichzeitig übergreifende Aufgaben, an denen die Stadt und Private mitwirken müssen. Wir stehen für eine öffentliche Hand, die mit gutem Beispiel vorangeht und gleichzeitig die Innovationskraft des privaten Sektors nutzt und stärkt.

Trotz aller Anstrengungen in Sachen Klimaschutz werden die Folgen der Klimakrise auch vor Köln nicht haltmachen. Daher sind neben Klimaschutz- auch Maßnahmen der Klimafolgenanpassung notwendig. Die heißen und trockenen Sommer 2018 und 2019, aber auch die Ergebnisse aus dem Forschungsvorhaben „Klimawandelgerechte Metropole Köln“ zeigen die Folgen der Klimakrise für Köln sehr konkret auf: längere und intensivere Hitzewellen, die für empfindliche Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen und Kinder besonders in dicht bebauten Stadtteilen mit hohem Versiegelungsgrad eine große Gesundheitsbelastung darstellen. Darüber hinaus wird die Niederschlagsverteilung ungleichmäßiger. Das bedeutet, dass es zum einen zu langanhaltenden Trockenperioden kommen wird. Zum anderen steigt die Gefahr von Unwettern, die mit Starkregen, Hagel und Sturm einhergehen. Dies alles geschieht vor dem Szenario einer weiterwachsenden und sich verdichtenden Stadt.

Wir sind davon überzeugt, dass es sowohl Maßnahmen des Klimaschutzes als auch der Klimafolgenanpassung bedarf: Das eine tun bedeutet nicht, das andere zu lassen!

Durch die Corona-Pandemie darf der Klimaschutz nicht ins Hintertreffen gelangen – auch das Klima hat Fieber! Im Gegenteil: Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig für uns unsere Gesundheit und unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- mit Rückenwind auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene die gesamtstädtische Klimaneutralität bis 2035 erreichen.
- den Stromverbrauch in Köln bis 2030 und den kompletten Wärmebedarf bis 2035 zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen und mit einem möglichst hohen Anteil aus der Region decken.
- Energie einsparen, indem wir über Energiesparmaßnahmen aufklären sowie die energetische Sanierung des Kölner Gebäudebestands vorantreiben.
- Klimaschutz als Querschnittsaufgabe verankern, als kommunale Pflichtaufgabe definieren, und dem Klimaschutz sowie der Klimafolgenanpassung endlich die Priorität einräumen, die sie benötigen.
- Firmen, zivilgesellschaftliche Organisation und Akteur*innen sowie die Bevölkerung einbeziehen und an Klimaschutz und Energiewende beteiligen.
- unsere Stadt zur Vorreiterin in Sachen Klimafolgenanpassung machen, denn so mildern wir die negativen Folgen der Klimakrise ab und erhalten die Lebensqualität.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- mit dafür gesorgt, dass der Klimanotstand ausgerufen wird und nun alle Entscheidungen der Stadt hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Klimaschutz untersucht, dargestellt und abgewogen werden müssen und der Klimaschutz dadurch eine deutlich höhere Priorität erhalten hat.
- erreicht, dass die letzten verbleibenden 1,48 Mio. RWE-Aktien im Eigentum der Stadtwerke-Tochter GEW Köln AG nun wieder für die Stadt Köln frei verfügbar sind und veräußert werden können, wozu in einem mehrjährigen Prozess eine komplexe Holdingstruktur diverser kommunaler Gesellschaften aufgelöst werden musste.
- mit dem Ratsbeschluss vom 4. April 2017 die Grundlagen für den Braunkohleausstieg im Heizkraftwerk Merkenich und für eine alternative Gesamtversorgungslösung unter vollständigem Verzicht auf den Brennstoff Braunkohle gelegt.
- mit dem Energiemanagement für städtische Gebäude den Energieverbrauch bis 2017 um über 22 % pro m² gesenkt und die Passivhausbauweise für städtische Gebäude zum Standard gemacht.

- das Förderprogramm für die private Altbausanierung auf den Weg gebracht und uns für die Stärkung von Fotovoltaik eingesetzt.
- drei aktive Klimapartnerschaften in Lateinamerika geschlossen – als besondere Form der Städtepartnerschaft, bei der die Kooperation in den Bereichen Klima, Energie und Ressourcen im Mittelpunkt stehen und die das Bewusstsein und die Sensibilität für die erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen durch gegenseitiges Lernen stärken.
- ein Förderprogramm für private Maßnahmen der Dach- und Fassadenbegrünung in Höhe von 3 Mio. Euro mit ins Leben gerufen.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- die bereits beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen zügig und konsequent umsetzen und die bestehenden Programme um weitere Maßnahmen fortschreiben und ergänzen.
- eine Klima-Allianz Köln gründen, die alle für den Klimaschutz nötigen Akteure (z. B. Kammern, Banken und Sparkassen, Stadtverwaltung, Unternehmen mit städtischer Beteiligung, Politik, zivilgesellschaftliche Organisationen) zusammenbringt.
- einen Kölner Klimafonds gründen, um hieraus Maßnahmen zur Emissionseinsparung und Klimafolgenanpassung zu finanzieren.
- uns dafür einsetzen, dass alle kommunalen Maßnahmen und Programme, um die Folgen der Corona-Pandemie abzumildern, nicht gegenläufig zu den uns gesetzten Klimaschutzzielen sind.
- dafür sorgen, dass die RheinEnergie mehr in Maßnahmen für Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien investiert, sodass sie ihre Stromproduktion bis zum Jahr 2030 zu 100 % auf erneuerbare Energien umgestellt hat.
- dafür sorgen, dass die nun wieder durch die GEW Köln AG frei verfügbaren RWE-Aktien mit höchstmöglichem Gewinn veräußert und der Verkaufserlös für das Programm „Erneuerbare Energien“ der RheinEnergie für weitere Investitionen verwendet wird.
- die Klimapartnerschaften mit Yarinacocha, Rio de Janeiro und Corinto zu echten Nachhaltigkeitspartnerschaften ausbauen, die sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen orientieren.
- das Heizkraftwerk Merkenich bis spätestens 2025 durch eine neue, umweltfreundliche und energieeffiziente Kraftwerkskonzeption ohne Braunkohleverfeuerung ersetzen, z. B. indem der Braunkohlekessel durch eine Anlage zur Verbrennung von Klärschlamm ersetzt wird, die aus der Asche zusätzlich das wertvolle Phosphat rückgewinnt.

- das Fernwärmenetz weiter ausbauen, weil damit sehr schnell der CO₂-Ausstoß gesenkt werden kann, und gleichzeitig die Fernwärmeproduktion verstärkt auf die Nutzung von Abwärme und erneuerbaren Energien ausrichten.
- bis 2025 mindestens einen Windpark in Köln oder im Kölner Umland planen und neue Vorranggebiete für die Windenergieerzeugung ausweisen (der NRW-Windatlas zeigt, dass es in der Region, aber auch auf Kölner Stadtgebiet noch erhebliche Potenziale für den Ausbau der Windenergie gibt – auch bei ausreichendem Abstand zu Wohnbebauungen) und die Beteiligung der RheinEnergie an Windenergieparks steigern.
- in den nächsten fünf Jahren Solaranlagen auf allen technisch dafür geeigneten Dächern städtischer Gebäude installieren, denn die Sonne bietet das größte Potenzial zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in Köln, was aber auch bedeutet, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht prinzipiell dem Denkmalschutz untergeordnet werden dürfen.
- in Neubaugebieten Solarenergienutzung und Passivhausbauweise über Bebauungspläne, Kaufverträge und Konzeptvergaben durchsetzen und die Möglichkeiten des Baurechts zum Ausschluss von fossilen Brennstoffen ausschöpfen.
- bei neuen Biogasanlagen bevorzugt Abfall- und Reststoffe nutzen, denn der Anbau von Energiepflanzen soll nur unter strengen Nachhaltigkeitskriterien erfolgen, da er in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen kann und Monokulturen nicht mit dem Landschaftsschutz vereinbar sind.
- die Gas- und Dampfkraftwerke der RheinEnergie, die auch dem Ausgleich der schwankenden Einspeisung aus Wind und Solarstrom dienen, mittelfristig auf Biogas oder auf aus Windstromüberschüssen hergestelltes Methan umstellen und auch das Fernwärmenetz als Energiespeicher für erneuerbare Energien nutzen, indem bei Stromüberangebot die Fernwärme mit diesem Strom hergestellt wird.
- die Stromversorgung aller städtischen Gebäude ab sofort bei Neuausschreibungen auf Ökostrom und den städtischen Fuhrpark sukzessive auf alternative Antriebe umstellen.
- in der nächsten Ratsperiode einen Sanierungsfahrplan für den städtischen Gebäudebestand erstellen lassen, damit spätestens 2035 alle Gebäude klimaneutral sind, und bei allen städtischen Neubauten Kriterien für die Plusenergiebauweise vorgeben.
- Mieter*innen-Strommodelle und von Bürger*innen betriebene Energiegenossenschaften noch stärker unterstützen.
- die Förderprogramme für Privathaushalte zur energetischen Sanierung, zur Nachrüstung des Gebäudebestands sowie für Solarenergienutzung fortführen und ausbauen, da dies für die Erreichung der Klimaneutralität entscheidend ist, und zudem das Land NRW und den Bund auffordern, die rechtlichen Möglichkeiten und finanziellen Fördermaßnahmen zu schaffen bzw.

zu verbessern, um dies über Bebauungspläne und bauordnungsrechtliche Nachrüstungsverpflichtungen durchzusetzen (z. B. Ausschluss von fossilen Brennstoffen).

- Heizpilze wegen ihrer extrem schlechten Energiebilanz verbieten.
- verstärkt Anreize setzen, das Angebot an vegetarischen, veganen, regionalen, saisonalen und biologischen Gerichten in den städtischen Kantinen und Schulen auszuweiten sowie neben der bereits bestehenden vegetarischen Option eine vegane Option verpflichtend einzuführen.
- Frischluftschneisen von Bebauung freihalten.
- Köln zu einer Vorreiterin der Dach- und Fassadenbegrünung machen, indem wir dies in Bebauungsplänen überall, wo möglich, verbindlich festsetzen und mehr öffentliche Dächer begrünen.
- Schottergärten in stark hitzebelasteten Stadtteilen baurechtlich ausschließen und eine Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über eine naturnahe Gartengestaltung durchführen.
- mindestens 40 weitere Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum aufstellen.

2. Mobilität und Verkehr

Der Verkehr in Köln verursacht klimaschädliche Emissionen, gesundheitliche Schäden und senkt die Attraktivität unserer Stadt. Um dies in den Griff zu bekommen, müssen wir unsere Mobilität nachhaltiger organisieren – insbesondere vor dem Hintergrund der weiter anwachsenden Bevölkerungszahlen (und damit auch der Mobilitätsbedürfnisse) in der Stadt. Der Aufbau einer sicheren Verkehrsstruktur, die den öffentlichen Raum auf faire Weise allen zur Verfügung stellt und den Klimaschutz und die Gesundheit der Menschen nicht vernachlässigt, ist daher eine zentrale Herausforderung für die Politik in unserer Stadt. Schon heute nutzen immer mehr Menschen das Fahrrad als Verkehrsmittel, es gibt viele Lastenräder, mit denen sich Kinder und größere Gegenstände transportieren lassen, die Autobesitzquote ist rückläufig und Car-Sharing erlebt einen Aufschwung. Auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat hohe Zuwächse. Eine radikale Umgestaltung von Straßen und Plätzen zugunsten von Menschen statt Autos ist dabei nicht nur umwelt- und klimafreundlicher, sondern auch sozial gerechter. Bei der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur dürfen Autofahrende nicht länger von der Allgemeinheit subventioniert werden, sondern müssen ihren fairen Anteil zahlen.

Besonders die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie autofokussiert die Stadt aufgeteilt ist. Enge Geh- und Radwege, auf denen der geforderte Mindestabstand nicht immer eingehalten werden konnte, standen gering beanspruchten Straßen durch den Autoverkehr gegenüber. Unser Ziel ist es, dieses Missverhältnis in der Aufteilung des Straßenraums zu ändern.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- Straßen und Plätze schaffen, die verbinden statt auszugrenzen, und den öffentlichen Raum so gestalten, dass sich alle Menschen darin gern aufhalten.
- eine klimaneutrale und faire Mobilität, die auf den Menschen und nicht auf Autos fokussiert ist.
- eine Vorreiterrolle der Stadt Köln bei der Entwicklung und Umsetzung intelligenter Verkehrskonzepte.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- das ÖPNV-Angebot verbessert, indem z. B. der Nachttakt auf vielen Bus- und Bahnlinien ausgeweitet und die Linie 17 in Betrieb genommen wurde.
- das „Radverkehrskonzept Innenstadt“ verabschiedet und bereits Maßnahmen wie den Einstieg in #ringfrei umgesetzt.
- den Umstieg auf das Rad durch Einführung des KVB-Leihradsystems sowie die Schaffung zusätzlicher Radabstellanlagen unterstützt.
- die Einrichtung einer Mobilitätsstation am Ottoplatz/Bahnhof Deutz beschlossen.
- Barrierefreiheit durch Maßnahmen wie den Bau von Aufzügen an den Haltestellen „Kalk Post“ und „Neusser Straße/Gürtel“ vorangetrieben.
- die E-Mobilität durch erste Elektrobushaltestellen sowie den Beschluss zu 200 E-Ladesäulen im öffentlichen Raum gefördert.
- die fahrradfreundliche Umgestaltung des Niehler Gürtels inkl. Anbindung an die Mülheimer Brücke auf den Weg gebracht.
- das Verkehrskonzept City/Altstadt mit Wegnahme des oberirdischen Parkens und Herausnahme des Durchgangsverkehrs beschlossen.
- eine Studie zum Rückbau von freilaufenden Rechtsabbiegern und erste Umsetzungen beauftragt.
- eine Machbarkeitsstudie für eine linksrheinische S-Bahn und einen RRX-Halt in Köln-Mülheim beauftragt.
- die Einführung von On-Demand-Angeboten bei der KVB beschlossen und finanziert.
- eine*n Fußgänger*innen-Beauftragten installiert.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden die verschiedenen Elemente der Mobilität in unserer Stadt, d. h. den Fuß- und Radverkehr, den ÖPNV, den Auto- und den Flugverkehr – unter besonderer Berücksichtigung von Logistik und Digitalisierung – nachhaltig umgestalten, sodass der Mensch in den Mittelpunkt gesetzt wird.

Fußverkehr

Häufig wird übersehen, dass alle Verkehrsteilnehmenden zumindest für eine kurze Strecke ihres Weges zu Fuß unterwegs sind – daher fängt Verkehrspolitik für uns beim Fußverkehr an.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- den öffentlichen Raum vom Gehweg aus planen.
- mehr verkehrsberuhigte Bereiche und autofreie Gebiete schaffen.
- mehr Fußgänger*innen-Zonen, z. B. durch Umwandlung der Ehrenstraße/Breite Straße, des Eigelsteins und der Deutzer Freiheit, einrichten und – wo möglich – für den Radverkehr freigeben, wobei Mischverkehr von Radfahrenden und Zu-Fuß-Gehenden in Gefährdungssituationen vermieden werden müssen.
- barrierefreie und sichere Plätze und Gehwege schaffen und das Parken auf Gehwegen konsequent ahnden.
- den Fußverkehr beschleunigen, indem wir zusätzliche Zebrastreifen, übersichtlichere Kreuzungen, Fußverkehr-Grünphasen für alle Richtungen (also auch für das diagonale Queren) schaffen, sowie eine wirksame Kontrolle des Verkehrs für eine höhere Sicherheit durchsetzen – besonders für Schulkinder und ältere Menschen.
- weitere separate Abstellflächen für Sharing-Dienste (Auto, Fahrrad, E-Scooter) ausweisen sowie deren Parkverbotszonen auf Gehwegen erweitern, um Gehwege und Plätze für Fußgänger*innen frei zu halten.

Radverkehr

Der Radverkehr entwickelt sich in den Städten zur umfassenden Alternative zum Autoverkehr. Das Fahrrad hat das Potenzial, zum Verkehrsmittel der Zukunft zu werden – Radfahren ist gut für Klima, Luft und Gesundheit. Weiterhin hat die Corona-Pandemie gezeigt, wie wichtig gut ausgebaute Rad- und Fußwege sind. Indem wir den Umstieg auf das Rad für alle attraktiveren, gestalten wir ein Köln der nachhaltigen Mobilität.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden...

- intelligente und nachhaltige Radverkehrskonzepte für alle Kölner Bezirke umsetzen.
- eine Umverteilung der Verkehrsflächen zugunsten platzsparender Verkehrsmittel wie dem Fahrrad durchsetzen.

- breite und baulich vom motorisierten Verkehr getrennte Fahrradspuren auf der Fahrbahn wichtiger Verkehrsachsen errichten, u. a. durch Einführung von Umweltpuren und Realisierung des „KölnerFahrradGürtels“ (Umwandlung je eine Autospur in je eine Radspur auf dem Gürtel).
- die Benutzbarkeit der Radwege durchsetzen, u. a. durch verpflichtende Bordsteinabsenkungen in Kreuzungsbereichen und insbesondere durch konsequentes Abschleppen von auf Radwegen stehenden Autos.
- ein Radschnellwegnetz durch Köln in alle Rand- und umliegenden Bezirke entwickeln.
- den durch die Corona-Pandemie deutlich gewachsenen Radverkehr sicherer machen, indem z. B. mit sog. „Pop-up-Bike-Lanes“ Verbesserungen provisorisch vorgezogen werden.
- Fahrradstellplätze auf umgewidmeten Autoparkplätzen errichten und so mehr Platz auf Gehwegen schaffen.
- eine direkte Nord-Süd-Querung in Rheinnähe für Radfahrende umsetzen.
- mehr autofreie Fahrradstraßen einrichten und die bestehenden Fahrradstraßen schnellstmöglich vom KFZ-Verkehr befreien.
- alle Einbahnstraßen in beide Richtungen für Fahrräder öffnen, ggf. mit Reduktion der Autoparkplätze, falls für die Sicherheit notwendig, und an geeigneten Stellen enge Straßen in Einbahnstraßen umwandeln, um den Verkehrsfluss zu gewährleisten.
- das KVB-Leihradsystem auf ganz Köln und die umliegenden Kommunen ausweiten, die Räder allen Kölner*innen für 30 Minuten kostenfrei zur Verfügung stellen sowie ein Lastenradverleihsystem aufbauen.
- weitere Rheinquerungen für Radfahrende schaffen.
- die Nutzung von Lastenrädern, E-Bikes und schnellen S-Pedelecs (E-Bike45) fördern.
- bestehende Radwege konsequent sanieren, instandhalten und wenn möglich deutlich verbreitern.
- durch entsprechende Ampelschaltungen die Radverkehrsführung so flüssig wie möglich gestalten.
- Fahrradparkhäuser einführen und u. a. das Domparkhaus an der Südseite des Hauptbahnhofs schrittweise vom Autoparkhaus zum Fahrradparkhaus umwandeln.

Bus und Bahn

Der ÖPNV als ein Hauptbestandteil umweltfreundlicher Mobilität muss attraktiver gestaltet werden. Wir stehen für Verbesserungen bei Infrastruktur, Taktfrequenz, Preis und Barrierefreiheit.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden...

- Taktfrequenzen und Betriebszeiten auf den existierenden Linien verstärken sowie die Kapazität der Züge auf der Ost-West-Achse erhöhen.
- dafür sorgen, dass die Fahrpläne der KVB eingehalten werden.
- die Barrierefreiheit an allen Haltestellen konsequent umsetzen und die technischen Anlagen betriebsfähig halten.
- Zubringerdienste für mobilitätseingeschränkte Personen zu ÖPNV-Haltestellen verstärken.
- in den Gremien des Verkehrsverbunds (VRS) keinen weiteren Preiserhöhungen für die Nutzung des ÖPNV zustimmen und Verhandlungen mit dem VRS über sozialverträglichere und vereinfachte Preisstrukturen führen, wie ein 365-Euro-Jahresticket und kostenlosen ÖPNV für unter 18-Jährige.
- das überlastete Kölner ÖPNV-Netz durch emissionsarme Schnellbusse auf möglichst eigenen Spuren kurzfristig verstärken.
- die Planungen von unwirtschaftlichen Großprojekten wie dem Ost-West-Tunnel beenden.
- den Ausbau des Bahnknotens Köln vorantreiben, um die Kapazität von Hauptbahnhof, Deutzer- und Mülheimer Bahnhof zu vergrößern.
- den Bau des Kölner S-Bahn-Weststrings inkl. Verlängerung über die Südbrücke weiter vorantreiben.
- uns dafür einsetzen, dass in Bocklemünd ein neuer S-Bahn-Haltepunkt mit einer Anbindung an mehrere Buslinien und eine bis dahin verlängerte Stadtbahnlinie 4 entsteht.
- mit der Deutschen Bahn über lärmindernde Maßnahmen verhandeln.
- die Planungen zu neuen Straßenbahntrassen wie dem Linie-13-Ringschluss, einer Trasse über die Innere Kanalstraße und der neuen Linie nach Flittard intensivieren.
- den Bau einer Seilbahn zwischen dem Hauptbahnhof und dem Bahnhof Messe/Deutz einleiten und dieses Verkehrsmittel als Bestandteil des VRS-Angebots betreiben sowie zugleich die Option eines ausbaufähigen Seilbahnsystems offenhalten.
- die Untersuchung – und ggf. Umsetzung – von Pilotprojekten zu alternativem ÖPNV (z. B. zu autonomen Bussen oder alternativen Antriebsformen) und weiteren Halten von langsamen Intercitys auf dem Stadtgebiet vorantreiben.
- ein in das ÖPNV-Angebot des „Nahverkehr Rheinland“ integriertes regionales Wasserbusliniensystem auf dem Rhein einführen, das Linienverbindungen innerhalb Kölns sowie mit Leverkusen und dem Rhein-Sieg-Kreis umfasst.
- die Attraktivität des ÖPNV durch Förderung von kostenlosem WLAN und funktionierenden Klimaanlage in Bus und Bahn verbessern.

- einen umfassenden, durchgängigen Nachtverkehr der KVB schaffen.

Autoverkehr

Der aktuelle Autoverkehr in Köln überlastet die Infrastruktur, sodass sich viele Staus bilden, Autofahrende lange nach Parkplätzen suchen und aufgrund der Schadstoffbelastung in der Luft sogar Fahrverbote drohen. Eine Verbesserung der Situation kann in unserer eng bebauten Stadt nur dann eintreten, wenn der Autoverkehr drastisch reduziert wird.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden...

- eine faire Verteilung des öffentlichen Raums verfolgen, mit der beim Neu- und Umbau von Straßen alle Verkehrsteilnehmenden gleichberechtigt berücksichtigt werden.
- einen Rückbau von jährlich 10 % der Parkplätze auf der Straße anstreben und – wo möglich – eine Verlagerung in Quartiersgaragen und Parkhäuser planen.
- eine höhere Bepreisung aller Parkplätze im öffentlichen Raum zum Ziel setzen und darüber auch eine attraktivere und bessere Nutzung des Raums in Parkhäusern sicherstellen.
- die Preise fürs Parken nach der Größenklasse der Fahrzeuge differenzieren.
- einen Verkehrsschneisen rückbauen, um Quartierserschneidungen aufzuheben.
- durch Sperrung der innenstädtischen Achsen für den Durchgangsverkehr die Aufenthaltsqualität wieder erhöhen und perspektivisch – mit Ausnahme von Personen mit eingeschränkter Mobilität, Anwohner*innen und Lieferverkehr – eine autofreie Innenstadt anstreben.
- eine möglichst weiträumige Umsetzung von Tempo 30 auf innerstädtischen Straßen anstreben – innerhalb der bisher vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten.
- stationsbasierte Car-Sharing-Angebote fördern und P+R-Plätze sowie E-Ladestationen ausbauen.
- uns außerhalb der kommunalen Zuständigkeit für einen nachhaltigen, gerechten und sicheren Verkehr einsetzen, z. B. für eine bundesweit einheitliche innerstädtische Regelgeschwindigkeit von 30 km/h, für die Einführung einer fairen, ökologisch sinnvollen und sozial gerechten Verkehrsabgabe (z. B. City Maut oder Nahverkehrsabgabe) oder für die drastische Erhöhung von Bußgeldern für Falschparken und Geschwindigkeitsübertretungen.
- in Krisenzeiten mehr Entscheidungsbefugnisse an Kommunen übertragen lassen, damit diese besser auf lokale Gegebenheiten für den städtischen Verkehrsraum reagieren können.
- uns klar gegen eine Ausrichtung der IAA in ihrer momentanen Form in Köln aussprechen.
- uns klar gegen neue Autobahnbrücken, wie der „Rheinspange 553“ im Kölner Süden, aussprechen.

- uns für eine deutliche Verstärkung des Kontrolldrucks in der Stadt einsetzen – insbesondere gegenüber behinderndem Falschparken, Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit und Lärmemissionen.

Flugzeug

Der Flughafen Köln/Bonn hat als großer Passagier- sowie Deutschlands drittgrößter Frachtflughafen herausragende Bedeutung für das Rheinland. Gleichzeitig beeinträchtigen die dort startenden und landenden Flugzeuge mit ihren Schadstoff- und Lärmemissionen die Gesundheit der Bürger*innen.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden...

- uns zunächst für ein konsequentes Passagiernachtflugverbot von 22–6 Uhr einsetzen und darüber hinaus gegenüber Landes- und Bundesregierung darauf hinwirken, dass auch ein Nachtflugverbot für Frachtflugmaschinen so schnell wie möglich umgesetzt wird.
- uns im Bund und in der EU für ein Steuermodell stark machen, das die wirtschaftlichen Anreize für Flugverbindungen vermindert.
- Lärmobergrenzen für Frachtflugzeuge einrichten.
- Vorschläge zur Reduzierung unnötiger Flugbewegungen einbringen (z. B. durch die Verlegung der Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung nach Berlin).
- im Rahmen einer EU-weiten Regelung auf ein generelles Nachtflugverbot hinwirken.

Lieferverkehr

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Köln schlecht auf die Zunahme des Lieferverkehrs vorbereitet ist. Daher muss ein nachhaltiges Logistikkonzept für die Stadt entwickelt werden, das den Anforderungen an ein lebenswertes Köln gerecht wird.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden...

- alternative Logistikkonzepte wie geteilte Abholstationen, Mikrodepots sowie E- und Radlogistik fördern (u. a. im Rahmen des Logistikforums).
- den städtischen Fuhrpark so umrüsten, dass alle städtischen Lkw mit Abbiegeassistent in der Stadt unterwegs sind.
- das vorhandene Lkw-Führungskonzept durchsetzen und insbesondere im Rechtsrheinischen erweitern.
- Ladezonen stärker kontrollieren.
- weitere Schiffe durch Landstrom versorgen sowie sie an Anlegeplätzen in der Innenstadt vom Wasser aus versorgen lassen.

- alternative nachhaltige Konzepte wie Lebensmittelretter*innen und solidarische Landwirtschaft logistisch unterstützen.

Mobilität 4.0

Die Digitalisierung hat unser Leben in den letzten Jahren stärker verändert als von vielen vorhergesehen. Für die Mobilität bietet sie viele Chancen, die nicht ungenutzt verstreichen dürfen.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden...

- die Einführung einer umweltfreundlichen Mobilitätskarte prüfen, die den Menschen kommunale Mobilität garantiert, z. B. durch Verknüpfung nachhaltiger Verkehrsmittel in einer Art Flatrate.
- die Stadt Köln als Vorreiterin der Mobilität 4.0 etablieren, die Projekte mit hohem Potenzial unter Berücksichtigung des Datenschutzes fördert und offen für neue Mobilitätsformen ist.
- in enger Kooperation mit Firmen und Schulen den Berufs- und Schulverkehr in der Stadt z. B. durch die Förderung von Arbeitsplätzen im Homeoffice oder die Einführung von gleitenden Anfangszeiten reduzieren und entzerren.
- digital buchbare intermodale Angebote fördern und entsprechende Modellprojekte initiieren.

3. Umwelt-, Natur- und Tierschutz

In Zeiten von Biodiversitätskrise und Artensterben sind Umwelt- und Naturschutz wichtiger denn je. Auch die Corona-Pandemie hat uns den unschätzbaren Wert von Wäldern, Parks und Grünflächen für unsere Gesundheit und Regeneration gezeigt. Köln profitiert von seinen Naturschätzen – vom Worringer Bruch bis zur Wahner Heide. Vor allem die Grüngürtel und die Rheinwiesen müssen wir vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen vor weiterer Versiegelung schützen. Wir kämpfen für mehr Grün und Artenvielfalt mitten in der Stadt. Darüber freuen sich nicht nur Wildbienen und anderen Insekten, sondern auch der Mensch und das Mikroklima. Außerdem wollen wir die Kölner Bäche, die nach Jahrzehnten der Vernachlässigung in einem schlechten Zustand sind entsprechend der europäischen Wasserrahmenrichtlinie aufwerten, sodass sie bis 2027 einen guten ökologischen Zustand erreicht haben. Ebenso wertvoll wie die Gewässer selbst sind die Auen und das Grundwasser. Wir GRÜNE haben uns schon immer auch für den Tierschutz eingesetzt – wir sind mit der Bewegung eng verbunden. Immer mehr Menschen setzen sich für das Wohl der Tiere ein und wir geben ihnen im Rat eine Stimme. Ein weiteres Handlungsfeld für uns ist der Ressourcenschutz. Die Verschmutzung der Meere, Gewässer und Grünflächen nimmt besorgniserregende Ausmaße an. Mit Plastikverzicht oder Aufräumaktionen setzen sich immer mehr Menschen gegen diese Form der

Umweltverschmutzung ein. Zero-Waste-Initiativen und Unverpacktläden bieten Alternativen zum Verpackungswahn. Diese Initiativen wollen wir unterstützen.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- ein naturnahes Köln, in dem Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhalten und erweitert werden und in dem intakte Naturräume als „grüne Lunge“ fungieren und Schutz vor den Folgen der Klimakrise bieten.
- viele Parks, Bäume und Grünflächen, die gut fürs Mikroklima sind und den Kölner*innen auch zur Erholung dienen.
- ein lebenswertes Köln – mit sauberer Natur, sauberer Luft, sauberem Wasser und sauberem Boden.
- den Erhalt der Artenvielfalt, auch durch die Aufwertung bestehender Grünflächen.
- die Reduzierung der Nettoneuversiegelung auf Null bis 2040 und hierfür ein interkommunales Ausgleichsmodell entwickeln.
- eine schlagkräftige Umweltverwaltung schaffen, die zeitnah in der Lage ist, auf Verstöße zu reagieren bzw. diese selbst aufzudecken, und uns dafür einsetzen, dass alle umweltrelevanten Themen in einem schlagkräftigen Dezernat gebündelt werden.
- ein tierfreundliches Köln, in dem wir Menschen die Tiere als Mitgeschöpfe wahrnehmen, sie vor Leid schützen und auf ihr Wohlbefinden achten.
- Ressourcen schonen, in dem wir Abfälle vermeiden und Stoffe recyceln.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- nach über 30 Jahren Kampf endlich die Sürther Aue gerettet, indem wir durch den Ratsbeschluss im Jahr 2019 das Planungsverfahren zum Ausbau des Godorfer Hafens vollständig beendet haben.
- klare Kante gegen die Bebauung und Versiegelung der Gleueler Wiese im Äußeren Grüngürtel gezeigt.
- im Umweltausschuss die Weichen dafür gestellt, dass bei der Neuverpachtung von städtischen Ackerflächen die biologische Landwirtschaft künftig Vorrang hat.
- durch Neupflanzungen die Rekordzahl von 80 000 Straßenbäumen erreicht.
- für eine Verdreifachung der unbewirtschafteten Waldfläche („Wildniswald“) im städtischen Wald gesorgt.
- dazu beigetragen, das Konzept der „Essbaren Stadt“ nach Köln zu holen.
- mit durchgesetzt, dass im städtischen Haushalt eine halbe Million Euro für Maßnahmen zur Erhöhung der Biodiversität bereitstehen.

- ein fortschrittliches Umweltbildungskonzept auf den Weg gebracht und das Umweltbildungszentrum „Heideportal Gut Leidenhausen“ mit ausreichend Mitteln ausgestattet.
- die Renaturierung der Bäche unterstützt und vorangetrieben.
- die Mittel für Kölner Tierheime in Dellbrück und Zollstock sowie für die Greifvogelauffangstation deutlich aufgestockt, sodass diese nun auskömmlich finanziert sind und ihrer kommunalen Pflichtaufgabe verlässlich nachkommen können.
- mit dafür gesorgt, dass die Glasflächen an KVB-Wartehäuschen sukzessive mit Vogelschutzstreifen ausgestattet werden.
- durchgesetzt, dass die Stadt Köln keine öffentlichen Flächen mehr an Zirkusse oder vergleichbare Einrichtungen verpachtet, die Wildtiere als Jahrmarktattraktionen vorführen.
- uns dafür stark gemacht, dass am Hansaring ein erstes Taubenhaus zur Populationskontrolle der Stadttauben ohne Tötungen entsteht.
- eine vorbildliche Katzenschutzverordnung durch den Rat gebracht, um das Problem der oftmals unter Krankheiten leidenden freilebenden Katzen einzudämmen.
- dazu beigetragen, dass die Restmüllmengen seit 2002 kontinuierlich gesenkt werden konnten auch durch die ständige Ausweitung der kostenlosen Sammelsysteme (z. B. Altkleider) sowie durch Umweltbildung und Aufklärungsarbeit und die 2019 in Betrieb genommene Vergärungsanlage zur Umwandlung von Bioabfällen in Biogas, das seitdem ins Erdgasnetz der RheinEnergie eingespeist wird und dort fossiles Gas ersetzt.
- die Kampagne für Mehrwegbecher bei „Coffee to go“ und die Wiedereinführung von Mehrwegbechern in den Stadien unterstützt.
- uns dafür eingesetzt, dass eine neue und moderne Altholz-Aufbereitungsanlage in Betrieb geht, wodurch große Mengen Altholz (z. B. aus Sperrmüll) recycelt werden können.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- bis 2025 mehrere, neue Naturschutzgebiete ausweisen, wozu auch die Erweiterung des Naturschutzgebietes Sürther Aue um die ursprünglich für den Hafenausbau vorgesehenen Flächen gehört, die wir somit nachhaltig sichern wollen.
- die Wiedervernässung degradierter Moorstandorte untersuchen und bis 2025 mit einem Projekt beginnen, da Moorböden sowohl gut für die Biodiversität sind als auch CO₂ speichern.
- die Kölner Grüngürtel vor weiterer Bebauung und Versiegelung schützen sowie den inneren Grüngürtel vollenden, indem wir ihn im Bereich der geplanten Parkstadt Süd bis zum Rhein verlängern.
- die Zusammenarbeit mit dem Trinkwasserversorger RheinEnergie mit der Landwirtschaft in Köln fortführen, um die Nitratwerte im Kölner Grundwasser dauerhaft niedrig zu halten.

- die Naturschutzgebiete nach den Pflege- und Entwicklungsplänen entwickeln und den Umwelt- und Naturschutz generell mit ausreichenden Personalressourcen und Finanzmitteln ausstatten sowie hierfür passende Verwaltungsstrukturen schaffen.
- öffentliche Grünflächen innerhalb der Stadt ökologisch aufwerten und zur Steigerung der Biodiversität da, wo es möglich und sinnvoll ist, weniger pflegen und Blühwiesen in Parks sowie Blühstreifen an Straßenrändern mit regionalen Wildblumensaat anlegen.
- ein gleichmäßiges Angebot an Grünflächen und Parks für alle Kölner*innen schaffen und damit den Zugang zu ausreichend Regenerationsmöglichkeiten – gerade in Zeiten steigender gesundheitlicher Belastung.
- uns dafür einsetzen, dass Herbstlaub, in dem zahllose Insekten überwintern, wo immer möglich liegen bleibt und sowohl die Stadt Köln als auch die AWB auf den Einsatz von Laubbläsern und -saugern verzichtet.
- Urban Gardening sowie Konzepte der „Essbaren Stadt“ unter starker Einbindung der Einwohner*innen fördern.
- Projekte zur Wiederansiedelung von in Köln ausgestorbenen Arten fördern.
- soweit baulich und rechtlich möglich verpflichtend Nistkästen an öffentlichen Gebäuden anbringen und hierfür auch im privaten Bereich Anreize schaffen.
- weitere Stadtbäume pflanzen und dabei auf möglichst dürre- und hitzeresistente Arten achten.
- bei Bauvorhaben dem Erhalt von Stadtbäumen eine höhere Priorität als bisher einräumen.
- Parks als wichtige nächtliche Rückzugsräume für Tiere vor Lichtemissionen schützen, indem wir die Beleuchtung in Parks weiterhin auf ein Minimum reduzieren und auch außerhalb von Parks nur das beleuchten, was auch beleuchtet werden soll, sowie auf Ansätze der intelligenten Beleuchtung und tierverträgliche Lichtfarbe zurückgreifen.
- Kleingärten und Friedhöfe erhalten und ökologisch aufwerten, denn sie haben enormes Potenzial zur Steigerung der Biodiversität, und die Kleingartenordnung nach ökologischen Kriterien überarbeiten.
- ein Konzept für die Entwicklung, Rekultivierung und Nutzung Kölner Baggerseen vorlegen ohne umweltschädliche Nutzungen wie z. B. Wasserskianlagen.
- den Kalkberg als Landschaftspark öffentlich zugänglich machen und untersuchen, ob dort eine Fotovoltaikanlage aufgestellt werden kann.
- die Umweltbildung dauerhaft mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten sowie um Aspekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung ergänzen, um so die erfolgreiche Arbeit fortzuführen und zusätzliche Angebote des lebenslangen Lernens mit Zugang für alle Kölner*innen zu schaffen.

- die ökologisch wertvollen Rheinauen vor Bebauung schützen.
- den Kölner Bächen zu 5–15 m breiten Uferrandstreifen verhelfen, indem diese konsequent aus der Verpachtung an die Landwirtschaft herausgenommen werden.
- einen verrohrten Bachabschnitt (z. B. Faulbach oder Strunder Bach in Buchheim und Mülheim) nach dem Vorbild des Strunder Bachs in der Bergisch Gladbacher Innenstadt wieder offenlegen.
- untersuchen, ob Deichrückverlegungen realisierbar sind, um dem Rhein wieder mehr Platz zu geben.
- weiterhin dafür kämpfen, dass Karnevalsumzüge und andere Großveranstaltungen grundsätzlich ohne Pferde durchgeführt werden.
- Tierauffangstationen für geschützte Tierarten mit ausreichend Finanzmitteln ausstatten.
- den Kölner Zoo einmalig beim Bau von Großraumvolieren unterstützen, um dem Flugunfähigmachen von Vögeln wie z. B. Flamingos ein Ende zu setzen.
- weitere Taubenhäuser bauen, um die Population der Stadttauben biologisch und tierschutzkonform zu kontrollieren.
- uns dafür einsetzen, dass städtische Kantinen bei der Verarbeitung von Lebensmitteln tierischer Herkunft ausschließlich auf Produkte mit EU-Biosiegel oder mit der Premiumstufe des Tierwohllabels zurückgreifen.
- die Müllmengen in Köln weiter reduzieren und, damit dies nicht zu Minderauslastungen in der städtischen Müllverbrennungsanlage führt, regionale Kooperationen anstreben und die Landesregierung dazu auffordern, die Mitverbrennung von Müll in dafür nicht geeigneten Industriekraftwerken zu beenden.
- die Recyclingquote weiter erhöhen und bis 2025 mindestens ein weiteres, drittes Wertstoffcenter in Köln bauen.
- die derzeit bei 60 % liegende Anschlussquote für Biotonnen u. a. durch Kampagnen weiter erhöhen.
- Mehrweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen zum Standard machen.
- Initiativen der plastikfreien Stadt und der Wiederverwertung wie Gebrauchtwarenkaufhäuser, Tauschbörsen, Verschenkmärkte, Reparaturcafés, Zero-Waste-Initiativen sowie Foodsharing unterstützen.
- die Deponie Ville für mineralische Abfälle (Deponieklasse II) aufstocken.
- die Verbotszonen für privates Feuerwerk an Silvester so weit wie möglich, bestenfalls auf das gesamte Stadtgebiet, ausweiten, so lange auf Bundesebene noch kein Feuerwerksverbot er-

lassen wurde, um so Menschen, Tiere und Umwelt zu schützen, Brände zu verhindern, Müllberge zu reduzieren und es allen Menschen zu ermöglichen, sicher im Freien zu feiern (ein von der Öffentlichen Hand organisiertes Feuerwerk bleibt dadurch weiterhin möglich).

4. Stadtentwicklung und Bodenpolitik

Köln ist eine wachsende Stadt, die sich ständig verändert. Diesen Wandel gut zu begleiten, dafür setzen wir GRÜNE uns seit jeher ein. Eine wachsende Stadt braucht nicht nur mehr Wohnraum, sondern auch mehr ÖPNV, mehr Schulen, mehr Sportflächen und mehr Grün- und Freizeitflächen. Um dies zu verwirklichen, braucht es Gestaltungsfreiraum. Dafür muss in Köln eine nachhaltige und aktive Bodenpolitik weiterentwickelt und praktiziert werden, es müssen neue Wohngebiete und Stadtteile geschaffen werden und gleichzeitig Grün- und Freiflächen erhalten und ausgebaut werden. Außerdem brauchen wir eine Innenentwicklung, die Baulücken schließt, mindergenutzte Gewerbeflächen besser nutzt und eine maßvolle Nachverdichtung bei flächenintensiven Einzelhaus- und Mehrfamilienhaussiedlungen ermöglicht. Die wachsende Stadt muss in einer lebenswerten Balance gehalten werden. Dabei ist für uns klar, dass auch das Wachstum von Köln langfristig auf Grund einer begrenzten Flächenverfügbarkeit endlich ist. Schon jetzt gilt es sorgsam die Konflikte von Bebauung mit dem Natur-, Arten- und Klimaschutz auszutarieren.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- eine selbstbewusste Stadt, die eigene Ideen entwickelt und verfolgt.
- dass Grund und Boden in Köln soweit wie möglich in städtischem Besitz bleiben, um Bodenspekulationen einzudämmen.
- dass die Anpassung an die Klimakrise ein zentrales Planungskriterium für die städtische Entwicklung wird.
- dass in Köln eine vielfältige, sozial ausgewogene Wohnungspolitik verfolgt wird, die den verschiedenen Bedarfen der städtischen Bevölkerung entspricht.
- dass Neubaugebiete lebendig, grün und autofrei gestaltet werden.
- den Grundgedanken des „Downsizing“ fördern und dafür Instrumente entwickeln.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- die Einführung des Vorkaufsrechts unterstützt, was bedeutet, dass bei dem Weiterverkauf von Flächen die Stadt die Möglichkeit erhält, zu prüfen, ob sie von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen will.

- die Konzeptvergabe eingeführt, ein Vergabeverfahren für Grundstücke, bei dem nicht der höchst gebotene Preis ausschlaggebend ist, sondern das inhaltlich beste Konzept, wobei mit Hilfe von transparent festgelegten Qualitätskriterien Projekte gefördert werden, die durch besonders innovative, soziale oder nachhaltige Konzepte überzeugen können.
- dafür gesorgt, dass sich die Stadt rechtswirksam für maximal 30 Jahre ein Wiederkaufsrecht bei der Vergabe von Grundstücken sichert.
- das „Stadtentwicklungskonzept Wohnen“ mit einem Potenzial von etwa 16 000 Wohneinheiten beschlossen.
- für große, neue Baugebiete wie den Mülheimer Süden, die Parkstadt Süd, den Deutzer Hafen, Rondorf Nord-West und Kreuzfeld die Planungen weiter vorangetrieben.
- das kooperative Baulandmodell geschärft, das seit 2017 vorsieht, dass alle Investoren bei Projekten von mehr als 20 Wohneinheiten verbindlich 30 % sozial geförderten Wohnungsbau realisieren müssen.
- gegen gewerbliche Airbnb-Nutzung die zuständige Abteilung der Stadtverwaltung mit entsprechend Personal versorgt und die Bußgelder erhöht.
- Genossenschaften und Baugruppen ihre Planungen erleichtert, indem auf unser Betreiben hin speziell für diese Zielgruppe eine Beratungsstelle in der Stadtverwaltung geschaffen wurde.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- dafür sorgen, dass städtische Flächen auch weiterhin und langfristig in städtischer Hand bleiben und gezielt neue Flächen angekauft werden, damit auch zukünftige Generationen noch Gestaltungsfreiräume haben.
- das Erbbaurecht als priorisiertes Vergabeinstrument auch für den Wohnungsbau einführen, damit städtische Flächen nicht mehr unwiederbringlich verkauft, sondern zu einem Pachtzins über lange Zeiträume bis zu 99 Jahre zur Nutzung übergeben werden, wobei der Boden dann in städtischem Eigentum, die Aufbauten in Privatbesitz bleiben.
- Vergabe- und Planungsverfahren durch weitestgehende Digitalisierung und Parallelisierung straffen sowie die zuständigen Behörden mit ausreichend qualifiziertem Personal ausstatten.
- effizient mit den knappen Flächen umgehen, den verfügbaren Raum besser ausnutzen und für eine sinnvolle Nutzung von mindergenutzten Flächen sorgen.
- bei der Vergabe von städtischen Grundstücken im Regelfall nur noch Investoren zum Zuge kommen lassen, die das Ziel von günstigem Wohnraum und kontrollierten Mieten in ihrer Eigentümerschaft verankert haben.

- die 2016 vom Rat beschlossene Wohnungsbauoffensive mit städtischen Baugrundstücken verstärkt fortsetzen, um mehr öffentlich-geförderte Wohnungen zu schaffen – es sollen Grundstücke im Wege des Erbbaurechts an gemeinwohlorientierte Bestandhalter, wie z. B. die städtische Wohnungsgesellschaft GAG, die städtische WSK, Genossenschaften und selbstverwaltete Projekte vergeben werden, auf denen mindestens 70 % öffentlich geförderter Wohnungsbau entstehen soll, und auf Basis des geänderten Haushaltsrechts werden wir Grundstücke für öffentlich geförderten Wohnungsbau und soziale Wohnprojekte unter Verkehrswert vergeben.
- die besonderen Anforderungen von Genossenschaften und Wohnprojekten schon bei der Aufstellung von Bebauungsplänen besser berücksichtigen, weil sie wichtige Partner der Stadt sind, um Wohnungsbau langfristig im preisgünstigen Spektrum möglich zu machen.
- kreative und kulturelle Räume in urbanen Lagen erhalten und in neuen Stadtquartieren schaffen.
- die Vergabe von Grundstücken nach Konzeptqualität bereits bei den Aufteilungen der Grundstücke mitdenken.
- eine maßvolle Innenverdichtung und die Schließung von Baulücken vorantreiben und dabei z. B. integrierte Handelsflächen planen und Parkplätze und einstöckige Supermärkte mit Wohnungen oder Büros überbauen.
- verstärkt eine integrierte Mischung von Wohnen und Arbeiten in Form von gemischten und kompakten Stadtquartieren anstreben, da die Ressource Fläche in Köln begrenzt ist.
- existierende Höhenbegrenzungen auf den Prüfstand stellen, denn wir brauchen eine höhere differenzierte Mindesttraufhöhe für Neubauten, um Flächen effektiver nutzen zu können.
- weiterhin konstruktiv an einem Hochhauskonzept mitarbeiten, das klimatische, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt.
- die Entwicklung der Stadt gemeinsam mit ihren Bürger*innen gestalten und diese aktiv in die notwendigen Prozesse mit einbinden.
- die Entwicklung neuer Stadtquartiere, insbesondere Kreuzfeld, die „Parkstadt Süd“ und das ehemalige Industrieareal „Otto+Langen“ in Mülheim-Süd über städtische Entwicklungsgesellschaften steuern und gestalten, statt die Entwicklung sowie die städtischen Flächen Privatinvestoren zu überlassen.
- die Entwicklung der Stadt zusammen mit der Region planen und abstimmen, weil Entwicklungsfragen nicht an der Stadtgrenze haltmachen.
- Wohnungsentwicklung und ÖPNV zusammen planen und umsetzen und Wohnen an ÖPNV-Knotenpunkten intensivieren.

- weitere autofreie Wohngebiete nach Vorbild der autofreien Siedlung in Nippes bauen bzw. Initiativen für autofreie Quartiere fördern, bei denen die Anbindung an den ÖPNV im Vordergrund steht und es ausreichende, überdachte und sichere Fahrradstellplätze gibt.
- die Stellplatzordnung so ändern, dass die Schaffung von mehr Wohnraum und mehr Wohneinheiten für Studierende und im sozial geförderten Wohnungsbau nicht am Mangel an Pkw-Stellplätzen scheitert.
- die Anpassung an die Klimakrise als ein zentrales Planungskriterium für die städtische Entwicklung einfordern – als eine dauerhafte Querschnittsaufgabe von Verwaltung, lokaler Wirtschaft, Bürger*innenschaft und städtischen Beteiligungsunternehmen, in Form von z. B. Hitzeanpassung, Schaffung von Grünflächen, Biodiversität und Schutz vor extremen Wettersituationen.
- Neubauten langlebig bauen und Klimafolgen berücksichtigen indem wir z. B. dafür sorgen, dass Dächer begrünt oder Solaranlagen auf den Gebäuden installiert werden und nach Passivhausstandard gebaut wird, sofern machbar und sinnvoll.
- verstärkt nachhaltige Baustoffe einsetzen, die nachwachsend und recycelbar sind, möglichst aus der Nähe stammen und keine langen Transportwege hinter sich haben, wobei Holz als besonders umweltfreundliche Alternative verstärkt Berücksichtigung erfahren soll.

5. Urbanität und öffentlicher Raum

Zu Köln gehört der eigenständige Charakter seiner Veedel und Quartiere. Den gilt es zu erhalten und im Grünen Sinn lebenswert weiterzuentwickeln. Besonders wichtig ist dabei für uns der Schutz des öffentlichen Grüns. Gerade in einer Millionenstadt wie Köln bieten Parks und Grünflächen Orte der Erholung und leisten einen wichtigen Beitrag für das Klima in der Stadt. Zum Charakter der Veedel gehört für uns aber auch eine soziale Mischung und dass Menschen verschiedener Herkunft und mit verschiedenen Einkommen dort leben können. Es gilt, Räume für Wohnen, Arbeit, Nahversorgung und Freizeit verträglich zu gestalten. Insbesondere nicht kommerzielle Freiräume für lebendige (Sub-)Kulturen und Räume zur kreativen Entfaltung sind für das kulturelle Leben aller Bürger*innen Kölns wichtig und machen die Stadt bunt und lebenswert. Wir begrüßen dabei, dass der öffentliche Raum in Großstädten wie Köln verstärkt von den Bürger*innen genutzt wird. Diese Aneignung muss im Zusammenspiel mit einem aufgeräumten öffentlichen Raum in einem urbanen und friedlichen Miteinander stattfinden.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass Kölns Veedel ihren Charakter behalten und Diversität und Vielfalt erhalten bleiben.

- unsere Leitlinie der kleinräumigen Mischung im Quartier weiterentwickeln und durch gewerbliche Nutzungen in Erdgeschossflächen mehr Aktivität und Lebendigkeit schaffen.
- dass die Arbeit wieder dahin kommt, wo die Menschen auch wohnen, denn Arbeit und Familie lassen sich am besten vereinbaren, wenn die Wege kurz sind.
- dass öffentlicher Raum durch viel Grün und menschengerechte Gestaltung für alle Bevölkerungsgruppen nutzbar ist.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- auf den Kölner Ringen mehr Platz für Fahrradfahrende und Zufußgehende geschaffen.
- Parkplätze vor Gastronomiebetrieben abgeschafft und der Außengastronomie zugeführt (Programm „Sitzen statt Parken“)
- das „Verkehrskonzept Altstadt“ verabschiedet und den Weg für eine City zum Flanieren geebnet.
- uns dafür eingesetzt, dass mit dem Konzept der „Via Culturalis“ der öffentliche Raum in der Altstadt deutlich aufgewertet und attraktiver wird.
- dafür gesorgt, dass es in jedem Stadtbezirk einen Trinkwasserspender und neue sanitäre Anlagen im öffentlichen Raum (z. B. am Brüsseler Platz oder am Rheinufer) gibt.
- bei Neugestaltungen von Plätzen den Bedarf an mehr Parkbänken und Sitzgelegenheiten verstärkt berücksichtigt (z. B. am Rheinufer, Eigelstein oder Kurt-Hackenberg-Platz).
- das Zwischennutzungskonzept „Beleben statt Schließen“ für den Ebertplatz maßgeblich vorangetrieben und so die Aufenthaltsqualität deutlich erhöht.
- den Fortbestand kultureller Einrichtungen wie des Kinos „Cinova“ gesichert und „Jack in the Box“ auf dem ehemaligen Güterbahnhofsareal in Ehrenfeld durch Ankauf eines Gebäudes die Weiterarbeit ermöglicht.
- zur Sicherung des „Kulturbausteins Helios“ Haushaltsmittel für 2020 im Rat beschlossen.
- uns dafür eingesetzt, dass die „Hallen Kalk“ zu einem soziokulturellen Quartier entwickelt werden.
- zusätzliche finanzielle Mittel eingestellt für Maßnahmen der Barrierefreiheit und für den Bau von Spielplätzen und Wasserspielplätzen.
- ein Programm zur Revitalisierung der Wochenmärkte auf den Weg gebracht.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- dafür sorgen, dass die Anpassung an die Klimakrise ein zentrales Planungskriterium für die städtische Entwicklung und eine dauerhafte Querschnittsaufgabe von Verwaltung, lokaler Wirtschaft, Bürgerschaft und städtischen Beteiligungsunternehmen wird.

- bei Neuplanungen darauf achten, dass es in den Erdgeschossen immer eine gewerbliche oder eine öffentliche Nutzung gibt, damit auch neue Quartiere lebendig werden.
- die neue Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“ verstärkt anwenden, da sie nicht nur das Planen und Bauen in innerstädtischen Gebieten vereinfacht, sondern auch die Umsetzung einer Nutzungsgemischten Stadt der kurzen Wege ermöglicht.
- uns dafür einsetzen, dass die traditionellen Einkaufsstraßen in den Veedeln nicht veröden und auch nicht zu reinen Gastronomiemeilen werden.
- uns für eine Stadtgestaltung stark machen, die es ermöglicht, dass man in Köln autofrei einkaufen kann und die benötigte Infrastruktur in Wohnortnähe zu finden ist.
- bei der Gestaltung des öffentlichen Raums und des ÖPNV für ein inklusives Leben im Veedel die Bedürfnisse von Menschen mit Bewegungs- und Wahrnehmungseinschränkungen berücksichtigen.
- in Köln eine lebendige Clubszene erhalten, kreative und nicht kommerzielle Räume schützen und darüber hinaus diese auch aktiv in neuen Stadtquartieren einplanen.
- die Rheinufer vom ruhenden und fließenden Verkehr befreien, grüner gestalten und für die Bürger*innen zur Erholung weiterentwickeln.
- die Planungskultur bei Stadtentwicklungsprojekten verbessern und konsequent Masterpläne, Werkstattverfahren und architektonische Wettbewerbe zur Qualitätsverbesserung fordern.
- uns dafür einsetzen, dass nicht nur die Stadtteile in Innenstadtnähe eine gute ÖPNV-Anbindung haben, sondern auch die Außenbezirke, wie z. B. Weiß, Zündorf oder Roggendorf.
- die Maßnahmen aus dem Gestaltungshandbuch der Stadt Köln umsetzen und weiterdenken.
- städtische Freiflächen insekten-, kleinsäuger- und vogelfreundlich anlegen und so auch pflegen lassen.
- dafür sorgen, dass die Schienentrassen des ÖPNV begrünt werden.
- uns für vielfältige und kleinteilige Blühflächen, für Fassadenbegrünung, naturnahe Spielplätze, bepflanzte Vorgärten, Urban Gardening und den Erhalt von Kleingärten einsetzen.

Nachhaltiges Wirtschaften

6. Finanzpolitik und EU-Förderung

Finanzpolitik

Die zentralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge – Schulbau, Kinderbetreuung, Wohnen, Gesundheit, notwendige Investitionen in die Mobilitätswende, Inklusion sowie Verminderung der Armut – erfordern in einer wachsenden Stadt wie Köln große finanzielle Anstrengungen. Die vergangenen Jahre waren, dank der positiven konjunkturellen Entwicklung, von stetig steigenden Einnahmen und Ausgaben gekennzeichnet – mittlerweile hat der städtische Haushalt ein jährliches Volumen von über 5 Mrd. Euro erreicht. Ziel Grüner Haushaltspolitik ist es, dass wir uns handlungsfähig und verlässlich zeigen – auch dadurch, dass die Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung endgültig vorbei sind. Die zentralen Ziele und Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge – auch bei einer rückgängigen Konjunktur und sinkenden Steuereinnahmen – setzen wir um und sichern sie. Dies kann nur gelingen, wenn eine faire, soziale, ökologische und generationengerechte Schwerpunktsetzung erfolgt.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- einen ausgeglichenen Haushalt erreichen und in gemeinsamen Gesprächen mit Bund und Ländern über eine finanzielle Entlastungsmöglichkeit unserer Kommune verhandeln, Laufzeiten und Fristen von Förderprogramme verlängern, um weiterhin einen Vermögensaufbau anzustreben.
- unsere generationengerechte Finanzpolitik fortsetzen.
- uns dafür einsetzen, dass der Kostenausgleich von Bund und Land im Rahmen des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, muss auch zahlen“) weiter umgesetzt und ausgebaut wird, z. B. bei den Kosten der Unterkunft, der Aufnahme und Integration von Geflüchteten, da eine vollständige dauerhafte Sanierung des städtischen Haushalts komplett aus eigener Kraft sonst nicht zu leisten ist.
- die kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik aktiv an den europäischen und internationalen Werten und Zielen für nachhaltige Entwicklung ausrichten, die als die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) von der internationalen Staatengemeinschaft im Rahmen der „UN-Agenda 2030“ formuliert und von der EU zum Leitprinzip ihrer gesamten Arbeit erklärt wurden.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- es geschafft das Verfahren für die Haushaltsaufstellung so zu optimieren, dass der Haushalt rechtzeitig im Vorjahr beschlossen wird und somit für alle Planungssicherheit herrscht.
- deutlich mehr Investitionen in Schulbau, soziale Wohnraumförderung, Klimaschutz und Mobilitätswende durchgesetzt.
- Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Jugendhilfesektor verhindert.
- weitere finanzielle Prioritäten so gesetzt, dass sie den Aufgaben für eine wachsende und nachhaltige Stadt gerecht werden, z. B. für die Schaffung von bezahlbarem und öffentlich gefördertem Wohnraum, für Schulneubauten, -sanierungen und einen qualitativ hochwertigen „Offenen Ganzttag“, für Digitalisierungsprojekte an Schulen und in der Verwaltung, für die Förderung der Kreativwirtschaft und Freien Szene, für interkulturelle Maßnahmenprogramme oder für mehr Baumpflanzungen, Biodiversität und Schulhofbegrünung.
- die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass ab dem Haushaltsplan 2020/2021 sachliche und personelle Ressourcen entsprechend den Förderschwerpunkten der am EU-Fördermittelverfahren beteiligten Verwaltungsbereiche zielgerichtet berücksichtigt werden.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- darauf hinwirken, Haushaltsdefizit abzubauen, sodass Aufwand und Ertrag im städtischen Haushalt ausgeglichen sind.
- die Daseinsvorsorge weiterhin seriös und zuverlässig finanzieren.
- den Klimaschutz durch Investitionen in die Mobilitätswende und in weitere Maßnahmen verstärkt vorantreiben.
- die Gewerbesteuer nicht senken, um die kommunalen Einnahmen zu stabilisieren.
- einen wirkungsorientierten Haushalt etablieren, in dem städtische Zuschüsse auf Basis transparenter Verfahren mit Leistungsvereinbarungen und einem entsprechenden Controlling vergeben werden.
- ein strenges Baukostencontrolling einführen, um städtische Investitionsvorhaben deutlich effektiver zu steuern.
- die Mitwirkung der Bezirksvertretungen an den Haushaltsberatungen stärken und ihnen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten mehr Entscheidungskompetenzen geben.
- uns dafür einsetzen, dass eine Subventionierung von Gebühren für Abwasser, Straßenreinigung und Müllentsorgung nicht aus dem städtischen Haushalt gezahlt wird.
- eine deutliche Erhöhung der Förderquote, indem in allen Bereichen – von der Stadtentwicklung über Klimaschutz bis zur Kreativwirtschaft – die Möglichkeiten der Förderung durch

Land, Bund und EU stärker genutzt und dazu auch regionale Kooperationen eingegangen werden.

- die städtische Infrastruktur erhalten, sanieren und kontinuierlich verbessern.
- neben dem Bürgerhaushalt die Möglichkeit für ein kommunales Bürger*innen-Crowdfunding etablieren, damit Bürger*innen unbürokratisch und niederschwellig an Vorhaben beteiligt werden können.
- uns dafür einsetzen, dass die Stadt Köln die Beschaffung von Kapital zur Reduzierung von Umwelt- und Klimaschäden durch die Herausgabe einer grünen Anleihe in Form eines „Green Bonds“ berücksichtigt.
- dafür sorgen, dass die Stadt den Verkauf der RWE-Aktien in ihren Beteiligungen finalisiert und die Erlöse in den Kölner Klimafond fließen oder zur Stärkung des Investitionsprogramms für regenerative Energieerzeugung der RheinEnergie verwendet werden.
- dafür sorgen, dass die Stadt Köln die eigenen Geldanlagen und Investitionen an ökologischen und sozialen Kriterien und den Regeln guter Unternehmensführung ausrichtet, somit die Dekarbonisierung durch (Divestment-)Maßnahmen beschließt und insbesondere auch Gemeinwohlkriterien im Laufe der Zeit implementiert.
- die auf Kölner Stadtgebiet angesiedelten Finanzdienstleister, v. a. die in städtischer Beteiligung befindliche Sparkasse, dazu auffordern, ihr Geschäftsmodell an ökologischen und sozialen Kriterien und dem „EU Action Plan on Sustainable Finance“ zu orientieren und ihr „Non-financial-Reporting“ durch eine Gemeinwohlbilanzierung maßgeblich zu verbessern.

EU Förderung und Fördermittel

Als Kölner GRÜNE beteiligen wir uns aktiv an der Gestaltung Europas, denn Köln ist eine Stadt im Herzen Europas und Städte sind Schrittmacher gesellschaftlicher Entwicklung.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- Köln noch stärker zu einer europäischen Kommune machen, die sich ihrer Verantwortung sowohl für die eigenen Bürger*innen als auch für Europa, die Umwelt und die nachfolgenden Generationen bewusst ist.
- die EU und Europa noch weiter in den Fokus unserer kommunalen Arbeit rücken.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- dabei unterstützt, die EU-Fördermittel-Akquise durch Bündelung, Stärkung und Koordinierung der notwendigen Prozesse zu optimieren.
- das „Büro Europa und Internationales“ in der Stadtverwaltung kontinuierlich unterstützt und gestärkt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- Vorstößen von EU-Institutionen wie z. B. den EU-Kommissionen, die Grundlagen der Daseinsvorsorge, die Erbringung kommunaler Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und letztlich die kommunale Selbstverwaltung einzuschränken bzw. auszuhöhlen, entschieden entgegenzutreten.
- jährlich mehr EU-Fördermittel abrufen und von den Erfahrungen anderer Kommunen profitieren – dazu werden wir über ein Benchmarking mit unseren Nachbarkommunen und Partnerstädten in den Austausch über den Umgang mit EU-Förderung und die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung treten und dafür sorgen, dass bis 2021 ein Vergleich mit mindestens drei vergleichbaren Kommunen vorliegt, der z. B. die durchschnittliche Förderquote und weitere relevante Kenngrößen berücksichtigt.
- Kölns Europa-Kompetenz stärken und zusammen mit den städtischen Beteiligungsunternehmen die Zusammenarbeit in Netzwerken mit der Europäischen Union intensivieren.

7. Wirtschaft

Als Millionenstadt ist Köln nicht nur als Wohn-, sondern auch als Arbeitsort attraktiv. Welche Branchen, Ansiedlungen und Start-ups wir in unserer Stadt fördern wollen, hängt maßgeblich auch davon ab, welche Unternehmen, Industrien und Arbeitgeber sich als zukunftsfähig erweisen und sinnstiftende Arbeitsplätze in einer digitalisierten Welt bieten. Unsere Politik orientiert sich hierbei konsequent an den Anforderungen eines nachhaltigen Wandels. Der Branchenmix unserer Stadt macht uns unabhängiger von konjunkturellen Verwerfungen. Unsere Wirtschaftstreiber sind neben dem erfolgreichen Messestandort, die Medien-, Kultur und Kreativbranche sowie das Handwerk und der Tourismus. Gerade diese in Köln erfolgreichen Industrien haben durch die Corona-Pandemie gelitten und bedürfen zukünftig unserer verstärkten Aufmerksamkeit. Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und wissensbasierte Industrieproduktion, die auf dem Transfer mit der starken Kölner Forschungs- und Hochschullandschaft aufbauen, möchte wir fördern und alteingesessene Industrien und Branchen bei ihrer Transformation in vorwärtsgewandte Unternehmen begleiten. Köln muss ebenso weiterhin ein attraktiver und bedeutender Handels- und Logistikstandort für NRW und Europa bleiben. Dies darf aber aufgrund der Flächenknappheit nicht zulasten der Kölner Bürger*innen gehen. Große Arbeitgeber wie Ford möchten wir am Standort Köln halten. Dies hängt aber im Wesentlichen von der technologischen Innovationsfähigkeit des international agierenden Automobilherstellers Ford ab. Um den planetaren Grenzen gerecht zu werden, muss unsere Art zu wirtschaften neu gedacht, öffentlich diskutiert, grundlegend auf den Prüfstand gestellt und frei von schädlichen Emissionen werden.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- Köln zu einem herausragenden Standort für sozial-ökologisch Wirtschafts- und Industrieprojekte entwickeln und die Innovationskraft als Universitäts-, Forschungs- und Wissenschaftsstandort durch die Förderung von Hochschulausgründungen weiter ausbauen.
- dass das Handwerk, Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen in Köln zu einer tragenden Säule bei der notwendigen ökologischen Modernisierung werden und sie bei ihren Bemühungen, gegen Ketten und Großunternehmen zu bestehen, unterstützt werden.
- dass Lebensmittel, die in Köln und der Region angebaut, erzeugt und verarbeitet werden, bevorzugt auch hier vermarktet und verzehrt werden und frisch, gesund und ökologisch sind.
- unsere städtischen Beteiligungen als Vorbilder und Vorreiter für die Transformation in sozial ökologische Unternehmen etablieren.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- die Neugestaltung der städtischen Wirtschaftsförderung begleitet, sodass sie zukünftig erste Anlaufstelle für Neuansiedelungen, Gründer und etablierte Kölner Unternehmen sein kann.
- die Start-up-Szene mit preiswerten Coworking-Space-Angeboten durch das neue städtische Kreativhaus in Kalk sowie die Neuaufstellung des BioCampus für die Ansiedlung wissensbasierter Industriezweige gefördert.
- den Aufbau eines Logistikzentrums und die Erweiterung des Terminals für den kombinierten Ladeverkehr zwecks Reduzierung des Lkw-Verkehrs im Industriepark Köln-Nord erreicht.
- das Sonderstandortprogramm zur Bereitstellung städtischer Gewerbegrundstücke für kleine und mittlere Unternehmen sowie für das Handwerk fortgesetzt.
- die Stärkung des eigentümergeführten Einzelhandels vorangetrieben, z. B. durch die Förderung der Gründung von Immobilienstandort-Gemeinschaften.
- die Zusammenarbeit mit dem Kölner Ernährungsrat weiterentwickelt.
- die Revitalisierung der Wochenmärkte und die Etablierung neuer Marktformate eingeleitet wie der Erlebnisastronomie auf dem Rudolfplatz.
- die Förderung von Produktions- und Vertriebsstrukturen über neu konzeptionierte Wochen- und Straßenmärkte für regional und biologisch erzeugte frische Lebensmittel eingeleitet.
- der städtischen Beteiligungsgesellschaft NetCologne die notwendigen Fördermittel für den weiteren Ausbau des digitalen Glasfasernetzes in Gewerbe- und Wohngebieten beschafft.
- die Verschärfung des städtischen „Public Corporate Governance Kodex“ beschlossen – als vertrauensbildende Maßnahme sowie transparente Grundlage unternehmerischen Handelns und der Kontrolle städtischer Unternehmen.

Handwerk, Start-Ups, kleine und mittlere Unternehmen

Das Handwerk ist ein herausragender Partner für die Sicherung der Zukunft unserer Stadt. Wir wollen sowohl das Handwerk, als auch kleine und mittlere Unternehmen stärken, welche sich einer nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschafts- und Arbeitsweise verpflichtet sehen. Dafür benötigen diese Unternehmen jedoch bessere Rahmenbedingungen und unsere Unterstützung, um diesen Herausforderungen begegnen zu können. Auch sind eine flächendeckende, qualitativ gute Bildungsinfrastruktur und neue Wege in der Vermittlung von Nachwuchs notwendig, um die Attraktivität des Handwerks für Auszubildende und Fachkräfte zu steigern.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- den Mut beweisen, neue gemeinwohlorientierte Wirtschaftsformen zu fördern und zu pilotieren, wozu kooperative Gemeinschaften und nachhaltige Genossenschaften sowie die Ansätze der „Commons“, der solidarischen Ökonomie und der Gemeinwohlökonomie gehören, aber auch Gemeinschaftsgüter- und Share-Economy-Projekte und sog. Impact- und Social Start-ups, welche die Ziele für nachhaltige Entwicklung umsetzen.
- die Neugestaltung der städtischen Wirtschaftsförderung nutzen, um die Ziele, Adressaten und Instrumente der städtischen Förderpolitik zu überprüfen, sodass sie zukünftig einen maßgeblichen Beitrag zur notwendigen sozialökologischen Umgestaltung der Kölner Wirtschaft leisten.
- ein öko-soziales/nachhaltiges Gründer- und Innovationszentrum mit Coworking- und Inkubatorangeboten als Leuchtturm für die Region schaffen.
- auf die Planung und Ansiedlung von Coworking-Zentren für die Kreativbranchen v. a. in den neu entstehenden Stadtquartieren, wie z. B. Parkstadt Süd, Deutzer Hafen und auf in Umwandlung befindlichen Industriearealen in Mülheim und Kalk hinwirken.
- wissensintensive Industrieproduktion besonders fördern, die nicht nur auf den wenigen Industrieflächen BioCampus und „Industriepark Nord“ sondern auch in gemischten Stadträumen angesiedelt werden sollen.
- städtische Wirtschaftsförderung, Kölner Wissenschaftsrunde und Industrieforum zu einem handlungsorientierten neuen Netzwerk zusammenzuführen.
- den Einzelhandel in unseren Stadtteilen erhalten und stärken.
- das Sonderstandortprogramm für Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen fortführen, mit dem städtische Gewerbeflächen zu einem fairen Komplettpreis inkl. Erschließungskosten zur Verfügung gestellt werden.

- städtische Gewerbegrundstücke verstärkt nach qualitativen Kriterien, wie z. B. optimale Flächenausnutzung, Arbeitsplätze, Innovationspotenzial, Nachhaltigkeit, Umweltbelastung, vergeben und hierbei sozialökologische Unternehmen bevorzugen.
- den Städtetourismus sowie das Messe- und Kongressgeschäft stärker auf Basis von qualitativen Zielen ausrichten, indem die Stadt und ihre städtischen Gesellschaften Köln als vielfältige Kultur- und Kreativmetropole bewerben.
- ein verträgliches Neben- und Miteinander von Gästen und Einheimischen schaffen und konsequent gegen Wohnraumzweckentfremdung auf Internetportalen vorgehen sowie nachhaltige Tourismus- und Mobilitätsangebote fördern und Veranstalter auf verbindliche Umweltstandards, wie z. B. die Verhinderung von Müll durch Nutzung von Mehrwegsystemen, verpflichten.
- kostenlose Energieberatungen anbieten und Energiesparmaßnahmen, auch bei der Umrüstung des Fuhrparks, besser öffentlich fördern, z. B. mittels eines Klimafonds.
- uns für die Durchführung und Finanzierung von Projekten zur Nachqualifizierung von Menschen ohne Berufsabschluss einsetzen, um gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels neue Fachkräfte zu gewinnen – insbesondere wollen wir Projekte fördern, die weibliche* Jugendliche und Erwachsene für einen Ausbildungsberuf in nach wie vor männlich dominierten Handwerksberufen gewinnen.
- die berufliche Integration von Geflüchteten durch Maßnahmen zur Berufsbegleitung, durch Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse sowie durch Einführung berufsintegrierter Sprachförderung ermöglichen.
- bei kommunalen und öffentlichen Aufträgen auffällig niedrige Angebote überprüfen lassen, um Dumpingangebote zu verhindern und um kleinen Betrieben in Köln einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.
- auf eine stärkere Aufnahme ökologischer und sozialer Kriterien in städtische Ausschreibungen drängen, um das Kölner Handwerk bei seinen Bemühungen zur sozialökologischen Transformation zu unterstützen.
- uns für eine Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsabläufen und Genehmigungsverfahren im Rahmen der Verwaltungsreform einsetzen – durch schlankere Prozesse, eine verbesserte Kooperation und konsequente Digitalisierung.
- die Zusammenarbeit zwischen den Akteur*innen im regionalen Wirtschaftsraum Köln-Bonn – Handwerk, Unternehmen, Gewerkschaften, Kommunen und Bildungseinrichtungen – stärken.

Regionale Produkte und gesunde Ernährung

Die Versorgung mit gesunden, frischen, möglichst umwelt- und ressourcenschonend erzeugten Lebensmitteln ist überall eine Grundvoraussetzung für das gute Leben aller Menschen und zugleich ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Grüne Kommunalpolitik unterstützt den Wandel hin zu einer nachhaltigen, gesunden Ernährung aller Menschen in Köln und in der Region mit der Förderung von Initiativen, Strukturen und bewussten Beschaffungsentscheidungen.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- dafür sorgen, dass Ackerflächen im Besitz der Stadt Köln bevorzugt an Landwirte verpachtet werden, die die Flächen ökologisch sinnvoll mit vielfältigen Kulturen bestellen und das Gemüse und Obst nach den Richtlinien der zertifizierten Bio-Landwirtschaft anbauen.
- Wochenmärkte und andere Marktformate in den Stadtteilen auf Basis neuer Konzepte, insbesondere Biomärkte, Good-Food-Märkte, Street-Food-Angebote oder Märkte gegen Lebensmittelverschwendung stärken.
- den Frischemarkt nach Marsdorf verlagern, in Betrieb nehmen und uns für die Schaffung eines regionalen Erzeugermarkts mit Sitz im Gemüsegroßmarkt sowie den Vertrieb von biologisch zertifizierten Frischeprodukten einsetzen.
- Initiativen fördern, die sich für die Vermarktung regional erzeugter Lebensmittel einsetzen.
- uns dafür einsetzen, dass in unseren städtischen Einrichtungen, also Schulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflege- und Wohnheimen, Kantinen und weiteren Großhaushalten, wenn immer möglich, regional erzeugte (Bio-)Lebensmittel eingesetzt und auch vegane und vegetarische Gerichte angeboten werden.
- uns dafür einsetzen, dass bei städtischen Großveranstaltungen ein nachhaltiges Gastronomieangebot gemäß den genannten Kriterien integriert wird, welches auch auf die Nutzung von Einwegplastik verzichtet.
- Kinder in Projekten innerhalb und außerhalb der Schulen die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln erfahren lassen, wozu auch Angebote auf unseren Wochenmärkten geschaffen werden sollen.
- der Verschwendung von Lebensmitteln vorbeugen, indem wir private Initiativen zur Rettung von Lebensmitteln durch städtische Angebote ergänzen, etwa indem wir eine städtische Stelle schaffen, die Anreize für Supermärkte setzt, Essen zu spenden, und z. B. dafür sorgt, dass in städtischen Gebäuden oder auf unseren Märkten Raum für „Food Sharing und Essensspenden“ angeboten wird.

- den konstruktiven Dialog mit bürgerschaftlichen Initiativen, die sich für gute Ernährung in Köln und Umgebung einsetzen (z. B. der Ernährungsrat) weiterentwickeln und den Aufbau einer Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung sowie die Etablierung von Wochenmärkten mit regionalen und Bio-Erzeugnissen unterstützen.

Unsere städtischen Unternehmen

In Köln leisten wirtschaftlich starke städtische Unternehmen täglich ihren Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge, indem sie Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen und die Grundversorgung sicherstellen. Dazu gehören insbesondere der öffentliche Nahverkehr, die Wasserversorgung, Energieversorgung und erneuerbare Energieerzeugung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Telekommunikation und digitale Breitbandversorgung sowie die soziale Versorgung mit Wohnungen und Kultur- und Sporteinrichtungen. Daher fordern wir, dass unsere Kölner Unternehmen nach hohen ökologischen und sozialen Standards arbeiten, diese aufgrund ihrer Vorbildfunktion ständig verbessern und ihre Geschäftspolitik und Investitionen konsequent darauf ausrichten.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- die städtischen Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Handlungsfähigkeit stärken, damit sie ihre Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge und als wirtschaftliches Rückgrat der kommunalen Selbstverwaltung effizient wahrnehmen können.
- dafür sorgen, dass die städtischen Unternehmen unter Beachtung ihrer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit Ausschüttungen an den Stadthaushalt und notwendige Investitionen in den Klima- und Umweltschutz priorisieren.
- Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen nach wie vor Vorrang geben und jeder Investitionsentscheidung eine nachvollziehbare Klima- und Folgekostenbewertung zugrunde legen.
- alle städtischen Unternehmen zu jährlichen Nachhaltigkeits- und Umweltberichten verpflichten, die die Veränderungen der eigenen CO₂-Bilanz und die Umsetzung von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung zeigen.
- dafür sorgen, dass sich von den städtischen Unternehmen drei als Vorbilder dazu bereiterklären, sich als Pilotunternehmen bis 2025 nach Gemeinwohl-Kriterien zu bilanzieren.
- dafür sorgen, dass in die jährliche Berichterstattung aller städtischen Unternehmen ab Ende 2021 Kriterien für soziales, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften aufgenommen und auditiert werden.
- uns dafür einsetzen, dass die bilanzierten Treibhausgasemissionen der Kölner Beteiligungsunternehmen mit Kompensationszahlungen verknüpft werden, die in den neuen Kölner Klimafonds fließen, durch den Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden.

- die strategische Ausrichtung der städtischen Unternehmen transparent, nachprüfbar, verständlich und am Gemeinwohl orientiert gestalten.
- die „KölnBusiness Wirtschaftsförderung GmbH“ beauftragen, die Privatwirtschaft dabei zu unterstützen, Kriterien für soziales, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften in die finanzielle Berichterstattung aufzunehmen, und Beratung zur Verbesserung der Lieferketten anzubieten.
- dafür sorgen, dass Unternehmen Fördermittel für die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichterstattungen zur Verfügung gestellt bekommen, die diese gemäß „Directive 2014/95/EU“ nicht erstellen müssten, die sie aber z. B. in Form einer Gemeinwohlbilanzierung vielleicht gern erstellen möchten.
- die Bestellung von Vorständen und Geschäftsführungen auf Basis von transparenten Ausschreibungsverfahren verbindlich einführen, wobei die fachliche und persönliche Eignung entscheidend ist, und die Vergütung der Vorstände und Geschäftsführungen nicht nur die Kriterien der Angemessenheit erfüllen muss, sondern auch an Zielvereinbarungen gebunden wird, die den langfristigen und nachhaltigen Erfolg der Unternehmenspolitik formulieren.
- für den Wechsel von Mandatsträger*innen aus Aufsichtsgremien in Vorstands- oder Geschäftsführungspositionen – und umgekehrt – innerhalb der gleichen städtischen Gesellschaften verbindliche Sperrzeiten einführen.
- die Umsetzung der vom Anteilseigner Stadt Köln vorgegebenen strategischen Zielvorgaben für das Unternehmen durch die Aufsichtsgremien stärker kontrollieren lassen.
- uns dafür einsetzen, dass Vorstände, Geschäftsführungen und Aufsichtsgremien der städtischen Unternehmen zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden und auf eine paritätische Frauen*-Quote hinwirken.
- wirksame Maßnahmen zur Förderung von „People of Color“, Menschen mit Behinderung und Nichtakademiker*innen aufbauen.
- das Portfolio der vielfältigen städtischen Unternehmensbeteiligungen unter den Gesichtspunkten der Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit regelmäßig überprüfen und Unternehmen, die strategische bzw. infrastrukturell bedeutsame Aufgaben für die Stadt erfüllen und/oder signifikante Erträge für den Stadthaushalt erwirtschaften, in städtischem Eigentum behalten.

8. Wissenschaftsstandort

Köln ist ein bedeutender Wissenschafts- und Forschungsstandort. Die Universität, die zahlreichen Hochschulen, nationale und internationale Forschungseinrichtungen und Institutionen prägen unsere Stadt maßgeblich mit und sind von der Musikhochschule bis zum Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und der „European Union Aviation Safety Agency“ (EASA) ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Start-ups benötigen günstige Rahmenbedingungen und profitieren von der Vernetzung untereinander.

Gute Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen sind wichtige Faktoren für die mehr als 100 000 Studierenden, Dozent*innen und Forscher*innen, die in Köln im Bereich Wissenschaft tätig sind.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- Köln als führenden Wissenschaftsstandort stärken und die Weiterentwicklung unterstützen.
- die Vernetzung von Start-ups mit den großen Wissenschaftsinstitutionen massiv ausbauen.
- ökologische und soziale Kriterien bei allen Forschungseinrichtungen verankern.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben...

- die Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Einrichtungen mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, aber auch mit kleinen Start-ups durch gemeinsame Projekte intensiviert.
- ein Start-up-Center in Köln gegründet, das Start-ups optimale Bedingungen bietet.
- zusammen mit der Universität die Heliosschule, eine innovative Praxisschule, die forscht und ausbildet, auf den Weg gebracht.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- zusammen mit unseren Partnerstädten, allen voran mit der Start-up-Metropole Tel Aviv, ein globales Innovationsnetzwerk im Bereich der Natur- und der Geisteswissenschaften aufbauen.
- die Entwicklung von nachhaltigen, umwelt- und klimaschonenden Verfahren und Projekten unterstützen.
- im Zuge der Modernisierung der Kölner Kliniken den Ausbau der Forschungsbereiche Medizin und Gesundheit unterstützen.
- uns weiterhin für den zügigen Aus- und Neubau von preisgünstigem Wohnraum für Azubis, Studierende sowie Dozent*innen und von Wohnheimen auch und gerade in Uni-Nähe einsetzen.

9. Digitalisierung

Die Digitalisierung schreitet auch auf kommunaler Ebene immer weiter fort und berührt mittlerweile die meisten Lebensbereiche der Bürger*innen. Nun geht es darum, die kommunale Vorreiterrolle von Köln zu stärken, Infrastruktur und Services weiter auszubauen sowie das Angebot an Firmen und Start-ups im Digitalisierungsbereich zu vertiefen. Der Einfluss der Digitalisierung muss sowohl visionär gestaltet als auch kritisch hinterfragt werden, damit Datenschutz, Barrierefreiheit und Wahlfreiheit zwischen analog und digital weiterhin umgesetzt werden.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine sinnvoll umgesetzte Digitalisierung ist. Firmen konnten ihre Mitarbeiter*innen im Homeoffice arbeiten lassen und auch soziale Kontakte bzw. Vereins-, Verbands- und Politik-Veranstaltungen wurden ins Internet verlagert. Menschen, die entweder nicht über Digitalisierungserfahrung verfügen oder in digital abgehängten Regionen leben, drohen in solchen Situationen schnell abgehängt zu werden.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen

- die Digitalisierungsstrategie der Stadt Köln dezernatsübergreifend vorantreiben und den Schutz der Daten der Bürger*innen effektiv ausbauen.
- den Zugang zu und die Nutzung von digitalen Ressourcen in Köln fördern.
- die städtischen Prozesse auf Basis digital nachhaltiger Ressourcen und Güter weiter digitalisieren, um Effizienz und Transparenz zu steigern.
- wirtschaftlich benachteiligten Personen den Zugang zu digitalen Medien ermöglichen.
- den Kölner*innen die Chancen ermöglichen, sich zu kritischen, digital mündigen Bürger*innen mit starker Medienkompetenz zu entwickeln.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- den Ausbau der öffentlichen WLAN-Hotspots in der Innenstadt und auf öffentlichen Plätzen in den Stadtbezirken durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln vorangetrieben.
- die „OpenData“-Angebote der Stadt Köln gestärkt.
- die Einrichtung des „Digital Hubs“ in Köln unterstützt.
- finanzielle Mittel für WLAN in Bahnen und Busse bereitgestellt.

Unsere Grünen Ziele

Wir werden ...

- den stadtweiten Ausbau von leistungsstarken Netzwerken (technologieoffen für Glasfaser, 5G-Infrastruktur oder WLAN) vorantreiben, insbesondere auch in weniger zentralen Quartieren.
- die digitalen Self-Service-Angebote der Verwaltung und der städtischen Unternehmen weiter ausbauen und häufige Dienstleistungen in Bürger*innen-Büros digital, inklusiv und diskriminierungsfrei verfügbar machen.
- den stadtweiten technologieoffenen Netzausbau vorantreiben und dabei lokale Infrastrukturanbieter fördern.
- „Public Money – Public Code“ (Veröffentlichung der durch Steuergelder finanzierten Software als freie Software unter Einhaltung der Datensicherheit) in allen kommunalen Aufträgen zu einem der tragenden Prinzipien machen.

- Software-Entwicklungsprozesse für die Beiträge der Gemeinschaft öffnen und transparent auf öffentlichen Plattformen stattfinden lassen.
- soziale Teilhabe aller sichern, indem aktiv die Unterstützung von sozial schwachen Menschen im Hinblick auf Digitalisierung gefördert wird.
- „OpenData“ und „OpenGovernment“ zu wichtigen Grundlagen von Transparenz der Verwaltungsprozesse und Teilhabe machen.
- offenedaten-koeln.de durch Öffnung für nicht städtische Akteure weiterentwickeln.
- die Entwicklung von Apps, die den Nachhaltigkeitsgedanken unterstützen, fördern.
- Projekte, Start-ups und Technologien, die digital nachhaltige, barriere- und diskriminierungsfreie Ansätze verfolgen, fördern.
- Schulen mit digitaler Infrastruktur ausstatten und Zusatzangebote zur Vermittlung von Medien und Digitalkompetenz schaffen.
- neue städtische Angebote zur Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz für Bürger*innen schaffen, um einen mündigen und kritischen Blick auf die neuen Technologien zu ermöglichen.
- Datenschutz und Datensicherheit auf kommunaler Ebene stärken und dabei sowohl „Gläserne Bürger*innen“ als auch die Kommerzialisierung von Bürger*innen-Daten verhindern.
- kommunal die Produktion von digitalen Gütern fördern, die die Voraussetzungen für „Digitale Nachhaltigkeit“ erfüllen, wobei digitale Güter immaterielle Produkte oder Güter sind, die mithilfe von Informationssystemen entwickelt, angewendet oder verteilt werden, also z. B. Software, E-Book oder digitale Informationen.
- in der Verwaltung ethische Kriterien für selbstlernende Software (vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz) einfordern und die regelmäßige Überprüfung verlangen, wobei insbesondere auf den Vorrang von menschlichem Handeln und Aufsicht sowie Transparenz und Diskriminierungsfreiheit geachtet werden soll.
- durch digitale Technologien ein Energiemanagement in Abhängigkeit der Echtzeit-Nachfrage einrichten lassen.
- weiterhin darauf achten, dass sich durch die fortschreitende Digitalisierung niemand abgehängt fühlt, und daher auch analoge Ausweichmöglichkeiten schaffen.

10. Stadtverwaltung, öffentliche Sicherheit und Vergaben

Die Kölner Stadtverwaltung

Die Kölner Stadtverwaltung mit rund 20 000 Mitarbeiter*innen ist die größte Arbeitgeberin in Köln. Sie wird ein entscheidender Erfolgsfaktor für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Weiterent-

wicklung der Stadt Köln sein, wenn sie als bürger*innennahe Dienstleisterin und gestaltende Umsetzerin der Mobilitätswende und einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik agiert. Aktuell werden in einer tiefgreifenden Verwaltungsreform alle Prozesse, die Zusammenarbeit innerhalb der Dezernate und Ämter sowie deren Führung auf die künftigen Anforderungen hin überprüft und weiterentwickelt. In den letzten Jahren sind dabei Fortschritte in der dezentralen Ergebnis- und Ressourcenverantwortung erfolgt. Die Verwaltungsreform ist auch vor dem Hintergrund nötig, dass in den nächsten Jahren ca. 25 bis 30 % der Beschäftigten in Ruhestand gehen werden – inkl. vieler Führungspersonen.

Eine weitere Herausforderung für die Kölner Stadtverwaltung ist die Organisation der vielfältigen Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen während der Corona-Pandemie für die Kölner Bevölkerung. Durch flexible und mobile Arbeitsformen – auch über die normalen Arbeitszeiten hinaus – haben viele Mitarbeiter*innen diese Ausnahmesituation für Köln gemeistert.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- eine für derzeitige und künftige Arbeitnehmer*innen attraktive Stadtverwaltung, die flexible Arbeitszeitmodelle in Fach- und Führungsfunktionen ermöglicht und herausfordernde Entwicklungsmöglichkeiten bietet.
- eine Stadtverwaltung, die die Vielfalt der Kölner Bürger*innen und somit die gesellschaftliche Realität in Köln widerspiegelt.
- eine Stadtverwaltung, die Motor und Antreiberin für die tiefgreifenden Veränderungen einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik ist.
- dass die Mitarbeiter*innen der Stadt Köln keinen Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- die begonnene Verwaltungsreform von Beginn an in den politischen Gremien unterstützt und gestärkt.
- eine verstärkte interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch das entsprechende Maßnahmenprogramm vorangetrieben, um somit alle Potenziale für eine zukunftsweisende Mitarbeiter*innen-Struktur zu fördern.
- eine moderne Personalpolitik durch das Einfordern und Unterstützen von neuen Führungsmodellen (z. B. Teilzeit oder JobSharing-Angebote) gestärkt.
- die Kompetenzen der Bezirksvertretungen gestärkt, inkl. der Erhöhung der Haushaltsmittel.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- die Verwaltungsreform mit einer erhöhten Geschwindigkeit weiter positiv begleiten.

- einfordern, dass eine Nachbetrachtung der Vor- und Nachteile der mobilen und flexiblen Arbeitsformen in der Stadtverwaltung erfolgt, die während der Corona-Pandemie umgesetzt wurden – mit Augenmerk darauf, dass die flexiblen Arbeitsformen und Möglichkeiten nicht zu einem Rückfall in tradierte Arbeitsrollen für Frauen führen dürfen und die Vereinbarkeit von Homeoffice und Kindererziehung nicht zu einer alleinigen Aufgabe der Mitarbeiter*innen werden darf.
- darauf hinwirken, dass Führungspositionen im mittleren Verwaltungsbereich zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden, dass es eine verbindliche paritätische Quote gibt und dass wirksame Maßnahmen zur Förderung von Frauen* ausgebaut werden sowie eine Förderung von „People of Color“, Menschen mit Behinderung und Nichtakademiker*innen.
- eine eigene, sich an den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen orientierende, ressortübergreifende Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam entwickeln und umsetzen, wobei Akteure und Interessierte der Stadtgesellschaft in die Entwicklung und Umsetzung partizipativ einbezogen werden sollen.
- ein größeres Engagement für Führungsmodelle in Teilzeit oder Jobsharing-Modelle einfordern – für Frauen* und Männer.
- den Bezirksvertretungen konsequent ihre Beteiligungsrechte eröffnen und lokale Entscheidungen respektieren.
- weitere Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung stärken.
- Schulungsangebote und Workshops gegen Diskriminierung verpflichtend für alle Führungskräfte und Mitarbeiter*innen einführen.
- Dienstleistungsangebote durch die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe beschleunigen und wenn möglich online zugänglich machen sowie die Öffnungszeiten der Bürger*innen-Ämter bürger*innenfreundlich gestalten.
- für eine Beibehaltung der Ausbildungsquote von über 8 % und ein stärkeres Angebot für Qualifizierungsmaßnahmen in Verwaltungsberufen sorgen.
- den interkommunalen Erfahrungsaustausch stärken und fördern – bei der Bündelung von Dienstleistungen sowie bei Best-Practice-Lösungen im Verwaltungsbereich.
- das Finanzcontrolling für jedes Dezernat ausbauen.
- mehr Personal für die Umsetzung alternativer und ökologischer Mobilitätskonzepte einstellen.

Öffentliche Sicherheit und Ordnungsrecht

Die Anforderungen an Sicherheitsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden, in Räumen und auf Plätzen (z. B. vermehrte Absperrungen oder erhöhte Präsenz der Ordnungsbehörden bei Großveranstaltungen)

sind in einer Metropole wie Köln vielfältig. Weiterhin sind seit 2016 sinkende Fallzahlen in der polizeilichen Kriminalstatistik unserer Stadt zu verzeichnen und die Aufklärungsquote ist gestiegen. Wir GRÜNE setzen dabei auf eine faktenorientierte kommunale Ordnungs- und Sicherheitspolitik, die sowohl Sicherheitsanforderungen berücksichtigt als auch Bürger*innen-Rechte stark in den Blick nimmt.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass alle Bürger*innen sicher in allen öffentlichen Räumen sind und ihre Bürger*innen-Rechte gestärkt werden.
- einen gut ausgebildeten, deeskalierender und bürger*innennahen Ordnungsdienst, der in Partnerschaft mit Polizei, sozialen Trägern und weiteren Akteuren wirkungsvolle Präventionsarbeit als Grundlage für öffentliche Sicherheit durchführt.
- so viel Präventionsmaßnahmen wie möglich und so viel Repressionsmaßnahmen wie nötig.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- das grundsätzliche Leitbild des Ordnungsdienstes der Stadt Köln um wichtige Aspekte zur Stärkung der Ordnungspartnerschaften und der interkulturellen Qualifizierung verändert.
- eine Bewaffnung des Ordnungsdienstes mit Reizgas-Pistolen verhindert.
- die Kölner Stadtordnung in Hinblick auf die Beibehaltung des Konsums von Bier in der Öffentlichkeit („Wegbier“) und der Nutzung von Bolzplätzen als Aufenthaltsort für Jugendliche nach 22 Uhr geändert.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- die Präventionsarbeit und Hilfeangebote in der Innenstadt sowie in den Bezirken stärken.
- weitere Ordnungspartnerschaften – dort, wo notwendig – einfordern.
- die Sicherheitskonzepte für (Groß-)Veranstaltungen in Hinblick auf Wirksamkeit und Angemessenheit prüfen, wenn notwendig ändern und dabei insbesondere auf den Schutz von Frauen*, inter*- und trans*sexuellen Personen achten.
- keine Bewaffnung des Ordnungsdienstes zulassen.
- den Ordnungsdienst attraktiver gestalten, um freie Stellen zu besetzen, und die Verkehrsüberwachung für den ruhenden Verkehr ausbauen.
- über den Polizeibeirat weiterhin in Zusammenarbeit mit der Polizei darauf achten, dass die Polizei bei ihren Einsätzen in Köln stets diskriminierungsfrei handelt und die Grundrechte gewährleistet sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit schützt.
- mehr Videoüberwachung oder Videobeobachtung auf Kölner Plätzen als nicht geeignete Mittel zur präventiven Kriminalitätsbekämpfung ablehnen.

- dazu beitragen, dass der Kölner Polizeibeirat nicht mehr rein männlich besetzt wird und darauf hinwirken, dass er in Zukunft möglichst geschlechterausgewogen ist.

Vergabe von öffentlichen Plätzen und öffentliche Beschaffung

Die konkurrierende Nutzung von Plätzen hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Ein geändertes Freizeitverhalten und Anwohnerinteressen kollidieren dabei häufig. Wir GRÜNE setzen in diesen Situationen weiterhin auf den Mix aus angemessener Stadtplanung, Moderationsverfahren mit den unterschiedlichen Interessengruppen, den zu Events zeitnahen Einsatz der Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) und einem funktionierenden Toilettenkonzept. Die Vergabe von Plätzen für Events muss außerdem besonders sensibel erfolgen, alle Interessen abwägen und eine weitere Kommerzialisierung von öffentlichen Plätzen vermeiden.

In der Kölner Vergabeordnung zur Beschaffung von Material und Dienstleistungen sind wichtige Aspekte von sozialen Standards, Mindestlöhnen und Umweltschutz geregelt. Doch noch immer hinkt die Stadt Köln bei der Umsetzung der Kriterien zur nachhaltigen Beschaffung bei umfangreichen Einkaufsprozessen hinterher.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass alle Platzvergaben in Köln für Veranstaltungen nach nachvollziehbaren und einheitlichen Kriterien erfolgen, wobei nicht kommerzielle Veranstaltungen zu stärken sind.
- dass die Stadt Köln Transparenz über die Vergabe herstellt und somit Vorbild für die Stadtgesellschaft wird.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- das Vergabekonzept der zentralen Innenstadtplätze bis 2023 fortgeführt und an wichtigen Stellen Verbesserungen erzielt, sodass nun z. B. Public-Viewing-Veranstaltungen auf Innenstadtplätzen nicht mehr möglich sind und auch der Rheingarten geschützt ist.
- weitere Qualitätsverbesserungen bei den Ausschreibungen der zentralen Weihnachtsmärkte, insbesondere bei den Bio-Quoten auf dem zentralen Weihnachtsmarkt Roncalliplatz, erreicht.
- Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr bei kommerziellen Veranstaltungen auf dem Neumarkt erreicht.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden...

- das erfolgreiche Vergabekonzept für die Innenstadtplätze forstschreiben.
- die Entwicklung eines Kriterienkatalogs für die Vergabe von Veranstaltungen (inkl. Straßenfeste) im öffentlichen Raum vorantreiben.

- die Lebensqualität für die Bewohner*innen der Altstadtquartiere wieder verbessern und im Dialog und an Runden Tischen mit Anwohner*innen, Gaststätten-Besitzer*innen, Event-Agenturen und weiteren Akteuren nach Lösungen bei hohen Belastungen suchen.
- weiterhin auf Moderationsverfahren bei Konflikten in der Platznutzung setzen.
- weitere Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr bei kommerziellen Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen durch direkte Wegebeziehungen, mehr Raum und ein verpflichtendes Umleitungskonzept schaffen.
- einen jährlichen öffentlichen Vergabebericht der Stadt Köln einfordern, insbesondere in Hinblick auf nachhaltige Beschaffung und Transparenz, und dafür sorgen, dass, falls dieser Bericht nicht zufriedenstellend ausfällt, zeitnah Maßnahmen von der Verwaltung ergriffen werden, um den Anteil an nachhaltiger Beschaffung auf ein maximal Mögliches zu erhöhen.
- bei der Vergabe von städtischen Aufträgen an Subunternehmen einen Mindestlohn von 12 Euro zur Bedingung machen.

Zusammenstehen

11. Soziales

Die soziale Ungleichheit wächst und die Verteilung von Einkommen und Vermögen driftet immer mehr auseinander. Durch die Corona-Pandemie werden bestehende Ungleichheiten noch weiter verschärft. Auch wenn die Auswirkungen der Krise noch nicht komplett abschätzbar sind, so ist mit längerfristigen Konsequenzen z. B. durch Einkommens- oder Arbeitsplatzverlust sowie durch die soziale Isolierung infolge der physischen Isolierung zu rechnen. Die Armutsgefährdung der Kölner*innen ist generell größer als der Bundesdurchschnitt: In Köln ist ein Viertel der Bevölkerung armutsgefährdet. Insbesondere Frauen*, Geringqualifizierte, Alleinerziehende, Menschen mit Beeinträchtigungen, chronisch Kranke und Menschen mit Migrationsgeschichte sind von Armut betroffen – zunehmend auch Selbstständige und Senior*innen. Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie im Niedriglohnbereich, und Langzeitarbeitslose leiden dabei häufig an sozialer Ausgrenzung und geringen Teilhabechancen. Steigende Mieten und der Mangel an öffentlich geförderten sowie bezahlbaren Wohnungen verschärfen die prekäre Lage für Menschen mit niedrigem Einkommen zunehmend. Viele werden aus ihrem gewohnten Wohnumfeld an den Rand der Stadt verdrängt. Auch ein Anstieg der Anzahl von wohnungslosen Menschen, insbesondere von älteren, ist die Folge. Arme Menschen sind proportional häufiger krank, suchtgefährdet und mangelernährt. Präventions- und Informationsprogramme müssen schon im Kindergartenalter ansetzen. Kommunalpolitik kann Armut nicht verhindern, sie kann aber die Folgen von Armut durch stadtentwicklungspolitische Maßnahmen, eine gute Infrastruktur sowie ein breites soziales Beratungs-, Hilfe- und Unterstützungsnetz lindern. Diese Kombination an sozialpolitisch gedachten Maßnahmen wirkt vorsorgend als auch aktiv unterstützend und nachsorgend im Bedarfsfall und stärkt die Chancen für gelingendes, selbstbestimmtes Leben. Dabei stehen der Kommunalpolitik freie Träger und Wohlfahrtsverbände, zahlreiche Selbsthilfegruppen und viele engagierte Bürger*innen zur Seite. In einer immer älter werdenden Gesellschaft sind die Planung und der Ausbau von Pflegestrukturen und die Bereitstellung von ambulanten wie stationären Pflegeplätzen für uns von besonderer Bedeutung – insbesondere die Ausbildung und gute Bezahlung von Pflegekräften werden wir weiter unterstützen.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- ein System der sozialen Sicherheit für alle Menschen schaffen, das die Würde der Person zur Grundlage hat.
- durch aktive Sozialpolitik allen Menschen Chancen für ein gelingendes, selbstbestimmtes Leben ermöglichen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft sichern.

- der Zusammenarbeit mit freien Trägern, Selbsthilfegruppen und Wohlfahrtsverbänden und der Einbindung engagierter Bürger*innen sowie der Hilfe zur Selbsthilfe und der Selbstbestimmung einen hohen Stellenwert geben.
- durch eine an die besonderen Bedarfe der Menschen ausgerichtete Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau-, Beschäftigungs-, Sozial- und Quartierspolitik gute Lebensbedingungen stärken bzw. schaffen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- nicht nur dafür gesorgt, dass Kürzungen im Sozialbereich zurückgenommen wurden, sondern zusätzlich das breite Netz der Hilfs- und Beratungseinrichtungen finanziell gestärkt z. B. für die Arbeit mit Arbeitslosen, Senior*innen, Frauen* in Notsituationen, Alleinerziehenden, Geflüchteten, Obdachlosen und Straffälligen.
- die Erstellung eines Lebenslagenberichts (Armut- und Reichtumsbericht) in die Wege geleitet, der Auskunft darüber gibt, wie die Lebensbedingungen in den Stadtteilen sind und wo Handlungsbedarf für die Politik besteht.
- in Zusammenarbeit mit der Oberbürgermeisterin und unserer Kämmerin ermöglicht, dass der städtische Haushalt pünktlich beschlossen und damit Planungssicherheit für Wohlfahrtsverbände und kleinere Träger geschaffen wird.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- nicht hinnehmen, dass Menschen an den Rand gedrängt werden, weil sie keine Erwerbsarbeit haben, sich ihre Mieten nicht mehr leisten können oder alt, krank bzw. in ihrer Gesundheit besonders gefährdet sind.
- beratende, unterstützende und stabilisierende Maßnahmen und Einrichtungen verstärkt bereitstellen und fördern.
- besser und zielgruppengerechter über die Angebote der Stadt und der sozialen Träger informieren, sowie konkrete Hilfe für das Zurechtfinden zwischen den einzelnen Behörden anbieten.
- mehr Gemeinwesenarbeit, d. h. Hilfen direkt vor Ort, aus einer Hand, nah bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse, fördern.
- Armut nicht nur in der Statistik erfassen, sondern frühzeitig durch zielgerichtete Maßnahmen und Angebote wirksam vermeiden, bekämpfen und die Erfolge der Arbeit dokumentieren.
- uns mit aller Kraft einsetzen, dass es trotz des Wunschs nach Haushaltssanierung keine Kürzungen im Sozialbereich gibt und die entsprechenden Budgetposten bedarfsgerecht ausweiten.

- dafür sorgen, dass die Verwaltung ämterübergreifend zusammenarbeitet, damit Projekte und Maßnahmen v. a. in den Sozialräumen schneller umgesetzt werden.
- fordern, dass die städtische Förderung für Projekte, Angebote und Maßnahmen nicht nur an klare Ziel- und Leistungsvereinbarungen geknüpft ist, sondern auch überprüft wird, ob die Menschen von den erbrachten Leistungen profitieren, die finanziellen Mittel also wirkungsvoll eingesetzt werden.
- bei der weiteren Quartiersentwicklung den bedarfsgerechten Ausbau der Pflegestrukturen mitplanen.

12. Wohnen und Wohnungslosigkeit

Wohnen

Köln ist eine Stadt der Vielfalt, attraktiv für viele Menschen, die gern hier leben und arbeiten. Gleichzeitig steigen die Mietpreise. Und das Angebot an Wohnraum hält nicht Schritt mit der Bevölkerungsentwicklung. Die Nachfrage v. a. nach bezahlbarem Wohnraum wird schon seit Jahren nicht durch die Anzahl neu gebauter Wohnungen gedeckt. Jährlich müssten mindestens 6000 Wohneinheiten entstehen, um den Bedarf der wachsenden Stadt zu decken. Auch der Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtgebiet sinkt weiter und lag in 2018 nur noch bei 38 623 Wohnungen (6,9 %). Steigende Mieten und Wohnraumangel betreffen dabei mittlerweile viele Bevölkerungsgruppen, wie junge Familien, Alleinerziehende, Migrant*innen und Geflüchtete, Studierende und Auszubildende sowie Rentner*innen. Insbesondere sind dabei Menschen in Kurzarbeit oder mit geringem Einkommen in drastischem Ausmaß betroffen. Viele Menschen geben heute mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aus, sodass dann das Geld für wichtige andere Lebensbereiche fehlt. Auch wenn wichtige Rahmenbedingungen, die für gutes und bezahlbares Wohnen in Köln notwendig sind, durch Bundes- und Landesregierungen geschaffen werden, so gibt es doch Möglichkeiten, um auf kommunaler Ebene steuernd in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Wir GRÜNE wollen diese Spielräume aktiv nutzen, um bezahlbaren Wohnraum für eine wachsende Bevölkerung zu erhalten und zu schaffen.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- den Kölner*innen bezahlbares und gutes Wohnen ermöglichen, denn der Anspruch auf angemessenes und bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht (Europäische Sozialcharta 1966).
- weitere Mietsteigerungen abbremsen und Möglichkeiten finden, damit mittelfristig die Mietpreise wieder sinken.
- dass alle Kölner Bevölkerungsschichten in ihrer Umgebung entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten eine geeignete Wohnung finden und nicht aus der Stadt verdrängt werden.

- gemischte Quartiere statt Gentrifizierung – Armut und prekäre Lebensbedingungen dürfen sich nicht in bestimmten Stadtvierteln konzentrieren.
- genügend neuen Wohnraum für die wachsende Stadt schaffen, die Vielfalt an Wohn- und Lebensformen (z. B. Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen, Genossenschaften) fördern und dabei besonders soziale Ziele berücksichtigen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- die Vergabe von Grundstücken nach Konzept (Konzeptvergabe) beschlossen.
- das Kooperatives Baulandmodell fortgeschrieben – nun müssen bei jedem Neubauprojekt, das größer als 20 Wohneinheiten ist, 30 % geförderte Wohnungen gebaut werden.
- die Milieuschutzsatzung für das Severinsviertel beschlossen.
- ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm für öffentlich geförderten Wohnungsbau beschlossen.
- den Ankauf von Belegungsbindungen beschlossen.
- die GAG mit dem Kauf und der Sanierung von 1200 Wohnungen in Chorweiler betraut.
- dafür gesorgt, dass in absehbarer Zeit ein Pilotprojekt in Holzbauweise realisiert wird.
- uns für eine Weiterführung und Verschärfung der Kölner Wohnraumschutzsatzung innerhalb des gesetzlich vorgegebenen Rahmens eingesetzt – diese ist nun auch auf den Schutz von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser ausgedehnt.
- mit einer von uns initiierten Kampagne auf Zweckentfremdung von Wohnraum aufmerksam gemacht.
- die „Mietergenossenschaft Kalscheurer Weg e. G.“ bei ihrer Gründung unterstützt und den Weg für eine integrative Siedlungserweiterung der sog. „Indianersiedlung“ in Zollstock geebnet.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass niemand aufgrund der Folgen einer Pandemie seinen Wohnraum verliert und hierfür alle kommunalen Möglichkeiten ausschöpfen.
- uns dafür einsetzen, dass das kommunale Wohnungsbauförderprogramm der Stadt Köln endlich ausgeschöpft wird und auch für preisgedämpften, d. h. bezahlbaren Wohnungsbau genutzt werden kann.
- jährlich mehr öffentlich geförderte Wohnungen bereitstellen als aus der Sozialbindung herausfallen.
- gemeinwohlorientierten Wohnungsanbieter*innen, wie Genossenschaften oder sozialen Wohnprojekten, bei der Vergabe von Bauflächen und Wohnungsförderung Vorrang gewähren.

- die Vergabe von Grundstücken auf Grundlage eines Konzepts (Konzeptvergabe) als wichtiges Instrument weiter ausbauen – nicht, wer am meisten Geld für ein Grundstück zahlen kann, erhält den Zuschlag, sondern die beste Idee für das Gemeinwohl.
- bei Neubauvorhaben darauf achten, dass flexible Grundrisse realisiert werden, die die spätere Teilung oder auch Zusammenlegung von Wohnungen ermöglicht, wobei es um Flexibilität in beide Richtungen geht: Wohnungen können kleiner, aber auch größer werden, z. B. bei Bedarf von Familien, WGs oder Patchwork.
- Wohnraumaustausch fördern, damit z. B. wachsende Familien ihre zu eng werdenden Wohnungen mit älteren Personen, die mittlerweile allein in größeren Wohneinheiten leben, tauschen können.
- das Angebot an Wohnungseinheiten für gemeinschaftliches und generationsübergreifendes Wohnen, gemischte und integrative Wohnformen, barrierefreies, studentisches und altersgerechtes Wohnen sowie Single-Wohnungen ausbauen und fördern.
- den Anteil öffentlich geförderter und langfristig gemeinwohlorientierter Wohnungen erhöhen, welche möglichst in allen Stadtteilen angesiedelt werden sollen.
- das „Kooperative Baulandmodell“ weiterentwickeln, wobei der Anteil an sozialgebundenen Wohnungen auf 50 % erhöht werden und es außerdem 20 % preisgedämpftem Wohnraum geben soll.
- im Sinne einer nachhaltig sozialen Wohnungspolitik auf Vereinbarungen mit Investoren setzen, die eine deutlich längere Sozialbindung als die gesetzliche Mindestdauer vorsehen.
- das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz) häufiger und frühzeitiger anwenden.
- die Gründung mindestens eines neuen Trägers oder einer neuen gemeinwohlorientierten Gesellschaft für spezielle Bauprojekte fordern, der bzw. die einen hohen Anteil geförderten und bezahlbaren Wohnraum zum Ziel hat.
- das Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht der Stadt ausweiten und kompromisslos durchsetzen, um damit Spekulation einzudämmen und das aktuelle Mietniveau zu erhalten.
- gegen Leerstand, Verwahrlosung und illegale Umnutzung von Wohnraum in Gewerbe, wie etwa bei der Vermietung ganzer Wohnungen an Tourist*innen durch Airbnb, vorgehen.
- uns dafür einsetzen, die Kölner Wohnraumschutzsatzung zu verschärfen – dazu braucht es eine Erweiterung des Wohnungsaufsichtsgesetzes des Landes NRW, worin die Möglichkeit einer Registrierungspflicht für alle Anbieter*innen und Bewerber*innen von Ferienwohnungen enthalten sein muss, und eine erhebliche Erhöhung der Strafgebühren.
- zudem die Verwaltung mit ausreichendem Personal in die Lage versetzen, die Zweckentfremdung von Wohnungen effektiv zu verfolgen.

- eine die Wohngebiete in den Außenbezirken durch verbesserte Infrastruktur, wie z. B. eine gute ÖPNV-Anbindung, aufwerten.
- die Möglichkeit einer kommunalen Mietpreisbremse prüfen.
- uns für einen qualifizierten Kölner Mietspiegel einsetzen, der nach wissenschaftlichen Kriterien erstellt wird.
- weiterhin das Kölner Wohnungsamt unterstützen, das gegen vorgetäuschten Eigenbedarf oder absichtliche Verwahrlosung von Wohnungen vorgeht.

Wohnungslosigkeit

Wie viele Menschen tatsächlich in Köln auf der Straße leben, darüber gibt es keine validen Zahlen. Die Gesamtzahl der von der Stadt Köln untergebrachten und betreuten wohnungslosen Menschen mit Sozialhilfeanspruch lag 2018 bei knapp 6000 Personen. Die Schätzungen lagen 2018 bundesweit bei 678 000 wohnungs- und 41 000 obdachlosen Personen. Auch zu Kindern und minderjährigen Jugendlichen in prekären Wohnverhältnissen oder zu alleinlebenden Kindern ohne feste Unterkunft gibt es keine gesicherten Zahlen. Ein Leben auf der Straße ist mit der Gefahr physischer und psychischer Erkrankungen verbunden und macht die Betroffenen – nicht nur in Pandemie-Zeiten – zu einer besonders gefährdeten Personengruppe. Insbesondere Frauen* können aufgrund unterschiedlicher Problemlagen, wie Gewaltbetroffenheit oder besonderer Abhängigkeitsverhältnisse, von verdeckter Obdachlosigkeit und verschiedensten Krankheitsbildern betroffen sein. Wohnungs- und obdachlose Menschen müssen in Krisen stärker als bisher Beachtung finden, denn die wirtschaftlich Schwächsten der Gesellschaft trifft es dabei am härtesten.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen...

- dass jeder Mensch in unserer Stadt Zugang zu bezahlbarem Wohnraum hat.
- dass niemand auf der Straße leben muss und jeder Mensch in unserer Stadt ein Dach über dem Kopf hat.
- obdachlosen Menschen Unterstützung und Hilfen in Form von niedrigschwelligen Angeboten ermöglichen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- durch einen Zuschuss dafür gesorgt, dass der Mittagstisch in der Begegnungs- und Beratungsstelle „Vringstreff“ in der Südstadt für Menschen mit und ohne Wohnung gesichert wurde.
- den „Housing First“-Ansatz als weiteren Baustein im Hilfesystem über den städtischen Haushalt implementiert, wobei obdachlosen Menschen ohne vorherige Erfüllung von Bedingungen, wie die Feststellung der Wohnfähigkeit, eine reguläre Wohnung zur Verfügung gestellt wird.

- gemeinsam mit unserem Sozialdezernenten die sog. „Humanitären Hilfen für Menschen aus Ländern der EU-Osterweiterung“ installiert, denn zugewanderte Menschen aus den osteuropäischen Ländern auf der Suche nach Arbeit stehen vor besonderer Gefährdung und ohne Anspruch auf Sozialleistungen droht ihnen häufig ein Leben in Armut, schlimmstenfalls Obdachlosigkeit und Verelendung.
- mit dem Angebot der „Humanitären Hilfen“ ein ganzjähriges Übernachtungs- und Versorgungsangebot für Obdachlose mit medizinischer Grundversorgung in der „zentralen Anlauf- und Beratungsstelle Vorgebirgsstraße“ geschaffen.
- die niedrigschwellige Obdachlosenhilfe der „Überlebensstation Gulliver“ erweitert, weitere Streetworker*innen und Sprach- und Kulturmittler*innen eingesetzt und ein Budget für den mobilen Gesundheitsdienst eingerichtet.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- den diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum durch eine städtische Clearingstelle erleichtern.
- dafür sorgen, dass immer mehr Menschen regulären Wohnraum beziehen können.
- den Kauf von Belegungsrechten im Wohnungsbestand und deren Vereinbarung bei Neubauprojekten zu einem selbstverständlichen Teil sozialer Wohnungspolitik in Köln machen.
- den bedingungslosen „Housing First“-Ansatz auch weiterhin nach Kräften unterstützen.
- die Stadt Köln und die freien Träger im Ausbau der vielfältigen Obdachlosenhilfen weiter unterstützen und dabei auch neue, zielgruppengerechte Ansätze berücksichtigen.
- Übernachtungsangebote als Schutzräume speziell für Frauen* im Rechtsrheinischen von Köln einrichten.
- die Kölner Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit über die vielfältigen Gründe von Wohnungslosigkeit informieren, um für mehr Verständnis und Empathie für diese Personengruppe zu werben.
- ergänzende Initiativen und sinnvolle Hilfsangebote aus der Zivilgesellschaft nach Möglichkeit unterstützen.
- die Akzeptanz vorhandener Übernachtungseinrichtungen erhöhen, indem wir für mehr Privatsphäre und Sicherheit sorgen, Angebote für Paare schaffen, eine unmittelbare räumliche Nähe zu Haustieren ermöglichen sowie den Infektionsschutz verbessern.

13. Arbeit und Beschäftigungspolitik

Arbeit und existenzsichernde Löhne sind die Voraussetzung für ein von staatlichen Hilfeleistungen unabhängiges Leben. Der bis Ende 2019 auch in Köln positive Konjunkturtrend wurde durch die weltweite Corona-Pandemie schlagartig beendet. Viele Menschen verlieren dadurch ihre Aufträge, müssen nun von oftmals nicht zur Existenzsicherung ausreichendem Kurzarbeitergeld leben oder müssen gar den Verlust ihres Jobs oder eine Insolvenz fürchten. Bisher ist es schwierig, eine Prognose für die weitere Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation in Köln als Folge der Corona-Krise zu wagen. Es zeigt sich aber schon jetzt, dass die Krise für einige Branchen besonders herausfordernd ist – insbesondere die Bereiche Gastronomie, Kultur und Einzelhandel, aber auch gemeinnützige Organisationen und Kleinunternehmer*innen leiden finanziell unter den notwendigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und bedürfen gezielter Unterstützung. Schon vor der Corona-Pandemie blieben zu viele Menschen chancenlos auf dem Arbeitsmarkt, und der Anteil von Zeitarbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen stieg weiter an. Diese Arbeitsmarkttrends und die Auswirkungen der Corona-Pandemie können zu gesellschaftlicher Ausgrenzung der betroffenen Menschen führen, da Teilhabe aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Geldmittel stark eingeschränkt ist. Davon betroffen sind insbesondere langzeitarbeitslose Menschen, von denen etwa die Hälfte in Köln kaum eine Chance auf eine reguläre Beschäftigung hat. Grundsätzlich zeigt die bundesweite Konjunktur auch in Köln Wirkung. Die Zahl der arbeitslosen Menschen verringerte sich im Jahr 2018 um 4,7 % auf rund 46 000, die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen mit Stand 2019 auf rund 32 500 Personen. Trotzdem bleiben noch immer zu viele Menschen chancenlos auf dem Arbeitsmarkt. Und gleichzeitig steigt der Anteil von Zeitarbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen weiter an. Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit führt langfristig zu gesellschaftlicher Ausgrenzung der betroffenen Menschen, da Teilhabe aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Geldmittel stark eingeschränkt ist. Etwa die Hälfte der langzeitarbeitslosen Menschen in Köln hat kaum eine Chance auf eine reguläre Beschäftigung.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass die Stadt Köln als gute Arbeitgeberin Vorbild für soziale Standards, Gesundheitsschutz und gute Arbeit ist.
- auch auf kommunaler Ebene den Arbeitsmarkt gestalten und den Menschen Zugang zu Beschäftigung ermöglichen.
- uns auf allen Ebenen für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne sowie Gleichstellung und Mitbestimmung in den Betrieben stark machen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- dafür gesorgt, dass der Rat der Stadt Köln das Beschäftigungsförderungsprogramm „Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit“ (KomProArbeit) beschlossen hat, mit dem Menschen in Beschäftigung gebracht werden und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird.
- uns für die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen für langzeitarbeitslose Menschen bei der „Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung“ (KGAB) eingesetzt, deren Schwerpunkt ältere Arbeitslose sind.
- die KGAB durch eine Kapitalzuführung aus dem Stadthaushalt gestärkt und die Auftragsvergabe an die KGAB seitens der städtischen Ämter und Einrichtungen unter Nutzung der In-house-Fähigkeit gestärkt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- für die Beschäftigten der Stadt Köln – wo möglich und von den Arbeitnehmer*innen gewünscht – eine Option zum vermehrten Homeoffice prüfen.
- uns dafür einsetzen, dass der durch „Corona“ bedingte Bürokratieabbau in den Kölner Jobcentern nicht ohne Not beendet wird.
- über den Beirat und die Trägerversammlung des Jobcenters darauf hinwirken, dass Eingliederungsmaßnahmen und -vereinbarungen so gestaltet werden, dass eine Unterschreitung des notwendigen Existenzminimums durch Sanktionen unterbleibt.
- das Beschäftigungsförderungsprogramm KomProArbeit weiter stärken, damit mehr langzeitarbeitslose Menschen in Beschäftigungsverhältnisse kommen und damit am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- die Strukturen der unabhängigen Kölner Erwerbslosenberatungsstellen (EBZ) und Arbeitslosenzentren (ALZ) erhalten, ihre wichtige Arbeit unterstützen und uns bei der Landesregierung für eine Fortführung der Förderung der bisherigen Arbeitsschwerpunkte über 2020 hinaus einsetzen.
- uns dafür einsetzen, dass zielgruppenspezifische Maßnahmen zur Förderung von Frauen*, „People of Color“ und Nichtakademiker*innen verstärkt werden.
- mehr Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderungen fördern und uns für die verstärkte Förderung von Inklusionsbetrieben einsetzen.
- reguläre Arbeitsplätze in normalen Unternehmen statt in Werkstätten für Menschen mit Behinderung schaffen, wobei die Kölner Stadtverwaltung und die stadt eigenen Betriebe hier mit gutem Beispiel vorangehen sollen.

- die seit vielen Jahren bewährten städtischen Teilprogramme „Win-Win für Köln“ (Qualifizierung und Beschäftigung von langzeitarbeitslosen jungen und älteren Menschen) und „Wir im Quartier“ (Struktur- und Beschäftigungsförderung) ausweiten.

14. Kinder, Jugend, Familie, Bildung und Schule

Kinder und Jugendliche gut aufwachsen lassen – Familien stärken

Köln bleibt jung. Prognosen gehen davon aus, dass 2025 ungefähr 20 000 mehr Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Köln leben werden als heute. Damit alle Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt gut heranwachsen und ihre Persönlichkeit entwickeln können, benötigen sie ausreichenden Wohnraum, Freiflächen und Raum zum selbstbestimmten Spielen und Treffen, gute Bildungs- und Betreuungsangebote. Sie benötigen Schutz vor Gewalt oder Vernachlässigung. Da neben Elternhaus und Schule aber auch die Offene Jugendarbeit eine wichtige Aufgabe in der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen übernimmt, müssen mit der wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen auch hier mehr Angebote geschaffen werden. Dass es auch in Köln viele Familien gibt, die auf „Hartz IV“ angewiesen sind, und viele Kinder und Jugendliche in verdeckter Armut leben, ist nicht hinnehmbar. Kinder- und Bildungsarmut geht einher mit einem höheren Gesundheitsrisiko, geringerer Teilhabe und geringeren Zukunftschancen. Deshalb ist es uns wichtig, für Kinder und Jugendliche, besonders für die, die in strukturell benachteiligten Wohngebieten leben, bestmögliche Entwicklungschancen zu realisieren. Kinder und Jugendliche benötigen Räume in einer gesunden Umgebung, in denen sie sich wohlfühlen, entfalten und sich selbst organisieren können und die sie durch frühzeitiges demokratisches Handeln auch mitgestalten können. Diese sollen frei von kommerziellen Interessen sein. Spielplätze müssen für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung spannend und attraktiv sein.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass alle Kinder und Jugendlichen mit ihren unterschiedlichen Vorlieben, Talenten und Neigungen in dieser Stadt gut heranwachsen und ihre Persönlichkeit entwickeln können.
- eine konsequente und vielschichtige Unterstützung von Familien mit ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen und Familienzusammensetzungen – von Patchwork-Familien über Regenbogenfamilien bis zu Ein- und Zwei-Eltern-Familien.
- uns für die Förderung der Gesundheitskompetenz bei Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Wissensvermittlung und des Erlernens von Hygienemaßnahmen einsetzen.
- den Ausbau der Offenen Jugendarbeit, v. a. in Wohnvierteln mit hohen sozialen Belastungsindikatoren.
- dass Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt werden.

- die Umsetzung des 2018 an Köln verliehenen Siegels „Kinder- und Jugendfreundliche Kommune“ unterstützen und vorantreiben.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- den Ausbau und die Erneuerung der Spielplätze beschleunigt, indem wir mehr als 3,5 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt und neue Stellen geschaffen haben.
- Streetwork, Schulsozialarbeit und Jugendeinrichtungen ausgebaut.
- den Kita-Ausbau weiter vorangetrieben.
- die Tagespflege als ein Betreuungsangebot in Qualität und Quantität verbessert.
- die Zahl der Familienzentren auf 30 gesteigert.
- Angebote der kulturellen Bildung verbessert – durch mehr Fachkräfte bei den Trägern und zusätzliche Mittel.
- für Kinder- und Jugendliche den kostenfreien Eintritt in die städtischen Museen geschaffen.
- das Ziel der Kinder- und Jugendfreundlichkeit in der Hauptsatzung der Stadt Köln verankert und die Möglichkeit geschaffen, dass die Bezirke Kinder und Jugendliche an ihren Entscheidungen beteiligen können.
- das „Kinder- und Jugendbüro“, gemeinsam getragen vom Verein „Kölner Jugendring“ und der Stadt, an den Start gebracht.
- erstmals stadtweit Kinder und Jugendliche nach ihren Wünschen und Meinungen befragt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- für junge Familien, Kinder und Jugendliche in prekären Lebensverhältnissen die Teilhabe an kulturellen, sportlichen und sozialen Angeboten erleichtern.
- uns für die Fortschreibung des Kinder- und Jugendhilfeplans einsetzen, wobei wir hier auch auf bedarfsgerechte genderspezifische Angebote achten.
- mehr attraktive, inklusive Spielplätze und freie Flächen zum Bauen und Gestalten schaffen, Schulhöfe öffnen und für bewegungsorientierte Angebote auch für Trendsportarten wie Skaten, BMX, Parcouring, Klettern oder Fitness sorgen.
- uns für deutlich mehr Treffpunkte im öffentlichen Raum inkl. einer jugendgerechten Ausstattung einsetzen.
- an der festgelegten Planungsgröße für Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche von 2 m² pro Einwohner*innen festhalten.
- den Ausbau und die Stärkung von Familienzentren und niedrighwelligen Hilfe- und Bildungsangeboten vorantreiben.

- das Programm „KitaPlus“ mit erweiterten Betreuungszeiten stärken und die Betreuungsqualität auch mit Blick auf frühkindliche Bildungsangebote ausbauen.
- den Ausbau von Kindertagesplätzen konsequent unterstützen und erreichen, dass für 60 % der Kinder unter 3 Jahren sowie für 100 % der Kinder über 3 Jahren ein Betreuungsplatz in Kindertagesstätten und Kindertagespflege zur Verfügung steht.
- dafür sorgen, dass der Besuch der Kita ebenso wie der Schulbesuch kostenfrei ist, wobei hier das Land in der Verantwortung ist und so lange dieses Ziel nicht erreicht ist, die Elternbeiträge für den Kita-Besuch der Kinder sozial gerecht gestaltet und die Kita-Beitragsgrenzen für die unteren Einkommensgruppen überprüft werden müssen.
- den Zugang zum Kita-Anmeldeverfahren benutzerfreundlich gestalten.
- uns für regionales und Bio-Essen in Kitas einsetzen.
- den Ausbau der Offenen Ganztagschule (OGS) weiter vorantreiben und dabei auf eine hohe Betreuungsqualität setzen, wozu auch faire Löhne für die Betreuer*innen gehören (orientiert am TVöD).
- Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch ausbauen, z. B. durch Jugendparlamente oder Beiräte auf Stadtebene und in den Bezirken oder Beteiligungen der Schülervertretung bei der Schulentwicklung (z. B. bei der baulichen Gestaltung der Schule), aber auch neue innovative Formen der Teilhabe ausprobieren.

Bildung in Schulen – und darüber hinaus

Kinder und Jugendliche sollen möglichst lange gemeinsam lernen, weil dies Erfolge aller fördert. Chancengleichheit ist dabei ein hohes Gut. Schule ist keine Lernfabrik, sondern muss ein Lern- und Lebensort sein, an dem alle Kinder ihre Fähigkeiten und Talente entwickeln können und zu selbstbestimmten und kritischen Menschen heranwachsen. Diese inklusive Bildung bedeutet, dass alle Kinder individuell ihre Potenziale entfalten können. Damit dies gelingt, müssen die schulischen Strukturen stimmen, wofür wir uns auf kommunaler Ebene stark machen. Als Kommune müssen wir für ausreichend viele und gut ausgestattete Schulplätze sorgen. Dies ist in der wachsenden Stadt und mit den Nachholbedarfen der letzten Jahre eine große Herausforderung, und der Elternwille ist entscheidend. Ein besonderer Schwerpunkt muss deshalb im Ausbau der Gesamtschulplätze liegen. Schule und Bildung müssen einen Beitrag dazu leisten, das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen und weiterzuentwickeln. Schüler*innen müssen die Gelegenheit bekommen, auch im Unterricht ökologische, soziale und wirtschaftliche Fragen zusammenzudenken, praktikable Lösungsansätze zu diskutieren, sich mit ihren Ideen einzumischen und dabei Demokratie konstruktiv zu erfahren: Schule muss unsere Kinder auf den digitalen Wandel vorbereiten. Dafür müssen wir schnellstmöglich für alle Schulen eine zeitgemäße und pädagogisch angemessene digitale Technik bereitstellen. Spielerisches,

kreatives und haptisches Lernen dürfen nicht vernachlässigt werden. Außerschulische Bildung findet in Köln im Bereich Musik z. B. in der Rheinischen Musikschule (RMS) mit ihrem breiten Unterrichtsangebot statt. Mehr Kölner Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit zur musikalischen Bildung an der RMS bekommen und das unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Auch die Volkshochschule (VHS), die eine wichtige Säule der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens in der Stadt bildet, muss weiterhin unterstützt werden. Dies gilt nicht zuletzt für die Sprach- und Orientierungskurse, die einen wichtigen Baustein bei der Förderung der Sprachkompetenz von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bilden. Die Arbeit der Dozent*innen muss angemessen honoriert werden.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Bildung in einem durchlässigen, inklusiven und Chancengleichheit eröffnenden Bildungssystem ermöglichen.
- der Sicherung von Flächen für den Schulneubau, der Instandsetzung von Schulgebäuden und dem Ausbau von Gesamtschulen eine angemessen hohe Priorität einräumen.
- eine angenehme und gut ausgestattete Lernumgebung an allen Schulen schaffen, in der Lehrkräfte und Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und weitere Akteure zusammenarbeiten und so Schüler*innen und Eltern gut unterstützen können.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- ein Beschleunigungsprogramm für den Schulbau mit zusätzlichen Mitteln aufgelegt und beschlossen.
- ein Grundstück zum Bau einer zweiten Gesamtschule in Nippes gesichert.
- in den letzten 2 Jahren 430 neue Gesamtschulplätze geschaffen.
- den Start der Heliosschule (Inklusive Universitätsschule IUS) in Köln-Ehrenfeld ermöglicht.
- die Anzahl der Plätze im „Offenen Ganztage“ erhöht.
- die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut.
- dafür gesorgt, dass Schulen mit höheren eigenverwalteten Budgets flexibler bei kleineren Anschaffungen sind.
- uns für eine bessere digitale und allgemeine Ausstattung und WLAN an allen Schulen eingesetzt.
- durch höhere Reinigungsintervalle für mehr Sauberkeit in Schulen gesorgt.
- eine Konzeptentwicklung zur Ausweitung des Angebots der RMS in benachteiligten Stadtteilen auf den Weg gebracht.
- uns für die die Erhöhung der Honorare von Dozent*innen der VHS und der RMS eingesetzt und weitere Planstellen für festangestellte Lehrkräfte der RMS eingerichtet.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- für einen vorrangigen und schnellen Ausbau weiterer Gesamtschulplätze sorgen.
- uns weiterhin für die zügige Umsetzung der geplanten Schulbauprojekte und eine bedarfsgerechte Sanierung bestehender Schulen sowie die schnelle Sanierung von Toilettenanlagen einsetzen und dafür sorgen, dass Grundstücksflächen für den Schulbau gesichert werden.
- die Planung und Gründung weiterer Schulen des längeren gemeinsamen Lernens von Klasse 1 bis 13 vorantreiben.
- bei Haupt- und Realschulen die Entwicklung der Schullandschaft genau beobachten und uns an den Schülerzahlen nach der Erprobungsstufe orientieren, um über Schließung oder Erhalt entscheiden zu können.
- Schulformen der „zweiten Chance“ (z. B. Berufskolleg, Tages- und Abendschule) stärken sowie Maßnahmen und Projekte gegen Schulmüdigkeit und Mobbing unterstützen.
- uns für den Erhalt des vielfältigen Angebots an den Berufskollegs einsetzen.
- dafür sorgen, dass Grundschulkindern ihre Schule fußläufig erreichen können.
- uns für eine bedarfsgerechte quantitative und qualitative Stärkung des Ganztagsangebots, den Ausbau der Inklusion und eine stärkere individuelle Förderung einsetzen.
- notwendige Umbau- und Ausstattungsmaßnahmen an Schulen mit Inklusion verstärkt fortführen, diese in Kooperation mit den Schulen umsetzen und sich dabei an deren Bedürfnissen orientieren.
- für mehr Schulsozialarbeiter*innen an Schulen und eine bedarfsorientierte Verteilung sorgen.
- zugewanderte Kinder und Jugendliche sprachlich fördern und das auch durch die stärkere Zusammenarbeit mit dem kommunalen Integrationszentrum und die Förderung ausbauen.
- die sprachliche Förderung von Kindern und Jugendlichen, die diese benötigen, weiter ausbauen.
- eine zeitgemäße digitale Ausstattung aller Schulen und einen entsprechenden Support durch Spezialist*innen einführen, wozu auch gehört, dass alle Schüler*innen mit personalisierten, mobilen Geräten ausgestattet werden, um ein Lernen jederzeit und auch zuhause zu ermöglichen.
- ein größeres eigenständig verwaltetes Budget für Schulen mit mehr Spielraum z. B. bei Anschaffungen ermöglichen.
- Schulen dabei unterstützen, sich zu lebendigen Orten zu entwickeln – mit mehr Grün, mit Schulhöfen mit Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten, mit ausreichend Fahrradstellplätzen sowie mit einem gesunden und ökologischen Standards entsprechendem Schulessen.

- gute Ideen und Initiativen für den nachhaltigen und vielfältigen Lern- und Lebensort Schule unterstützen (z. B. Entsorgungs- und Energiesparkonzepte, ökologisch orientierte Projekte, Schule gegen Rassismus).
- im Rahmen der kommunalen Handlungsmöglichkeiten die Einrichtung von Klimaschulen unterstützen.
- Bildung für nachhaltige Entwicklung als ein Lernkonzept des lebenslangen Lernens anerkennen und entsprechende Angebote dazu aufbauen, die dafür erforderlichen Unterstützungsstrukturen schaffen und nachhaltig fortführen.
- die Nutzung bewährter außerschulischer Lernorte in der Umweltbildung unterstützen und diese ausbauen.
- uns dafür einsetzen, dass Musikschulangebote in allen Bezirken zu einem konstanten Angebot entwickelt werden.
- uns dafür einsetzen, dass mehr Plätze in den (Jugend-)Freiwilligendiensten (FSJ/FÖJ/BFD) in Einrichtungen in der Stadt Köln angeboten werden.
- für eine weiterhin gute Versorgung der VHS-Angebote in den Stadtbezirken und einen niedrigschwelligen Zugang dazu sorgen.

15. Senior*innen und Alter

In den kommenden Jahren wird die Anzahl an älteren und alten Menschen deutlich steigen. Die meisten Menschen möchten möglichst bis ins hohe Alter in ihrem angestammten Wohnumfeld bleiben. Altersgerechte Wohnmöglichkeiten und eine barrierefreie Nahversorgung tragen ebenso wie eine gute Versorgungs-, Dienstleistungs- und Pflegeinfrastruktur zu einer gelingenden Lebensführung in der eigenen Wohnung bei. Für Menschen, die in einer Heim- oder Pflegeeinrichtung leben wollen, müssen ausreichende Angebote in hoher Qualität bereitgestellt werden. Die Stadt hat bei alldem eine zentrale Beratungs- und Koordinierungsfunktion.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass auch und gerade das Alter selbstbestimmt gestaltet und soziale Teilhabe unterstützt wird.
- dass Menschen im hohen Alter – auch in Pandemie-Zeiten – eine gute medizinische Versorgung erhalten.
- dass Alter kein Hindernis für eine aktive Beteiligung an Gemeinschaft und Gesellschaft ist.
- dass Lebenserfahrung und Kompetenz der älteren Generationen in die unterschiedlichsten Bereiche eingebracht werden und das lebendige Miteinander im Quartier bereichern – auch bei gesundheitlichen Einschränkungen und Pflegebedürftigkeit.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- die Senior*innen-Netzwerke weiterentwickelt und ausgebaut, sodass zurzeit Netzwerke in 40 Stadtteilen bestehen – und diese nach und nach auf alle 86 Stadtteile ausgeweitet werden.
- dafür gesorgt, dass das Programm der präventiven Hausbesuche (für Menschen ab 75 Jahre) mit einer Vollzeitstelle ausgestattet wird, und dadurch ermöglicht, Hausbesuche zeitnah durchzuführen, Informationen über das Hilfesystem zu vermitteln und Zugänge zu Angeboten zu erleichtern.
- die Einrichtung einer Koordinierungsstelle initiiert, die alleinlebenden Menschen mit Demenz die Möglichkeit eröffnet, so lange wie möglich zuhause leben zu können.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- den Ausbau der Senior*innen-Netzwerke weiterhin konstruktiv begleiten und diese perspektiv zu Senior*innen-Treffs in allen Stadtteilen weiterentwickeln.
- uns dafür einsetzen, dass eine durchgängige Barrierefreiheit im Quartier umgesetzt wird mit z. B. ausreichenden Gehwegbreiten, leichtem Zugang und guter Erreichbarkeit des ÖPNV und der Bestellung eines unabhängigen Fußgänger*innen-Beauftragten.
- uns für ein preisgünstigeres Senior*innen-Ticket einsetzen.
- die präventiven Hausbesuche mit der Beratung für Ältere (ab 75 Jahre) jährlich anbieten und das dafür notwendige Personal bedarfsgerecht aufstocken.
- das Angebot von hauswirtschaftlichen und ambulanten Hilfsdiensten bedarfsgerecht gestalten, um die bisherigen Wartezeiten abzubauen.
- mehr barrierefreien und generationenübergreifenden Wohnraum in den Kölner Stadtteilen schaffen, damit ältere und alte Menschen und auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen in ihren angestammten Vierteln bleiben können.
- die räumliche, d. h. quartiersorientierte Aufstellung und Ausrichtung der Freiwilligen-Agenturen, wie der Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements, des Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement und der Kölner Freiwilligenagentur, um Ehrenamt in den Stadtteilen zu fördern und zu unterstützen.
- mehr Plätze im öffentlichen Raum schaffen, die allen Generationen die Möglichkeit zum geselligen Austausch bieten.
- gesundheitserhaltende und -fördernde Sportangebote für ältere Menschen ausbauen.
- uns für erreichbare Notfall-Praxen einsetzen.
- verstärkt über den Anspruch auf Grundsicherung im Alter und über Maßnahmen gegen Altersarmut aufklären.

16. Sport

Sport und Bewegung hat für viele Menschen in Köln eine große Bedeutung. Sport prägt das Lebensgefühl, fördert die Gesundheit, schafft Gemeinschaft und baut Vorurteile ab. Der Sport ist so vielfältig, wie die Menschen in unserer Stadt. Zwei Drittel der sportlichen Aktivitäten geschehen unorganisiert. Laufen, Radfahren, Schwimmen, Fitness- und Krafttraining sind die Spitzenreiter. Aber auch Trendsportarten finden ihren Platz, vom Slacklining bis zum E-Sport. Gleichzeitig treiben fast 250 000 Kinder und Erwachsene die unterschiedlichsten Sportarten in 800 Sportvereinen. Sie trainieren, tragen Wettkämpfe aus, erleben Gemeinschaft und Solidarität. Die Vereine bringen Menschen an den Sport heran und sind oft zentrale soziale Akteure im Stadtteil.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- eine bedarfsgerechte Sportinfrastruktur schaffen und erhalten und Sportangebote für alle Kölner*innen zugänglich machen – für Jung und Alt, Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen, unabhängig vom Geschlecht.
- die Sportvereine als Orte der (sozialen) Integration unterstützen.
- Sport, Ökologie, soziale und kulturelle Belange gemeinsam denken und Konflikte im Konsens lösen.
- Nachhaltigkeit, Inklusion, Diskriminierungs- und Gewaltprävention bei allen Sportprojekten als entscheidende Kriterien werten.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- zahlreiche kostenlose, frei zugängliche Sportgelegenheiten im öffentlichen Raum geschaffen, wie z. B. Slackline-Anlagen, Fitness-Parcours, Basketballplätze, Laufstrecken oder Skate-Anlagen.
- den Sportentwicklungsplan Köln initiiert, der den Status quo genau analysiert und konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Sports vorschlägt.
- jährlich erhebliche zusätzliche Gelder zur Sportförderung bereitgestellt – sowohl für die Sanierung von Sportanlagen als auch für die Unterstützung der Sportvereine und des Stadtsportbunds.
- erreicht, dass Nachhaltigkeit und Klimaschutz auch im Sport eine Rolle spielen.
- erreicht, dass es in den drei städtischen großen Stadien keine Wegwerfbecher mehr gibt und stattdessen ein Mehrwegsystem wieder eingeführt wurde.
- das Netzwerk „Sport und Bewegung – Sport in Metropolen“, das Vereine und Institutionen vernetzt und Sportinteressierte berät, in vier Köln Stadtbezirken etabliert.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- uns dafür einsetzen, dass die Leistungen im Sport geschlechterunabhängig anerkannt und vergütet werden.
- dafür sorgen, dass die Barrierefreiheit in allen Kölner Sportstätten gewährleistet ist.
- den Neubau und die Sanierung von Sportplätzen und -hallen vorantreiben.
- uns für den Neubau von zwei zusätzlichen Schwimmbädern in Köln einsetzen.
- die Prioritätenliste zur Modernisierung und Sanierung Kölner Sportfreianlagen fortschreiben und dafür sorgen, dass die Projekte konsequent und schnell umgesetzt werden.
- weitere kostenlose, frei zugängliche Sportgelegenheiten im öffentlichen Raum schaffen.
- die Zusammenarbeit zwischen den Sportvereinen und den Schulen stärken, Schulhöfe und Schulsportanlagen für die Menschen im Viertel öffnen und alle für den Vereinssport genutzten städtischen Sporthallen auch während der Schulferien für die Sportvereine nutzbar machen.
- gesundheitserhaltende und -fördernde Sportangebote für ältere Menschen ausbauen.
- die professionellen und ehrenamtlichen Sportvereine dabei unterstützen, klimafreundlicher und umweltschonender zu werden.
- das Kriterium der Nachhaltigkeit in die Sportförderrichtlinien aufnehmen.
- für sportlichen Großveranstaltungen verbindliche Standards entwickeln, die Klima und Umwelt schonen.
- physische, soziale und ökonomische Barrieren, die den Zugang zu Sport behindern, abbauen.
- vorbildliche Sportereignisse, wie z. B. den Come-Together-Cup oder das Modellprojekt „Sport im Sozialraum“, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, weiter unterstützen.
- E-Sports in Köln fördern.
- Vereine, die vorbildliche Antidiskriminierungsarbeit leisten, unterstützen.

17. Gesundheit und Kliniken

Was braucht man, um in Köln gesund zu leben und gesund zu bleiben? Neben Bewegung, sauberer Luft, gesundem Essen v. a. gezielte Maßnahmen der Prävention sowie der Gesundheitsförderung und eine gute medizinische Versorgung. Wir GRÜNE verfolgen deshalb einen ganzheitlichen Ansatz in der Gesundheitspolitik. Die medizinische Versorgung in Köln funktioniert dabei auf vergleichsweise hohem Niveau. Allerdings haben die gegebenen Steuerungsmechanismen sowohl Situationen der Überwie der Unterversorgung geschaffen. So gibt es in Köln eine unausgewogene Verteilung der Krankenhauskapazitäten, zudem fehlen Angebote der Geburtshilfe, der pädiatrischen Intensivversorgung und

Kapazitäten für die Versorgung alter Menschen. Zudem arbeiten die städtischen Kliniken zurzeit defizitär und befinden sich in der Sanierung. Die Corona-Pandemie hat gleichzeitig die Bedeutung eines gut aufgestellten Gesundheitssektors und einer breiten Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen, aber auch bestehende Defizite aufgezeigt. Aus diesen Erfahrungen müssen Konsequenzen für die Ausstattung und mögliche weitere Pandemien beraten werden – dies gilt sowohl für die Frage der Vorhaltung stationärer Reservekapazitäten als auch für die Logistik von Schutzmaterial. Köln hat außerdem nach wie vor nur drei, bei Weitem nicht ausreichende, Drogenkonsumplätze. Die vom Rat beschlossenen Angebotserweiterungen am Neumarkt und in mindestens zwei weiteren Stadtteilen müssen als dauerhafte Konsumräume noch geschaffen werden. Und die geplante Hubschrauberstation auf dem Kalkberg steht seit Jahren wegen Giftmüllfunden, gezielten Falschinformationen und der Sorge vor Lärmbelastung in der Kritik. Immerhin sind die im Sinne eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes erforderlichen Arbeiten zur Haldenstabilisierung und -sanierung abgeschlossen.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass die Kölner*innen passgenaue Angebote zur gesundheitlichen Prävention und Gesundheitsförderung sowie zur gesundheitlichen und medizinischen Versorgung vorfinden und Gesundheit keine Frage der sozialen Herkunft ist.
- dass die Kliniklandschaft über bedarfsdeckende und krisenfeste Angebote verfügt und ausreichend finanziert wird.
- dass die Stadt bei allen Planungen die Gesundheit ihrer Bürger*innen berücksichtigt, z. B. durch mehr Naherholungsgebiete oder bei der Verkehrsplanung.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- uns für einen mobilen Drogenkonsumraum eingesetzt, um bis zur Umsetzung eines stationären Angebots eine Interimslösung anzubieten.
- eine Studie zur Situation von Drogenabhängigen in Köln auf den Weg gebracht.
- eine Interimslösung für die Rettungshubschrauber am Kölner Flughafen unterstützt und den Kalkberg als Hubschrauberbetriebsstation verhindert.
- die katastrophalen Arbeitsbedingungen für die Rettungshubschrauber-Teams am Kölner Flughafen angeprangert und beheben lassen.
- uns dafür eingesetzt, dass die Privatisierung der Kliniken verhindert wurde.
- die Konstituierung des Ernährungsrates unterstützt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- versuchen, die gesundheitlichen Folgen der Pandemie gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland aufzufangen, z. B. durch einen Ausbau der psychosozialen Versorgung und vergünstigten Zugang zu städtischen Bewegungs- und Sportangeboten.
- das erstklassige Angebot der städtischen Kliniken als Maximalversorger für die Kölner Bevölkerung sichern, dafür den Weg einer Kooperation auf Augenhöhe mit dem Universitätsklinikum Köln weiterverfolgen und die Chancen und Risiken sorgfältig abwägen sowie einen Verkauf der Kliniken der Stadt Köln an private und kirchliche Krankenhausbetreiber ablehnen.
- unabhängig von Kooperationen die Kliniken der Stadt Köln weiterhin rechtsrheinisch am Standort Merheim als Maximalversorger betreiben und die Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Weiterentwicklung des Klinikums Holweide als regionales Gesundheitszentrum unterstützen.
- uns für eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung unserer Bevölkerung mit Notfallpraxen einsetzen, was besonders für unterversorgte Stadtbezirke gilt.
- für eine dauerhaft ausreichende Beschaffung und regelhafte Ausstattung der Gesundheitssektoren mit Schutzausrüstung und diesbezüglich für variable und jederzeit zuverlässige Lieferketten eintreten.
- für eine bedarfsgerechte Aufrechterhaltung der Intensiv- und Beatmungsplätze in Köln sorgen sowie eine Schaffung von Notfallreserven für künftige Pandemien fördern.
- die Angebote psychosozialer Versorgung, wie z. B. „Betreutes Wohnen“, als niedrigschwellige Alternativen zu (teil-)stationärer Behandlung oder gesetzlicher Vormundschaft stärken und bekannter machen und dabei auch mit der Ärzteschaft kooperieren.
- eine städtische Informationsplattform zu Abtreibungsmöglichkeiten in Köln einrichten.
- psychologische Unterstützungsprogramme für Angehörige von Patient*innen, insbesondere für Kinder kranker Eltern fördern.
- ein Maßnahmenprogramm entwickeln, um die Arbeit in städtischen Gesundheitseinrichtungen attraktiver zu machen.
- darauf hinwirken, dass die Kapazitäten für Tages- und Kurzzeitpflege weiter familien- und bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- die Kinder- und Jugendgesundheit weiter stärken, z. B. durch die Entwicklung eines Präventionsprogramms gegen Adipositas bei Kindern.
- das endgültige Ende der Hubschrauberlandestation auf dem Kalkberg und den Beschluss für einen neuen Standort erreichen.

- den Drogenkonsumraum am Neumarkt, ein Drogenhilfekzept und weitere Drogenkonsumräume im Rechtsrheinischen umsetzen.
- ein Pilotprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Kölner*innen vorantreiben, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse z. B. über das Konsumverhalten bei einem legalen Verkauf zu erhalten.
- eine gesamtstädtische Studie über illegalen Drogenkonsum durchführen, um den Bedarf an Drogenkonsumplätzen besser einschätzen und weitere geeignete Maßnahmen ergreifen zu können.
- Angebote der Ernährungsberatung stärken und dafür sorgen, dass Einkommensunterschiede nicht über die Qualität der Ernährung entscheiden.

18. Frauen*

In den letzten Jahren wurde in Köln eine erfolgreiche Frauen*-Politik etabliert. Durch aktive Bewegungen gegen Sexismus und sexuelle Gewalt, aber v. a. auch durch den „Kölner FrauenStreik“, wurden viele Menschen erreicht. Dennoch hat sich an der Lebensrealität für Mädchen und Frauen* nach wie vor zu wenig geändert. Sie leben in sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen und ebenso vielfältig sind die zu tragenden Belastungen. Da Frauen* noch immer den größten Anteil der unbezahlten Sorgearbeit, wie in der Kindererziehung übernehmen, muss Familienfreundlichkeit in Köln in allen Bereichen noch stärker vorangebracht gebracht werden. Unseren langjährigen Kampf für Gleichberechtigung und gegen alltäglichen Sexismus und Gewalt halten wir deshalb weiterhin aufrecht. Die coronabedingte häusliche Isolation, mit der Empfehlung zu Hause zu bleiben und Kontakte auf das Nötigste zu beschränken, lässt befürchten, dass häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder deutlich zugenommen hat. Insbesondere enge Wohnverhältnisse und die permanente häusliche Kontrolle durch die Täter*innen machen es Gewaltopfern schwer, sich Hilfe zu suchen. Umso wichtiger sind unsere gesteckten Ziele.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass, Frauen* und Mädchen in Köln selbstbestimmt, gleichgestellt und gleichberechtigt leben und dass sie bedarfsgerechte Unterstützung und Förderung in allen Lebenslagen und Notsituationen, z. B. bei häuslicher Gewalt, finden.
- eine feministische Stadtplanung als Grundsatz bei der Planung des öffentlichen Raums anerkennen.
- das gesellschaftliche Bewusstsein für eine auf der Frauenbewegung aufbauende Solidaritätsbewegung stärken, da die Gleichstellung der Geschlechter eine Frage der Gerechtigkeit für alle ist.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- die Anlaufstelle bzw. das Präventionsprojekt für Frauen* und Mädchen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum „Edelgard schützt“ unterstützt.
- die Erweiterung des ersten Kölner Frauenhauses, eine Personalzusetzung und die Suche nach einem Standort für ein drittes Frauenhaus initiiert.
- den Fachbeirat für Mädchenarbeit auf die Zielgerade gebracht.
- die Etablierung des Kölner Frauenpreises initiiert.
- uns für attraktive Arbeitsplätze in der Verwaltung im Sinne der Familienfreundlichkeit eingesetzt, z. B. durch Erweiterung der Eltern-Kind-Büros, Führung in Teilzeit, Mikrobeschäftigung und Langzeitarbeitskonten.
- die Fortsetzung des Gleichstellungsaktionsplans für Köln, der auch die Stadtgesellschaft mit einbezieht (Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen* und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene), stark unterstützt.
- die Fortführung des Kompetenzzentrums „Frau und Beruf in der Region Köln“ unterstützt.
- den Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln mitgetragen.
- die Ausweitung der Sperrbezirke für Sexarbeiter*innen mit verhindert.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- Frauen*projekte und -initiativen mit ihren frauen*- und mädchenstpezifischen Angeboten weiterhin unterstützen.
- die wachsende Gruppe der obdachlosen Frauen* stärker unterstützen.
- soweit wie möglich sexistische Werbung unterbinden.
- Frauen*projekte und -initiativen mit ihren frauen*- und mädchenstpezifischen Angeboten weiterhin unterstützen.
- mehr Schutzplätze und -räume für von Gewalt betroffene Frauen* und Kinder durch Einrichtung eines dritten Frauen*hauses sowie Schutzwohnungen mit innovativen Konzeptansätzen in Köln schaffen.
- mehr Beratungsangebote für Frauen* schaffen und bestehende wie neue Projekte durchgehend finanzieren.
- Anlaufstellen, Wohn- und Betreuungsplätze sowie Selbsthilfeprojekte für und von wohnungslosen oder obdachlosen Frauen* ausbauen und fördern und verdeckte Obdachlosigkeit unter Frauen* mit wissenschaftlicher Unterstützung untersuchen.

- im Städtebau Barrierefreiheit zur Pflicht machen und einen öffentlichen Raum schaffen, in dem Begegnung auf Augenhöhe selbstverständlich ist.
- uns für einen Gleichstellungsausschuss einsetzen, damit die Themen der Gleichstellungspolitik fachlich und mit Nachdruck behandelt und in der Stadtpolitik eine herausragende Rolle einnehmen können.
- dafür sorgen, dass sich Gleichstellung auch im Haushaltplan als gerechte Verteilung der Mittel gemäß dem fünften Nachhaltigkeitsziel „Gender Equality“ der Vereinten Nationen niederschlägt.
- den Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben, die Betreuungszeiten ausweiten, flexibilisieren, unterschiedliche Kinderbetreuungsmodelle ermöglichen und den Bildungsaspekt innerhalb der Betreuungsangebote stärken.
- uns für eine strukturelle und kulturelle Veränderung des Politikbetriebs in allen kommunalen Gremien einsetzen.
- die Kostenübernahme für die Kinderbetreuung von Mandatsträger*innen ausbauen und Kinderbetreuungsangebote bei allen öffentlichen Beteiligungsveranstaltungen etablieren.
- für eine paritätische Besetzungen von kommunalen Gremien, höheren städtischen Ämtern sowie Aufsichtsräten, Vorständen und Geschäftsführungspositionen sorgen.
- Ein-Eltern-Familien in Köln stärker in den Fokus nehmen und u. a. durch Ein-Eltern-Familien-Wohnhäuser sowie Gemeinschaftswohnungen unterstützen.

19. Inklusion und Teilhabe

Es ist normal verschieden zu sein – gemäß diesem Grundsatz sollen in Köln alle Menschen ein vielfältiges und selbstbestimmtes Leben haben. Aber es gibt noch zu viele Hindernisse, damit dies gelingen kann. So fehlt insbesondere bezahlbarer, barrierefreier oder rollstuhlgerechter Wohnraum. Und auch bei Behörden, im öffentlichen Raum, in Schulen, Kitas oder bei (Kultur-)Veranstaltungen gibt es noch immer zu viel Barrieren, um gleichberechtigten Zugang und Teilhabe zu gewährleisten. Dies betrifft v. a. Menschen mit Schwerbehinderung, die fast 9 bis 10 % der Bevölkerung ausmachen. Sie haben auch unter den Corona-Maßnahmen besonders zu leiden und müssen besonders geschützt werden. Besuchsverbote und Kontaktbeschränkungen erschweren die Alltagsorganisation und mindern damit die Lebensqualität erheblich. Ihre chancengleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe ist uns ein wichtiges Anliegen.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung erhöhen, anstatt sie auszugrenzen – dies gilt umso mehr bei der corona-bedingten Wahrung von Abstandsregeln.

- eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung in allen Lebensbereichen.
- dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bereits auf Ebene der Kölner Quartiere erfolgt und dass dort, wo die Menschen leben, das Wohnen und Einkaufen, die Bildung und die Kultur, der Nahverkehr und Dienstleistungen barrierefrei sind.
- dass im Sinne des „Disability-Mainstreaming“ keine öffentlichen Mittel für Ausgrenzung und Barrieren verausgabt werden.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- uns für ein inklusives Wohnprojekt im Sürther Feld eingesetzt.
- die Erhöhung der Mobilitätshilfe-Pauschalen für Menschen mit Behinderungen unterstützt.
- den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Süd vorangetrieben.
- die Partizipation von Menschen mit Behinderung in städtischen Gremien gefördert.
- uns dafür eingesetzt, dass das Verbot der Mitnahme sog. E-Scooter in Bussen und Bahnen aufgehoben wird.
- sichergestellt, dass geflüchtete Menschen mit Behinderung in angemessenen Unterkünften untergebracht werden und besondere Hilfsangebote erhalten.
- bewirkt, dass städtische Formulare und Schreiben zunehmend in leichter Sprache formuliert sind.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- dafür sorgen, dass künftige politische Entscheidungen und Mittelfreigaben stets unter dem Aspekt einer gleichberechtigten Teilhabe aller Kölner*innen im Sinne des „Disability-Mainstreaming“ getroffen werden und Menschen mit Behinderung dabei stets einbezogen werden.
- uns dafür einsetzen, dass es mehr barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnraum zu bezahlbaren Mieten gibt.
- Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr forciert umsetzen und in Zeiten von corona-bedingten Abstandsregeln zusätzliche Angebote für Fahrdienste unterstützen.
- den barrierefreien Umbau der Bürgerzentren und Bürgerhäuser weiter vorantreiben.
- darauf drängen, dass für alle städtisch geförderten Institutionen und Projekte ein Barrierefreiheitskonzept erarbeitet wird, das sich auf Personal, Programm und Publikum bezieht.
- mehr reguläre Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Schwerbehinderung bei der Stadt Köln schaffen.

- uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderung leichter ein persönliches Budget erhalten, um Teilhabe sicherzustellen.
- dafür sorgen, dass alle Kitas in Köln inklusiv für alle Kinder offenstehen und jedes Kind mit seinen Bedürfnissen individuell gefördert wird.
- darauf hinwirken, dass bis 2030 die personellen, organisatorischen und baulichen Voraussetzungen für eine flächendeckend inklusive Schullandschaft in Köln geschaffen werden.
- für Eltern von Kindern mit Behinderung für alle Lebenslagen ein geeignetes Beratungsangebot zur Verfügung stellen.
- die inklusive Jugendarbeit in der Stadt deutlich verbessern, indem in einem ersten Schritt mindestens ein Jugendzentrum pro Stadtbezirk in den nächsten fünf Jahren ein inklusives Angebot für Jugendliche bereitstellt.
- uns für die Stärkung der Selbstvertretung und Selbstorganisation von Menschen mit Behinderung einsetzen.
- inklusive Projekte nach einer Prüfung finanziell stärker fördern.
- Volkshochschulkurse barrierefrei gestalten und Kurse in einfacher/leichter Sprache anbieten.

20. Queer

Köln versteht sich als bunte, vielfältige und weltoffene Stadt und ist Anziehungspunkt für Menschen, die diesen toleranten Charakter unserer Stadt ebenfalls schätzen. Kölner*innen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, transgender, intergeschlechtlich oder auch als queer (LSBTTIQ*) verstehen, machen nach den Ergebnissen einer 2019 vorgelegten Studie der Stadt Köln einen Anteil von 10,6 % der Kölner Bevölkerung zwischen 18 und 75 Jahren aus. Angesichts des gesellschaftspolitischen Rollbacks und der erstarkenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gilt es, queerpolitische Errungenschaften nicht nur zu verteidigen, sondern bestehende rechtliche und wieder zunehmende gesellschaftliche Diskriminierung von Kölner*innen, die sich als LSBTTIQ* verstehen, konsequent abzubauen. Gerade junge queere Menschen leiden unter den Corona-Maßnahmen besonders, wenn sie noch ungeoutet sind oder in ihrer Familie keine Akzeptanz erfahren. Kontakte mit den für sie wichtigen „Peer Groups“ fallen durch die Pandemie weg, wodurch der Bedarf an unterstützenden Angeboten anderweitig sichergestellt werden muss.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass Köln bei Gleichstellung und Akzeptanz von Menschen mit verschiedenen Identitäten und Orientierungen vorbildlich vorangeht, Queerpolitik dabei die unterschiedlichen Perspektiven von LSBTTIQ* und ihrer Verbündeten sichtbar macht und sie zu konkreten politischen Forderungen zusammenführt.

- eine Kölner Stadtgesellschaft, die Vielfalt als eine Stärke wahrnimmt, präventiv gegen jede Art von Diskriminierung vorgeht und die hier lebenden Menschen in ihren Lebensweisen stärkt und unterstützt.
- intersektionale Diskriminierung bekämpfen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- bestehende Förderungen mit unseren Haushaltsanträgen im Bereich LSBTTIQ* erweitert – so dass z. B. neue Stellen zur Beratung für Trans* im „rubicon“ und im „anyway“ geschaffen wurden.
- die Präventions- und Aufklärungsarbeit für Kölner Schulklassen und Jugendgruppen ausgebaut.
- den „Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ initiiert und entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt, sodass Maßnahmen in zehn Handlungsfeldern gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTTIQ* ergriffen werden können.
- Gelder für die Studie „LSBTIQ als Wirtschaftsfaktor für Köln“ in den Haushalt eingebracht.
- Verfügungsmittel für die „Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule Transgender“ eingeführt.
- den internationalen Austausch mit LSBTTIQ*-Aktivist*innen aus den Kölner Partnerstädten durch Finanzmittel gefördert.
- die Unterstützung der Stadt Köln für den ColognePride, den IDAHOBIT* und den „Kölner Lesben- und Schwulentag e. V. (KLuST)“ erhöht, indem die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit verstärkt wurde, z. B. durch Befragung, Empfänge der Community durch die Oberbürgermeisterin und die Regenbogenbahn der KVB.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- die Wahrung und Schaffung von queerfeministisch und intersektional tätigen Räumen wie „Assata im Hof“, „Elster Köln“ und das Autonome Zentrum (AZ).
- die „Fachstelle LSBTI“ in der Stadtverwaltung sowohl personell als auch mit Sachmitteln besser ausstatten, damit sie ihre Arbeit innerhalb und außerhalb der Verwaltung ausbauen kann und damit die Stadt ihre nationale und internationale Vorbildfunktion als „Rainbow City“ stärken kann.
- die Beratungszentren für LSBTTIQ* weiter stärken – in der Familienberatung wie in der Jugendarbeit – und die Aufklärungsarbeit an Schulen weiter ausbauen sowie dabei die Jugend- und Beratungsangebote im Bereich LSBTTIQ* bekannt machen.

- die Förderung der Altenarbeit verstärken und weitere gemeinschaftliche Wohnräume für schwule, lesbische und Trans*-Senior*innen unterstützen sowie die Aufklärungsarbeit für LSBTTIQ*-sensible Pflege in den Einrichtungen der Senioren- und Altenhilfe fördern.
- die Unterstützung für LSBTTIQ*-Geflüchtete ausweiten und uns für eine intensivere Schulung bei den Behörden einsetzen, weswegen wir mehr gesicherten Wohnraum, auch für Jugendliche, die aus ihren Familien flüchten müssen, und für obdachlose Geflüchtete benötigen.
- Köln als Stadt der Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz noch besser positionieren, um national und international noch stärker als attraktiver Wirtschaftsstandort und LSBTTIQ*-freundliche Reisedestination wahrgenommen zu werden.
- die politische Teilhabe und gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTTIQ* in unseren internationalen Partnerstädten durch gegenseitigen Austausch weiter verbessern.
- Antidiskriminierungsarbeit für Menschen mit HIV in ihrem Umfeld und am Arbeitsplatz verbessern sowie mehr Mittel für die Aufklärung zu neuen Behandlungsmethoden wie PREP, HIV- und STI-Prävention bereitstellen.
- durch geeignetes Informationsmaterial und Fortbildungen alle Kölner Kliniken und Rettungsdienste in Bezug auf Trans*- und Inter*-Personen besser schulen.
- die Präventionsarbeit von homo- und transfeindlicher Hasskriminalität ausbauen und verstärken.
- die Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen in städtischen Ämtern und Einrichtungen verstärken.
- uns für eine ökologischere und klimafreundlichere Ausgestaltung des Christopher-Street-Days einsetzen, z. B. durch Reduktion von CO₂ und Vermeidung von Einwegmaterialien und Plastik.
- die Präventionsarbeit für jeden Stadtbezirk individuell anpassen.

21. Integration und Migration

Köln ist vielfältig, bunt und weltoffen und soll es auch bleiben. Etwa ein Drittel der Kölner Bevölkerung sind Migrant*innen. Nach Köln kommen viele Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen: Sie suchen Schutz vor Krieg und Gewalt in ihren Herkunftsländern, sind auf der Suche nach Arbeit oder wollen hier studieren. Diese Vielfalt haben wir GRÜNE stets als Chance und auch als Motor für die Entwicklung Kölns gesehen. Ein Grundsatz Grüner Politik ist es, für ein gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen, bunten Gesellschaft zu sorgen. Darum leisten wir Widerstand, wenn gegen „Überfremdung“ gehetzt, rassistisch und/oder diskriminierend gehandelt wird. Große Teile der Stadtgesellschaft ziehen inzwischen an einem Strang, um Integration und die Teilhabe aller Menschen in Köln aktiv mit einander zu gestalten, denn nur so kann beides gelingen. Als in den Jahren 2015 bis 2017 viele Geflüchtete nach Köln kamen oder Köln zugewiesen wurden, haben die Kölner*innen mit

großem Engagement und in starker Solidarität großartige Willkommensstrukturen aufgebaut, die größtenteils bis heute bestehen. Dennoch haben nicht alle Menschen gleichberechtigt Zugang zu den Chancen, Möglichkeiten und Dienstleistungen ihrer Stadt. Die Hauptursachen dafür sind Gesetze wie das Ausländerrecht, das inzwischen deutlich eingeschränkte Flüchtlingsrecht sowie faktische, rassistische Diskriminierungen z. B. im Schulsystem, am Arbeitsmarkt oder am Wohnungsmarkt. Im Bereich des Aufenthaltsrechts hat es zahlreiche Umwandlungen von langen Duldungen in verfestigte Aufenthaltstitel (Bleiberecht) gegeben, u. a. durch die Arbeit der „Ausländerrechtlichen Beratungskommission“. Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung – auch der Kölner Stadtverwaltung – müssen unbedingt weiter ausgebaut werden. Die Monate der Ansteckungsgefährdung durch das Corona-Virus zeigen deutlich die Schwachstellen bei der Unterbringung von Menschen in Heimen und Großunterkünften z. B. für Geflüchtete. Die Schaffung von abgeschlossenen Wohneinheiten sind der beste Schutz vor Massenansteckungen.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- Köln als eine vielfältige und bunte Stadt erhalten, in der alle Menschen solidarisch und respektvoll miteinander leben.
- uns unvermindert für die Wahrung der Menschenrechte, den Antirassismus und die Vielfalt der Kulturen sowie für die Teilhabe aller Kölner*innen am politischen, sozialen und kulturellen Leben in Köln einsetzen.
- dass Integration am Tag des Ankommens beginnt.
- mit unserer Politik Teilhabe fördern, ankommende wie hier lebende Menschen unterstützen, Diskriminierung abbauen, die Rechte der Menschen wahren, Zugänge gewährleisten sowie für Sprachkenntnisse sorgen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- uns für ein interkulturelles Maßnahmenprogramm zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens eingesetzt und die Maßnahmen mit einem eigenen Integrationsbudget hinterlegt.
- den Integrationsrat als politisches Beteiligungsorgan der Migrant*innen in Köln durch verbesserte Entscheidungsmöglichkeiten gestärkt sowie die Gründung des Amtes für Integration und Vielfalt bei der Stadt Köln im Dezernat der Oberbürgermeisterin unterstützt.
- den Vorschlag der „Grünen offenen Liste“ im Integrationsrat, einen Ehrenamtspreis für Demokratie und Vielfalt einzuführen, unterstützt.
- uns für ein zentrales Migrationsmuseum in Köln eingesetzt.
- uns für mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung stark gemacht.

- auch bei steigenden Flüchtlingszahlen an unserer Politik des Flüchtlingsschutzes und der Wahrung der Menschenrechte festgehalten, indem wir u. a. die Aufnahme von aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten in Köln mit vorangetrieben haben.
- uns für ein Bleiberecht von langjährig geduldeten Zuwander*innen eingesetzt, von denen z. B. zahlreiche Roma-Familien profitiert haben, und gegen die Verelendung von in Köln gestrandeten Menschen aus Ländern der EU-Osterweiterung humanitäre Hilfen aufgebaut.
- uns gemeinsam mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen für Mindeststandards bei der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten sowie die finanzielle und personelle Stärkung der Ehrenamtsstrukturen eingesetzt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- uns dafür einsetzen, dass die interkulturellen Zentren und Migrant*innen-Selbstorganisationen auch in Zukunft von kommunaler Seite mit finanziellen Mitteln unterstützt und gestärkt werden.
- uns noch stärker für die Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten einsetzen und auf eine verbindliche Aufnahmeregelung hinwirken.
- das Amt für Integration und Vielfalt zu einem Vorzeigeamt machen, das ein vielfältiges, diskriminierungsfreies und demokratisches Zusammenleben in Köln wahrt und gleichzeitig auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung drängen.
- das Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft weiterentwickeln.
- die Integration und eine gleichberechtigte, gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten in Köln weiter vorantreiben, insbesondere über den verstärkten Bau öffentlich geförderten Wohnraums sowie durch Unterstützung bei der Suche nach Arbeit und Beschäftigung.
- darauf drängen, dass mit den auf unsere Initiative hin schon 2005 beschlossenen „Leitlinien der Stadt Köln“ weiter daran gearbeitet wird, dass die Unterbringung und Betreuung Geflüchteter an humane Standards geknüpft wird und dass z. B. eine dezentrale Unterbringung in gemischten Wohnquartieren ein eigenständiges, selbstbestimmtes und normales Leben ermöglicht.
- die wichtige Arbeit der unabhängigen Flüchtlingsberatungsstelle, des interkulturellen Flüchtlingszentrums und ähnlicher Hilfseinrichtungen auch in Zukunft sicherstellen.
- weiterhin für ein Bleiberecht langzeitgeduldeter Menschen eintreten.
- auch zukünftig die städtische Unterstützung für „Menschen ohne Papiere“ sicherstellen.
- uns weiterhin auf der dafür zuständigen Bundesebene dafür stark machen, dass auch Nicht-EU-Bürger*innen kommunales Wahlrecht erhalten.
- uns weiterhin auf Bundesebene für legale und sichere Fluchtwege einsetzen sowie für die

Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten, aus griechischen Geflüchteten-Lagern und Ländern an der europäischen Außengrenze wie Bosnien.

22. Anti-Rechts, Weltoffenheit, Europa und Internationales

Auch in Köln setzen rechte Populist*innen und Faschist*innen unsere Gesellschaft zunehmend unter Druck. Sie versuchen, die Grenzen der „politischen Korrektheit“ unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu verschieben. Nicht nur im Internet, sondern auch in der analogen Welt beleidigen, bedrohen und greifen sie Menschen aufgrund ihres Engagements, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts an. Auch vor Mord schrecken rechte Extremist*innen nicht zurück. Köln hat als weltoffene Metropole im Herzen Europas eine besondere Verantwortung, sich dem entschieden zu widersetzen, soziale Verantwortung zu übernehmen und sich global gesehen für Menschenrechte und Klimagerechtigkeit einzusetzen. Kassel, Halle, Hanau und auch Thüringen machen deutlich: Trotz vieler Initiativen und Fortschritte hin zu einer bunten weltoffenen Bundesrepublik dürfen wir nicht nachlassen, sondern müssen weiterarbeiten für eine demokratische und wirklich integrative Gesellschaft, in der die Grund- und Menschenrechte für alle gesichert werden. Dafür benötigen wir vorbildliche Projekte, wie z. B. das „Kölner Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie“, innerhalb derer sich Nichtregierungsorganisationen vernetzen können und Räume geschaffen werden, in denen Demokratie mit allen Menschen diskutiert werden kann. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Rechtsradikalismus und mit der darin zum Ausdruck kommenden Demokratiefeindlichkeit sowie die Aufdeckung rechter Netzwerke sind für uns zentral. Auch rechten und nationalistischen vermeintlichen „Freunden des Grundgesetzes“ und Verschwörungstheoretiker*innen setzen wir deutlich unsere Ideen von Weltoffenheit und Solidarität gegenüber. Deutschland hat bei der internationalen Zusammenarbeit neben anderen Ländern, wie den Niederlanden und Österreich, während der Corona-Krise nicht das allerbeste Bild abgegeben. Eine der Lehren aus dieser Zeit ist, dass wir die internationale Kooperation auf kommunaler Ebene als Präventionsmaßnahme gegen Nationalismus, Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit verstärken müssen – auch, weil wir nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch beim Klimaschutz, bei der Verkehrswende und in der Stadtentwicklung eine globale Verantwortung haben und voneinander lernen und profitieren können.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- uns als demokratische Anti-Faschist*innen und im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung weiterhin entschieden für Freiheit, Gleichheit, Zusammenhalt und die Achtung und den Schutz der Würde jedes Menschen einsetzen.
- aufklären und informieren über die Methoden und Praktiken rechter Gruppen und Parteien.

- auf die Herausforderungen unserer Zeit nicht mit Fatalismus, dumpfen Parolen, Hass und Hetze reagieren, sondern mit Mut, Zuversicht und Vertrauen unser gesellschaftliches Zusammenleben gestalten.
- eine Stadt, in der sich Kölner*innen weiter für ein friedliches Zusammenleben und gegen jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einsetzen.
- dem Anspruch Kölns als weltoffene Stadt durch internationale Vernetzung und weitere Beteiligung insbesondere an europäischen, aber auch internationalen Projekten, gerecht werden.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- erreicht, dass die Stadt Köln keine städtischen Räume für Veranstaltungen zur Verfügung stellt, bei denen rassistisches, sexistisches, antisemitisches, antidemokratisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet wird.
- dafür gesorgt, dass der Rat sich gegen eine Normalität im Umgang mit Rechtsextremismus und die Möglichkeit der Inszenierung von rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppen einsetzt, sich gegen jede Form des Antisemitismus ausgesprochen hat und alle demokratischen Kräfte zusammenstehen gegen rechte Initiativen, rechtes Gedankengut, Beleidigungen und Vorstöße.
- organisiert, dass sich alle Demokrat*innen im Rat gemeinsam solidarisch gegen rechte (Mord-)Drohungen und Einschüchterungen wehren und ausgesprochen haben.
- dazu beigetragen, dass die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus sowie das NS-Dokumentationszentrum Köln zu einem Haus der Demokratie erweitert sowie besser ausgestattet wurden.
- den fairen Handel, u. a. mit der „Fair Trade Night“ und neuen Maßnahmen zur fairen Beschaffung, gestärkt – wofür Köln mit dem Titel „Hauptstadt des fairen Handels“ ausgezeichnet wurde.
- die Zusammenarbeit in den lokalen europäischen Netzwerken, wie dem Klima-Bündnis, Euro-cities oder dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas wieder verstärkt.
- gemeinsame Projekte wie „Grow Smarter“ und „Smart Cities“ federführend mit anderen Partnern in Europa vorangetrieben.
- bei unseren Städtepartnerschaften Gruppen, die in der Menschenrechtsarbeit tätig sind und demokratische Initiativen mit Maßnahmen, Besuchen, Einladungen und finanziellen Mitteln unterstützt und uns deutlich gegen Ausgrenzung und für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- uns bei unseren internationalen Städtepartnerschaften und auf europäischer Ebene für Nachhaltigkeit und das Recht aller Menschen, in Würde zu leben, einsetzen.
- uns dafür einsetzen, dass Rat und Verwaltung weiter entschieden gegen alte und neue rechte Strukturen in Köln vorgehen und Kommunen sich zum Umgang mit rechten Parteien und deren Propaganda austauschen.
- das Führungspersonal der Stadtverwaltung zu regelmäßigen Schulungen verpflichten, in denen sie sich mit allen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus oder Antisemitismus, auseinandersetzen.
- uns für die Realisierung des längst überfälligen Mahnmals in der Keupstraße in Köln-Mülheim zum Gedenken an die Opfer rechter Gewalt einsetzen.
- uns gegen Rassismus in der Kölner Gesellschaft einsetzen und dafür Projekte finanzieren.
- weiterhin die dauerhafte Regelfinanzierung des NS-Dokumentationszentrums und der angeschlossenen Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus sicherstellen.
- regelmäßige (Wander-)Ausstellungen zum Thema Nationalsozialismus und Faschismus fördern und finanzieren.
- schnellstmöglich eine tragfähige Lösung für den Erhalt des Autonomen Zentrums (AZ) in Köln realisieren, wobei ein Standort u. a. die folgenden Kriterien erfüllen soll: eine dauerhafte, mietkostenfreie Lösung, z. B. in Form eines städtischen Grundstücks, gute Erreichbarkeit, wie z. B. durch eine gute ÖPNV-Anbindung, ein ähnliches Raumangebot wie am aktuellen Standort, d. h. mehrere Räume, die unterschiedlich genutzt werden können.
- bis ein adäquater Alternativstandort gefunden ist, dem Autonomen Zentrum AZ Bestandschutz in den aktuellen Räumlichkeiten in der Luxemburger Straße 93 gewährleisten.
- ein geschlossenes Agieren der vielen Initiativen gegen Rechts in Köln fördern und weiterhin im Bündnis „Köln stellt sich quer“ aktiv bleiben.
- uns für den Erhalt sowie die Schaffung weiterer selbstverwalteter und nicht kommerzieller Räume zivilgesellschaftlichen Engagements in Köln einsetzen.
- Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und Vereine, die sich konstruktiv für die Demokratie einsetzen, unterstützen.
- eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara abschließen und dazu in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Gruppen in Köln diesen Prozess begleiten.
- den internationalen Austausch mit LGBTTIQ*-Gruppen in unseren Partnerstädten weiter fördern.

- den Ansatz eines intersektionalen Feminismus unterstützen, der anerkennt, dass Diskriminierung mehrfach erlebt werden kann.
- die kommunale Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene prioritär diskutieren und Lösungen entwickeln, damit die damit verbundenen Aufgaben weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht von rein marktwirtschaftlichen Interessen bestimmt werden.
- den gegenseitigen Austausch von Freiwilligen in Kooperation mit Projekten des fairen Handels, der Demokratieförderung und der Menschenrechtsarbeit und gemeinsame Handlungsprogramme beim Klimaschutz und Schulpartnerschaften ausbauen.

23. Bürger*innen-Engagement und -Beteiligung

Wir treten ein für ein lebenswertes Köln, das demokratisch und offen ist und in dem Menschen zusammenhalten. Wir wünschen uns Veedel, in denen sich alle rundum wohl und sicher fühlen, die von allen wertgeschätzt und gemeinsam gestaltet werden. Unsere Stadt wird vom Handeln aller geprägt: den Bewohner*innen, dem Stadtrat, der Verwaltung, den Vereinen und Initiativen, den Unternehmen, den städtischen Einrichtungen und vielen weiteren Akteur*innen. Wir sind überzeugt davon, dass eine aktive Mitgestaltung durch alle Menschen – unabhängig von Bildung, Alter, Behinderung, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Herkunft oder Einkommen – ein demokratisches und offenes Köln nachhaltig stärkt.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- dass Politik, Verwaltung, engagierte Menschen, Vereine und Unternehmen als „kooperative Kommune“ zusammenwirken und die Stadt es als ihre Aufgabe ansieht, das Engagement der Bürger*innen zu fördern.
- Bestrebungen von Vereinen, Einrichtungen oder Arbeitgeber*innen für bürgerschaftliches Engagement sowie die Selbsthilfe von Menschen untereinander, insbesondere in schwierigen Lebenslagen, unterstützen und fördern.
- frühzeitig junge Menschen zur Mitgestaltung befähigen und ermutigen.
- Öffentlichkeitsbeteiligung, Bürger*innen-Engagement und Selbsthilfe strategisch weiterentwickeln.
- ein neues Modell des Bürger*innen-Haushalts entwickeln und diskutieren, um so gezielter als bisher städtisches Geld in Bürger*innen-Hand zu geben.
- die Entscheidungskompetenzen und Vertretungsrechte aller Bezirksvertretungen stärken, denn sie haben den unmittelbarsten Kontakt zu den Menschen in den Stadtteilen und Vierteln.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- mit der Pilotphase zur Erprobung der im Entwurf vorliegenden Leitlinien für eine systematische Öffentlichkeitsbeteiligung einen weiteren wesentlichen Schritt auf dem Weg zu einer verbesserten Beteiligungskultur unternommen.
- die Fördermittel für den Zusammenschluss der Kölner Mittleragenturen für bürgerschaftliches Engagement aufgestockt.
- in der Flüchtlingsarbeit das ehrenamtliche Engagement zur Unterstützung Geflüchteter nachhaltig gefördert, hauptamtliche Personalstellen bei ausgewählten Großunterkünften und in den neun Kölner Bezirken zur Unterstützung und Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements geschaffen, ein digitales Informationsportal für Ehrenamtliche in der Geflüchtetenhilfe aufgebaut sowie Willkommensinitiativen bei administrativen Aufgaben entlastet.
- gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin eine Kommission zur Stärkung der Entscheidungsrechte der Bezirksvertretungen initiiert und dafür gesorgt, dass die Bezirke mehr und klarere Kompetenzen bekommen haben.
- die Förderung der Seniorennetzwerke verstetigt und die Einrichtung von 15 neuen Seniorennetzwerken beschlossen und finanziert.
- beschlossen, die weitgehend ehrenamtlich getragene Vorleseinitiative „LeseWelten“ erstmals ab 2020 aus dem städtischen Haushalt zu fördern.
- mehr Haushaltsmittel für die Bürgerzentren bereitgestellt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden...

- die Kitas, Schulen und Hochschulen ermutigen, Engagement-Lernen in ihre Curricula aufzunehmen und dafür auch Kooperationen mit Vereinen zu suchen.
- die Beteiligung von jungen Kölner*innen fördern, ein Jugendparlament mit eigenen Mitteln und Kompetenzen ausstatten sowie die Schüler*innen-Vertretungen stärken.
- niedrigschwellige Schnupper- und Einstiegsangebote gesellschaftlicher Akteur*innen zum Engagement-Lernen für Erwachsene insbesondere in Quartieren mit einer unterdurchschnittlichen Quote an Engagement fördern.
- uns für eine geeignete Infrastruktur und längerfristige Förderung aktiven Bürger*innen-Engagements sowie für einen Ausbau der finanziellen Mittel für die Kölner Bürger*innen-Zentren und für eine aktive Begleitung neuer, sich verstetigender Projektideen (z. B. „Kölner Haus der Demokratie“) durch die Stadtverwaltung einsetzen.

- eine städtische Förderung der Infrastruktur für Selbsthilfe (z. B. Selbsthilfekontaktstelle) fortsetzen sowie aus der Stadtgesellschaft entstehende genossenschaftliche Initiativen ermutigen und fördern.
- selbstverwaltete und nicht kommerzielle Freiräume schaffen und erhalten, in denen sich Engagement bilden und entfalten kann.
- die Anwendung der Leitlinien, Maßnahmen und Infrastrukturleistungen für eine systematische Öffentlichkeitsbeteiligung in Köln zügig auf alle Bereiche des Politik- und Verwaltungshandelns und auf alle Bezirke in Köln ausdehnen und bis zum Ende der kommenden Ratsperiode abschließen.
- Bürger*innen-Räte einsetzen, die die Politiker*innen projekt- bzw. themenbezogen beraten, wobei die Auswahl nach dem Zufallsprinzip erfolgen soll und die gelosten Bürger*innen durch Expert*innen eingearbeitet und Empfehlungen zu komplexeren Fragestellungen und Vorhaben aussprechen sollen.
- frühzeitig möglichst viele unterschiedliche Menschen in die Stadtentwicklung und konkrete Vorhaben einbeziehen sowie die Ergebnisse der Beteiligung im politischen Entscheidungsprozess ernst nehmen.
- den Ratsausschuss „Anregungen und Beschwerden“ zu einem „Bürger*innen-Ausschuss“ weiterentwickeln mit umfassenden Kompetenzen in allen Fragen einer aktiven Bürger*innenschaft – von der Öffentlichkeitsbeteiligung über das freiwillige, bürger*innenschaftliche Engagement bis hin zur Selbst- und gegenseitigen Hilfe.
- anregen, dass einmal je Ratsperiode ein städtischer Lagebericht über Stand und Entwicklung der engagierten Stadtgesellschaft informiert.
- dafür eintreten, dass die bisherigen Ansätze des Bürger*innen-Haushaltes zu Bürger*innen-Budgets auf Ebene der Stadtbezirke mit festem Betrag und einem einfachen Vorschlags- und Abstimmungsverfahren weiterentwickelt werden und dazu die Erkenntnisse des aktuellen externen Evaluationsberichts genutzt werden.
- dafür sorgen, dass die Bezirksvertretungen in ihren Rechten weiter gestärkt, ihre Beschlüsse tatsächlich auch umgesetzt und sie als gleichwertiges politisches Gremium neben der Oberbürgermeisterin und dem Rat anerkannt werden.
- darauf drängen, dass Leitungspositionen in der Kommunalverwaltung mit Personen besetzt werden, die sich der Bedeutung einer Mitwirkung der Menschen in Köln bewusst sind, und dass entsprechende Inhalte in alle städtischen Ausbildungen integriert werden.

24. Kunst und Kultur

Kunst und Kultur bilden ein Herzstück der Demokratie, sie ermöglichen Teilhabe und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur leistet zudem einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rechts. Künstlerische und kulturelle Freiräume müssen auch mit kommunalen Mitteln erhalten werden. Sie ermöglichen eine globale Sichtweise und neue Perspektiven. Auch wenn Kunst und Kultur gerade in Köln ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sind, sind sie nicht auf etwaige wirtschaftliche Effizienz zu reduzieren. Kunst und Kultur brauchen die Autonomie des künstlerischen Schaffens, aber auch eine Kulturpolitik, die dieses fördert. Gerade in Krisen wird deutlich, dass Kunst und Kultur systemrelevant für unsere Gesellschaft sind. Einmal zerstörte Strukturen werden sich nicht einfach wiederaufbauen lassen. Die Kommunen sind wesentliche Förderinnen von Kultur. Sie sind Lebensmittelpunkt und Wirkungsstätte der Künstler*innen. Insofern betrifft sie die Sicherung der kulturellen Infrastruktur und des Lebensunterhalts von Künstler*innen und Solo-Selbstständigen in besonderem Maße. Wir haben uns für einen Soforthilfefonds für Kulturbetriebe und Clubs stark gemacht und werden nachhaltige Strukturen stärken und erhalten sowie kulturelle Orte und Räume in ihrer Existenz sichern. Wir werden neue Möglichkeiten eröffnen, Kunst und Kultur an unterschiedlichsten Orten in dieser Stadt stattfinden zu lassen, z. B. auf Plätzen, Messeparkplätzen, Freilichtbühnen oder Pop-up-Open-Air-Spielstätten.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- die kreative Vielfalt bewahren, in der sich kulturelle Ausdrucksformen entfalten können, und ihre Förderung nachhaltig sichern.
- Kreativ- und Kulturräume in die Stadtplanung integrieren und kulturelle Räume und Musikclubs schützen.
- mehr Probe- und Atelierräume, v. a. in städtischen Liegenschaften, schaffen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- dafür gesorgt, dass die Freie Szene auf sichereren Finanzierungsgrundlagen steht und eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen von Künstler*innen erreicht, z. B. durch altersunabhängig Stipendien und die Ausweitung der städtischen Atelierförderung.
- erreicht, dass kulturelle Räume gesichert und in der Stadtplanung mitgedacht werden.
- durch Auflegung eines Technik- und Lärmschutzfonds dafür gesorgt, dass man in kulturellen Räumen den Anforderungen an Technik- und Lärmschutz sowie an Ordnungs- und Baurecht gerecht werden kann.

- einen Beitrag zur Stärkung und zum Ausbau von Spielstätten geleistet, z. B. mit der Sanierung der Orangerie, dem Ausbau des Stadtgartens zu einem Zentrum für Jazz und Aktuelle Musik, der Sanierung und Vergabe des Filmhauses und der Bereitstellung von Investitionsmitteln für ein Atelierhaus und für Proberäume.
- uns dafür eingesetzt, dass alle Kölner Schüler*innen freien Eintritt in die Museen (inkl. in Sonderausstellungen) haben ebenso wie alle Kölner*innen am „Köln Tag“.
- eine deutliche Erhöhung der Förderung der Rheinischen Musikschule und Jazzhausschule erwirkt.

Stärkung der einzelnen Kultursparten

Die Förderung der einzelnen Sparten – wie bildende Kunst, Musik, Tanz und Theater –, aber auch spartenübergreifende Förderungen sollen gemäß den Förderkonzepten nach transparenten Kriterien erfolgen. Diese sollen evaluiert und aktualisiert werden, die Finanzierung und Rahmenbedingungen müssen weiterhin gesichert und verbessert werden – für die städtischen Kultureinrichtungen („Institutionen“) genauso wie für die Freie Szene, denn beide sind gleichberechtigte Säulen des kulturellen Lebens in Köln. Dies muss sich auch finanziell abbilden d. h., dass sich das Verhältnis der Förderung von Freier Szene zur institutionellen deutlich in Richtung Freier Szene verlagert bis langfristig Parität erzielt wird.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- die städtischen Kulturinstitutionen weiterhin stärken und fördern und dafür sorgen, dass sie zusammen mit der Freien Szene Kooperationen erarbeiten, anbieten und umsetzen wie z. B. die Bespielung der Oper für 30 Tage pro Jahr.
- die Fortführung und Umsetzung des Kulturentwicklungsplans als partizipativen Prozess weiterhin begleiten.
- dafür sorgen, dass das Kulturmarketing der Stadt Köln nicht nur die städtischen Kultureinrichtungen begleitet und fördert, sondern auch die Vielfalt der Freien Szene in Köln bekannt macht.

Kunst- und Kulturbauten und ihre breite Nutzung

Viele Kulturbauten in Köln werden saniert, neu geplant, neu gebaut – oft verbunden mit Kostenerhöhungen, Zeitverzögerungen und anderen Schwierigkeiten. Das schafft große Herausforderungen.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- uns für partizipative, alternative, nicht kommerzielle Kulturräume verstärkt einsetzen und sicherstellen, dass bestehende und neu zu schaffende Projekte finanziert und abgesichert sind.

- dafür sorgen, dass Bau- und Sanierungsmaßnahmen vorab noch intensiver geplant werden, indem Zeit- und Maßnahmenpläne transparent vorgelegt, gesteuert und kontrolliert werden – auch damit keine finanziellen Verdrängungseffekte zulasten der Inhalte entstehen.
- uns dafür einsetzen, dass Kulturbauten instandgehalten werden, neue technische Standards aufweisen und somit einen funktionierenden Rahmen für unterschiedliche kulturelle Nutzungen bilden.
- einen Multifunktionsraum für Kammermusik und andere Darbietungsformen der Freien Szene schaffen.
- die Öffnungszeiten der Museen erweitern und flexibilisieren – angefangen mit der Möglichkeit der Montagsöffnung der Museen.
- den „Köln Tag“ der Museen, an dem alle Kölner*innen freien Eintritt in die Museen haben (inkl. Sonderausstellungen), und den freien Eintritt für Schüler*innen und Studierende sowie KölnPass-Inhaber*innen weiterhin sichern.
- eine Verzahnung von Kultur und Schule vorantreiben, sodass Kinder unabhängig von ihren Eltern Kultur erleben können.
- uns für einen weitergehenden freien Eintritt in die Dauerausstellungen der Museen einsetzen.
- auf die Öffnung der Kulturbauten für andere Kulturschaffende, v. a. die Freie Szene, drängen.

Teilhabe und Vielfalt – Kultur für alle

Das Kölner Kulturleben ist international – dem wollen wir Raum geben. Interkulturelle Einrichtungen, wie die „Akademie der Künste der Welt“, haben wichtige Funktionen. Die Teilhabe an Kunst und Kultur gehört für viele Menschen zu einem lebenswerten Alltag. Um den Zugang zu gewähren, müssen Barrieren überwunden und Brücken gebaut werden. Kunst und Kultur sollen integrativ und inklusiv ausgestaltet werden, gerade auch mit vor Krieg und Verfolgung geflüchteten Menschen.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- die kulturelle Bildung stärken durch einen Fonds, durch den Angebote und Projekte kultureller Bildung auch in den Schulen und Kindertagesstätten niederschwellig eine städtische Förderung erlangen können.
- die „Akademie der Künste der Welt“ nachhaltig sichern.
- das Thema kulturelle Bildung wieder stärker im „Dezernat Kunst und Kultur“ ansiedeln.
- die Öffnung kultureller Angebote für KölnPass-Inhaber*innen dauerhaft fortführen.
- die Kultur in allen Stadtbezirken und Stadtteilen weiter fördern.

Kultur als Gedächtnisort und Herz der Demokratie

Erinnerungskultur gehört zur Identität und zum Gesicht einer Stadt. Denkmäler stiften Identität und Reibung. Archive sind das Gedächtnis der Stadt. Sie müssen erhalten werden. Im Einklang mit der Brüsseler Erklärung „Für die Freiheit der Kunst“ und der „NRW-Erklärung der Vielen“ stehen wir für die Freiheit von Kunst und Kultur und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Drohungen gegen Kulturschaffende werden wir konsequent entgegentreten.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- uns für die Sicherung der Kölner Archive einsetzen, nicht nur des Stadtarchivs, sondern auch z. B. des „Zentrums Schwule Geschichte“, des Frauengeschichtsvereins oder des Vereins „Köln im Film“.
- die Erforschung der Herkunft von Kunstwerken und anderen Kulturgütern und eine entsprechende Umsetzung der Ergebnisse vorantreiben.
- Erinnerungskultur und das „Gedächtnis der Orte“ weiterhin intensiv gestalten.

Kunst im öffentlichen Raum

Wir GRÜNE stehen für Kunst im öffentlichen Raum. Sie soll dort ihren Platz finden können. Dies betrifft auch die Gestaltung öffentlicher Räume, in der kulturelle Aspekte direkt mitgedacht werden sollen.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- städtische Fördergelder für Kunst im öffentlichen Raum ermöglichen – auch für die darstellende Kunst.
- uns dafür einsetzen, dass Kunst am Bau bei allen großen Bauprojekten direkt mitgeplant wird.
- darauf drängen, dass über die schon bestehenden Angebote hinaus und mit der Möglichkeit eines Betriebs auch nach 22 Uhr eine große Open-Air-Fläche für Konzerte und Veranstaltungen zur Verfügung steht.
- dafür sorgen, dass Genehmigungen für Veranstaltungen unbürokratischer erteilt werden, auch für Spontan-Partys im öffentlichen Raum.
- partizipative Kunst im öffentlichen Raum ermöglichen und fördern.
- darauf hinwirken, dass das demnächst leerstehende Gebäude der stillgelegten Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg für eine dauerhafte dem besonderen Ort angemessene kulturelle Nutzung geöffnet wird.

Freiheit von Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sind in ihrer Vielfalt für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. Im Einklang mit der Brüsseler Erklärung „Für die Freiheit der Kunst“ und der „Erklärung der Vielen“ NRW stehen wir für

die Freiheit von Kunst und Kultur und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Angesichts dessen, dass auch in Deutschland Rechtsnationale verstärkt davon sprechen, dass sie „die Entsiffung des Kulturbetriebes in Angriff“ nehmen und „linksliberalen Vielfaltsideologien“ im Theater die öffentlichen Subventionen streichen wollen, halten wir dagegen: Kunst schafft einen Raum zur Veränderung der Welt – Kunst ist frei, sie muss nicht gefallen und sie darf nicht dienen. Sie schafft eine Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und Europa – für unsere freien demokratischen Werte, für Aufbruch, Erneuerung und Vielfalt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- Kunst- und Kultureinrichtungen als offene Räume erhalten.
- Kunst und Kultur den Rücken freihalten, denn wir setzen auf die Stärke der Kunst und die kulturelle Vielfalt.

Kandidat*innen der Kölner GRÜNEN für den Rat der Stadt Köln

Gewählt auf der Aufstellungsversammlung für die Ratsreserveliste der Kölner GRÜNEN am 6./7. Juni 2020. Mehr dazu erfahren Sie hier: <https://www.gruenekoeln.de/kommunalwahl-2020/unsere-kandidatinnen/>

1. Christiane Martin
2. Lino Hammer
3. Brigitta von Bülow
4. Sandra Schneeloch
5. Marion Heuser
6. Manfred Richter
7. Derya Karadag
8. Daniel Bauer-Dahm
9. Sabine Pakulat
10. Hans Schwanitz
11. Ulrike Kessing
12. Lars Wahlen
13. Ursula Schlömer
14. Robert Schallehn
15. Denise Abé
16. Ralf Unna
17. Dílan Yazicoglu
18. Floris Rudolph
19. Bärbel Hölzing-Clasen
20. Gerd Brust
21. Christine Seiger
22. Mario Michalak
23. Diana Siebert
24. Alexander Volk
25. Mechthild Böll
26. Max Christian Derichsweiler
27. Carolin Ramrath de Quintero
28. Timo Hilleke
29. Lisa Schopp
30. Ralf Klemm
31. Svenja May
32. Manfred Waddey
33. Lea Behrenbeck
34. Deniz Ertin
35. Sarah-Lee Heinrich
36. Frank Jablonski
37. Nicola Dichant
38. Frank Hauser
39. Bettina Tull
40. Stephan Horn
41. Julia Woller
42. David Lutz
43. Katja Trompeter
44. Marc Kersten
45. Ute Ackermann
46. Philipp Budde
47. Corinna Beck
48. Bernhard Geller
49. Julie Cazier
50. Christoph Goedecke

Impressum und Hinweis zur geschlechtergerechten Sprache

Das Kommunalwahlprogramm 2020–2025 wurde auf der Mitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN am 25. Januar 2020 beschlossen und am 16. Juni 2020 ergänzt („Corona-Update“).

Wir danken allen Autor*innen, die sich an der Erstellung mit engagierten Diskussionen und eigenen Beiträgen beteiligt haben.

Redaktion

Lisa-Marie Friede, Marc Daniel Heintz, Bärbel Hölzing, Frank Jablonski, David Lutz, Christiane Martin (Schlussredaktion), Sandra Schneeloch, Dieter Schöffmann, Jonathan Sieger (V. i. S. d. P.), Katja Trompeter (Schlussredaktion und Gesamtkoordination), Eileen Woestmann, Stefan Wolters

Herausgeber

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Köln

Ebertplatz 23

50668 Köln

Telefon: 0221/7329854

Mail: buer0@gruenekoeln.de

www.gruenekoeln.de

Kurzfassung

Eine Kurzfassung dieses Kommunalwahlprogramms ist ab ca. Juli 2020 auch als Druckversion an unseren Wahlkampfständen im Stadtgebiet erhältlich.

Geschlechtergerechte Sprache

Die GRÜNEN setzen sich seit ihrer Gründung für Geschlechtergerechtigkeit ein. Wir verwenden daher in diesem Text eine geschlechtergerechte Sprache und den Gender-Star, um männliche, weibliche und nicht-binäre bzw. diverse Geschlechtsidentitäten zum Ausdruck zu bringen (z. B. Bürger*innen). Der Gender-Star bei Frauen (Frauen*) bezieht sich auf alle Menschen, die sich unabhängig von ihrem durch die Geburt zugewiesenen Geschlecht unter der Bezeichnung „Frau“ definieren, definiert werden und/o-der sich sichtbar gemacht sehen. Unsere Verantwortung im Hinblick auf sexistische Diskriminierung gilt auch gegenüber Menschen, die sich nicht in der Norm von Zweigeschlechtlichkeit verorten können oder wollen.